DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

148 14. JAHRGANG Januar '97 8,00 DM

REGIONALENTWICKLUNG SCHWEIZ:

Aufbruch Basel

Armut, Erwerbsarbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und die Ausweitung unbezahlter Arbeit gibt es auch in der reichen Schweiz. Damit wollen sich die lokalen Akteure in der Region Basel nicht abfinden. Sie machen mobil gegen die Abwanderung von Kapital und Arbeitsplätzen aus der Region, gegen die ökologische und soziale Hinterlassenschaft des globalisierten Kapitalismus, gegen die soziale und ökologische Öde in der Region.

Von Ricarda Buch, Redaktion Berlin ● 'Local work for local people using local resources' heißt der neue Eid der Basler Genossen. Schließt euch zusammen zur Existenzsicherung von unten. Schafft lokale Geld- und Waren- und Dienstleistungskreisläufe. Verhindert den Mittelabfluß aus der Region durch Beteiligungsmodelle und basisdemokratische Kontrolle der Gewinnverwendung. Wartet nicht auf die öffentliche Hand. (Die wird auch in der Schweiz immer leerer.) Die Rettung des physischen und sozio-kulturellen Daseins des Menschen liegt im Aufbau einer sozialen Ökonomie. Deren TeilnehmerInnen benötigen Eigenkapital, das regional geschöpft und verwendet werden soll. Denn die Betriebe und Organisationen der sozialen Ökonomie in Basel und die dort Tätigen setzen auf wirtschaftliche Unabhängigkeit, soziale Absicherung und Stimulierung des regionalen Marktes.

Wie die Eidgenossen die Region Basel entwickeln wollen, darüber informiert der Schwerpunkt dieser CONTRASTE. Was sich zunächst liest wie die Simulation vom besseren ökologischen und sozialen Regionalhaushalt, ist in der Wirklichkeit bereits im Aufbau.

In dem Artikel 'local work for local people using local resources' (Seite 6/7) setzt sich Isidor Wallimann, einer der Hauptakteure der Basler Regionalentwicklung, mit der Bedrohung durch die zunehmende Globalisierung der Wirtschaft, dem Abfluß von Finanzkapital und Strategien zur Existenzsicherung von unten auseinander. Er informiert über die Hintergründe der Regionalentwicklung, über die Föderation der sozialen und ökologischen Betriebe/Organisationen in Basel, sowie über den Verein Soziale Ökonomie (Seite 7). Eben dieser Verein ist Motor der Regionalentwicklung Basel. Unter seinem Dach wird das Konzept entwickelt und werden die zur Umsetzung notwendigen Initiativen gestartet – so etwa die Föderation der selbstverwalteten Betriebe und karitativen Organisationen, die Genossenschaft 'Netz soziale Ökonomie' (Seite 8). Der Verein setzt sich für die produktive Verwendung von Mitteln für die Wohlfahrt ein, initiiert Träger zur Förderung extistenzsichernder Erwerbsarbeitsplätze durch Selbsthilfe (Stiftungen, Vereine, Genossenschaften), stimuliert die Kulturförderung und vernetzt selbständig Erwerbstätige zur gegenseitigen Unterstützung. Er unterstützt finanziell durch Kreditvermittlung und die Vermittlung von Geschäftsbeziehungen und bietet Finanz-, Betriebs-, Versicherungs-, Marketing-, Rechts- und Steuerberatung. Er fördert die Bildung von gemeinsamen Einkaufs- und Versicherungsmöglichkeiten, begleitet die Gründung und Erweiterung von Unternehmen und qualifiziert u.a. im Sozialmanagement. Näheres zu den Zielen des Vereins in dieser Ausgabe.

Ebenfalls auf Initiative des Vereins Soziale Ökonomie entsteht derzeit in Basel ein größerer Tauschring – TOBIBAS (Tauschen ohne Bargeld in Basel). Der Tauschring soll gleichzeitig als Jobbörse für Erwerbslose fungieren. Verhandlungen mit dem Arbeitsamt sind im Gange (Seite 9). Darüber hinaus vernetzen sich in Basel auch die Geldgeber der sozialen Ökonomie. Hierzu zählen die ABS (Alternative Bank Schweiz) sowie alteingesessene karitative Organisationen, Wohlfahrtsverbände und Stiftungen. Sie haben sich bereit erklärt, die der Genossenschaft 'Netz Soziale Ökonomie' angeschlossenen Betriebe und Organisationen finanziell zu unterstützen. Die Gremien des Netzwerks der Geldgeber soll übrigens mehrheitlich von den Betrieben der sozialen Ökonomie besetzt sein. Davon versprechen sich die Basler Akteure eben jene Kontrolle über die regionale Kreditschöpfung und -verwendung. Auf das die Region neue Impulse bekomme.●

Schwerpunktthema auf den Seiten 6 bis 9.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

AUS DEM INHALT:

SPONSORENPOOL SAAR

Im Frühjahr 1995 stellte das Beratungsbüro von Netzwerk Saar 60 Projekten im Saarland eine Idee vor: den »Sponsorenpool Saar«. Im Oktober 1996 fiel der offizielle Startschuß. Seite 3

KOMM BLEIBT KOMM

Nachdem bei einer erneuten Mitgliederversammlung Ende November '96 mehrheitlich das sogenannte Kompromißpapier abgelehnt wurde, wurde den KOMM-Gruppen zum Jahresende 1997 gekündigt. »Trotzdem, sein Todesurteil auf Raten selbst zu unterschreiben, ist mit uns nicht zu machen. Einen Einstieg in den Ausstieg, dem die Abwicklung folgt, wie von C. Gsell (CSU) für die gesamte Soziokultur angekündigt, wird es beim KOMM nicht geben. Und mit der Kündigung ist für uns der Kampf ums KOMM noch nicht gelaufen«, meint die autonome Fraktion. Der Medienladen, eher realpolitisch orientiert, veröffentlicht in dieser Ausgabe einen offenen Brief an die autonome Fraktion. Seite 4/5

EXPO 2000

Der Termin rückt näher. Im Jahr 2000 soll auf dem 160 Hektar großen Gelände in Hannover eine gigantische Show stattfinden. »Nachhaltige Propaganda für das 3. Jahrtausend«, so der Beitrag der Anti-Expo-AG auf Seite 10

KURDISTAN

Projekte in der 3. Welt sind oft notwendiger für ihre Betreiber in den Metropolen und sichern deren Finanzierung als daß sie den Menschen anderswo nutzen. Eine provokative These, die auf einem Seminar mit dem Titel »Mit der Nähmaschine zur Befreiung« aufgestellt wurde. Bericht auf Seite 11

SCHREINEREIEN

Nicht ins Ziel kamen die BefürworterInnen eines »Bundesverbandes ökologischer Schreinereien« (BÖS) beim Treffen im Frühsommer 96 (s. CONTRASTE Nr. 142/143). Das Treffen »danach« Anfang November hatte das Motto: »Wechselwirkungen zwischen Selbstverwaltung und Ökonomie«. Ein Bericht von Fiona Dancy auf Seite 12.

GENOSSENSCHAFTEN

»Genossenschaft und Ökologie gehören zusammen«, so könnte die Schlußfolgerung aus den Gründungserfahrungen der Produktivgenossenschaft remember e.G. in Aachen lauten. Allerdings mit einem wichtigen Zusatz: »Management, Qualität und Wirtschaftlichkeit dürfen nicht darunter leiden.« Remember ist eines von 20 Unternehmen, das im Zusammenhang mit einer Studie zum Thema »Ökologie und Partizipation« interviewt wurde. Seite 13

D 8008

LEBENSBAUM

Mit Volldampf auf dem Rückzug

Im September 1995 startete die FAU eine Boykottkampagne gegen den biologischen Ausbeuterkaffee der Finca Irlanda aus dem mexikanischen Chiapas (CONTRASTE berichtete). Dutzende von Flugblattaktionen und Berichte in den verschiedensten Medien bescherten dem »Fair-Trade«-Kaffee des Importeurs Lebensbaum schmerzhafte Umsatzeinbrüche.

Seit Mitte Oktober ist es nun amtlich: In ihrer neuesten Händlerpreisliste kündigte die Firma Lebensbaum an, auf den weiteren Einsatz ihres selbstgebastelten »Fair-Trade«-Labels zu verzichten. Doch nicht nur das, auch der größte Teil des umstrittenen Kaffees der Finca Irlanda wurde bei dieser Gelegenheit »ausgelistet«. Lebensbaum führt ab sofort lediglich den Teil des Irlanda-Kaffee, der nach den biologisch-dynamischen Demeter-Richtlinien angebaut wird. Der Großteil, lediglich biologisch, wird durch einen biologischen Kooperativen-Kaffee aus Mexiko ersetzt, der von »TransFair« lizensiert ist. Für den Lebensbaum-Geschäftsführer, Ulrich Walter, sicherlich eine äußerst schmerzliche Maßnahme, denn sie geht an seinen Profit. Nicht nur, daß er den neuen Kaffee teuer einkaufen muß; er muß pro Kilo Kaffee auch noch 0,39 DM Lizenzgebühren an »TransFair« abführen. Diese Maßnahme ist sicherlich nur zu verstehen, auf dem Hintergrund der sich überschlagenden Ereignisse der letzten zwei Monate. Gemäß der Devise »retten, was zu retten ist«, versucht sich Lebensbaum aus der Schußlinie zu bringen, selbst um den Preis, zukünftig mit jeder Tüte verkauften »TransFair«-Kaffees in die Verlustzone zu geraten.

Freuen jedenfalls wird sich »TransFair«, das so unverhofft zu einem Standbein im Naturkosthandel gekommen ist und seine jährlichen Lizenzeinnahmen von 1.500.000 DM um eine hübsche Summe aufstocken kann. Bei einem so unverhofften Vorweihnachtsgeschenk ist es nicht weiter verwunderlich, daß am 30. Oktober, auf einer Fachtagung in Frankfurt, TransFair-Geschäftsführer Dieter Overath seinem Lebensbaum-Kollegen Ulrich Walter half, dessen ramponiertes Image etwas aufzupolieren.

Daß die FAU sich als Initiator der Kampagne eine »klammheimliche Freude« selbstverständlich nicht verkneifen kann, ist naheliegend. Eine der Forderungen war von Beginn der Aktion an, daß entweder der biologische Ausbeuter-Kaffee aus den Regalen der hiesigen Naturkostläden zu verschwinden hat, oder aber sich substantielle Verbesserungen einstellen müssen. Lebensbaum ist mit seinem jüngsten Schritt nichts anderes übrig geblieben, als sich, zumindest teilweise, dem durch die Kampagne erzeugten Druck von Seiten vieler Naturkostläden und deren KundInnen zu beugen. Noch deutlicher wird das beim Verzicht auf das hauseigene »FairTrade«-Label, ebenfalls eine Forderung der Initiatoren.●

Ein Hintergrundbericht folgt in unserer nächsten Ausgabe.

Nach: »direkte aktion«, Nr. 118 (Nov/Dez. 96)

DIE LOGIK DES GELDES

»Komm ins Offene, Freund ...«

»Eine seltsame Sucht beherrscht die Arbeiterklasse aller Länder, in denen die kapitalistische Zivilisation herrscht, eine Sucht, die das in der modernen Gesellschaft herrschende Einzel-und Massenelend zur Folge hat. Es ist dies die Liebe zur Arbeit, die rasende, bis zur Erschöpfung der Individuen und ihrer Nachkommenschaft gehende Arbeitssucht. Statt gegen diese geistige Verwirrung anzukämpfen, haben die Priester, die Ökonomen und die Moralisten die Arbeit heilig gesprochen«, schrieb Paul Lafargue, der Schwiegersohn von Karl Marx, 1880 in seiner Schrift »Das Recht der Faulheit«. Bernstein, der sie ins Deutsche übersetzte, erhielt dafür ein Lob vom alten Engels sowie den Hinweis, dies aber lieber dem August Bebel vorzuenthalten, der sich darüber sicher nicht freuen könne, da er so deutsch sei.

Von Herma (Ulenspiegel, Hof Ulenkrug) ● Das geschah zu einer Zeit, am Ende des 19. Jahrhunderts, als sich die Arbeiterbewegung immer mehr zur Arbeitsbewegung hin entwickelte. Um so interessanter ist es, daß derjenige, der den Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen untersuchte, auch die Gefahr der Verherrlichung der Arbeit erkannte. Doch auch heute noch, ein Jahrhundert später, erscheinen diejenigen, die den Müßiggang, den Sabbat als die Krone der Schöpfung oder den eigentlichen Lebenswert benennen, als Rufer in der Wüste. Dabei meint dieser Müßiggang »weder die Faulheit im Sinne eines trägen, geistlosen Dahinlebens noch blinde Betriebsamkeit; er steht für selbstbestimmtes Handeln und für die ruhige Reflexion diese Handelns« *)

So wie die drei Alten aus dem vorigen Jahrhundert die zwei Seiten der Arbeit kannten, gab es immer wieder Bewegungen hin zu Non-Profit-Gemeinschaften, zu sozialer Emanzipation, ob nun die Sklaven um Spartakus, die Essener um Jesus, die Mennoniten in Münster, die Genossenschaften der alten Arbeiterbewegung oder der verordnete und regulierte Aufbau des »Paradieses auf Erden« im gerade verblühten Staatssozialismus.

Was hat diese Ansätze immer wieder ersticken lassen? Und woher kommt es, daß sie dennoch immer wieder aufgenommen werden? Heute sind es Leute in selbstverwalteten Betrieben und Kooperativen, bei Tauschringen, in den verschiedenen Bürgeriniativen quer über den Kontinent und quer durch die Welt. All diese Gruppierungen und Initiativen versuchen, einen Teil der Tätigkeiten, der Zeit und der Ressourcen von der Logik des Geldes abzukoppeln. Dafür brauchen sie Zeit, Raum, Mittel und günstige juristische Rahmenbedingungen.

Da aber wird es prekär. In der auch durch die Blockrealitäten geschaffenen »sozialen Marktwirtschaft« hatten diese Initiativen – wenn sie sich an die wirtschaftlichen und kulturellen Aspekte einer anderen Lebensweise hielten und sich nicht in die Politik mischten – einige Spielräume. Darin nutzten sie vor allem für sich und ihre Gruppierung die Momente von Muße, Genuß und Zufriedenheit und hielten so die Träume von Selbstbestimmung und Selbstverwaltung am Leben. Nun, da die Welt nicht mehr in zwei Blöcke geteilt ist, die Marktwirtschaft immer mehr vom Sozialen abgekoppelt wird, werden die Spielräume für diese Gruppierungen enger, aber ihr politischer Blick weiter. Viele unter ihnen versuchen schon seit Jahren, sich zu vernetzen, auch international. Mit all diesen Voraussetzungen haben diese Gruppierungen die Potenzen, andere als die vorgegebenen Wege aufzuzeigen und dafür vielleicht Mehrheiten zu interessieren. In der »anderen« Gesellschaft beginnt man, die Versuche dieser Gruppierungen als Lebensmöglichkeiten wahr zu nehmen, aber nur langsam, zögerlich. Denn der Spatz in der Hand ...

Aber was für ein Spatz ist der Erwerbsarbeitsplatz heute? Sicher, hier läßt sich nichts von heute auf morgen total verändern. Aber, wenn Ökonomie nicht Demokratie fressen soll, dann muß schon was anderes her. Und warum nicht der »Dritte Sektor«, Wirtschaften ohne Profit, für die wirklichen Bedürfnisse? Die politische Klasse, die Interessen der Wirtschaftsgiganten mit Hilfe von Gesetzen, Verträgen u.a. durchsetzt, wird nicht von heute auf morgen umzustimmen sein. Aber vielleicht mit europäischen Märschen gegen Arbeitslosigkeit und für Müßiggang für alle ...●

aus ULENSPIEGEL, Nr. 341, 6. 11. 96

*) Erich Riboltis, Die Arbeit hoch? Berufspädagogische Streitschrift wider die Totalverzweckung des Menschen im Post-Fordismus. Profil-Verlag, München-Wien 1995, S 269-270

Literaturempfehlungen:

Werkstattschriften. März 1996 (Grün-Alternativ Press 10/96; gratis anzufordern bei Grüne Akademie (Hg.): Sinn von Arbeit. Bildungswerkstatt Bund, Lindergasse 40, A-1017 Wien)

Robert Kurz: Die verlorene Ehre der Arbeit. KRISIS 10, Nürnberg 1991

Anschrift der Redaktion Ulenspiegel in der BRD:
Europäische Kooperative
Longo mai, Hof Ulenkrug, Dorfstr. 68, D-17159 Stubbendorf
☎/Fax (03 99 59) 2 38 81

SPENDEN AN CONTRASTE

»Erspart CONTRASTE die Zinsen!«, so lautete der Titel zu unserem Spendenaufruf in der Dezember-Ausgabe. Das Zeitungs-Projekt benötigt dringend Eure Unterstützung durch Spenden (auch kleine) oder mindestens 300 zusätzliche Abos, um überleben zu können. Werbefaltblätter für CONTRASTE oder die BUNTEN SEITEN können bei der Heidelberger Redaktionsanschrift bestellt werden.

Vielleicht entschließt Ihr Euch für einen Beitritt in den CONTRASTE-Verein (siehe untenstehenden Coupon). Mit Eurer Mitgliedschaft unterstützt Ihr die Idee und Weiterentwicklung von CONTRASTE, die nicht nur Sprachrohr sein möchte, sondern auch ein aktives Netzwerk der alternativen Bewegungen.

An dieser Stelle wollen wir in Zukunft Eure Spenden und Beitritte in den CONTRASTE e.V. veröffentlichen. Zehn Tage nach Erscheinen des Spendenaufrufs ist die Bilanz noch nicht allzu groß, bedanken möchten wir uns bei:

Andreas, Koblenz 67,– DM
und
Kathrin, Bielefeld, die sich zum Eintritt in den CONTRASTE e.V. entschlossen hat.●

Spendenkonto: CONTRASTE e.V., Kto-Nr. 64076, BLZ 509 614 12, Volksbank Bergstraße e.G.

OHNE KOMMENTAR

DAIMLERBENZ

Dr. jur. Christoph Walther
Mitglied des Direktoriums
Leiter Unternehmenskommunikation

im Dezember 1996

Contraste e. V.
Postfach 10 45 20

69035 Heidelberg

Sehr geehrte Interessentin,
Sehr geehrter Interessent,

Sie haben sich an einer Postkartenaktion „Daimler Minen stoppen" beteiligt und Herrn Schrempp um Auskunft gebeten, wann Daimler Benz aus der Minenproduktion aussteigt.

Ich möchte Ihnen dazu folgendes mitteilen:

Im Daimler-Benz Konzern werden keine Landminen hergestellt.
Dies haben wir wiederholt in der Öffentlichkeit bekräftigt.
Bei der Panzerabwehrrichtmine PARM, die aus historischen Gründen den Namen Mine trägt, handelt es sich nicht um eine Landmine, sondern um eine automatisierte Panzerfaust.
PARM ist ein Flugkörper, der auf einem Dreibein montiert, also nicht in der Erde versteckt ist. Er stellt außerhalb der Kampfhandlungen keine Gefahr für Menschen und Tiere dar.
PARM dient dazu, bei Angriffshandlungen feindliche Panzer zu stoppen und ist so konzipiert, daß es sich nach Beendigung der Kampfhandlungen selbst ausschaltet bzw. inaktiviert wird und somit keine Erblast für die Zivilbevölkerung darstellt.
PARM wird von der Bundeswehr gemäß ihrem Auftrag eingesetzt.
Daimler-Benz steht zur Produktion intelligenter Verteidigungstechnik und damit zu PARM.

Wir hoffen, Ihnen hiermit die gewünschten Informationen gegeben zu haben und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

WAS MAN WISSEN MUSS:

Kleines Lexikon der Globalisierung, Teil 1

DEREGULIERUNG:
Ziel einer Wirtschaftspolitik der Deregulierung ist der Abbau von Regelwerken, wie sie beispielsweise das Arbeits-, Sozial- oder Umweltrecht darstellen. Sie soll den staatlichen Einfluß auf die Wirtschaft zurückdrängen und Wachstum erleichtern, indem die Spielräume für Unternehmer erweitert werden. Der Wachstumserwartung liegt das Vertrauen in die günstige Wirkung des Wettbewerbs zugrunde. Faktisch bedeutet sie, daß Menschen und Güter, die bisher durch Regeln und Gesetze geschützt werden, allein den Kräften des Marktes unterworfen werden.

DRITTER SEKTOR:
Neben dem privaten (ersten) und dem öffentlichen (zweiten) Beschäftigungssektor gewinnt der sogenannte Dritte Sektor in den letzten Jahren an Bedeutung, der neben beziehungsweise zwischen den beiden anderen Sektoren angesiedelt ist. In diesem Bereich wird, auf freiwilliger oder auch professioneller Basis, gemeinnützige, gesellschaftlich notwendige Arbeit geleistet. Dazu zählen Aktivitäten im sozialen Umfeld, im Gesundheitswesen, Beratungs- und Bildungsarbeit, künstlerische oder kirchliche Aktivitäten und Umweltschutz. In den USA trägt dieser Sektor inzwischen rund sechs Prozent zum Bruttosozialprodukt bei – neben dem privaten mit 80 und dem öffentlichen mit 14 Prozent.

DRITTE INDUSTRIELLE REVOLUTION:
Industrielle Revolutionen bewirken eine völlige Umwälzung der Arbeits- und Lebensbedingungen durch die Einführung neuer Basistechnologien. Die erste industrielle Revolution brachte mit der Erfindung der Dampfmaschine den Übergang von der handwerklichen zur industriellen Produktion. Die zweite wird mit der Einführung des Fließbandes (»Fordismus«) identifiziert und hat die Produktivität durch Zerstückelung der Arbeitsprozesse in kleinste Einheiten vervielfacht. Die dritte industrielle Revolution wird durch die allgemeine Einführung computergesteuerter Produktion und neuer Kommunikationstechnologien ausgelöst. Sie führt zu massenhafter Freisetzung von Arbeitskräften im industrieller und im Dienstleistungssektor.

FREIE EXPORTZONEN:
Freie Exportzonen werden zur Ansiedlung von Industrien eingerichtet, die vor allem für den Weltmarkt produzieren. Der Anreiz für Investoren besteht in der »Freiheit« dieser Bereiche von Zöllen und Abgaben, von den sonst im Lande geltenden arbeits- und sozialrechtlichen Bestimmungen und Mindestlöhnen. Um überhaupt Industrien anzuziehen, legen Entwicklungsländer auch der Ausfuhr von Gewinnen meist keinerlei Beschränkung auf.

INFORMELLER SEKTOR:
In Abgrenzung vom »formellen« Bereich der Wirtschaft, in dem einklagbare Gesetze und Tarifverträge gelten, bezeichnet der »informelle« Sektor den ungeordneten, nicht regulierten Bereich der Ökonomie. In den armen Ländern ist er gekennzeichnet durch arbeitsintensive Produktion auf niedrigem technologischem Niveau, schlechte Ausbildung und Einkommen, lange Arbeitszeiten und das Fehlen sozialer Sicherungen. Kleine Straßenhändler sind typische Unternehmer des informellen Sektors, der in vielen Entwicklungsländern einen bedeutenden Teil der Erwerbsbevölkerung beschäftigt. In den Industrieländern gehört die sogenannte **Schattenarbeit** in diesen Bereich, für die zwar die Stellung außerhalb des geregelten Systems, aber nicht notwendigerweise geringe Ausbildung und Einkommen zutreffen. Der Übergang von ungesicherten, zeitweiligen, »prekären« Beschäftigungsverhältnissen zur **Schwarzarbeit** ist oft fließend.●

dp

Fortsetzung folgt

ANTIFA | FRAUENPROJEKTE | NATURKOST
ARBEITSLOSE | HANDWERK | ÖKOLOGIE
AUSBILDUNG | HANF | SANFTES REISEN
BERATUNG | INFOLADEN | SOZIALES
BILDUNG | INITIATIVEN | TAGUNGSHÄUSER
DRITTE WELT | JUGENDUMWELT | TAUSCHRINGE
ENERGIE | KOMMUNEN | FAIRSICHERUNGEN
FAHRRAD | MEDIEN/VERLAGE | u.v.a. RUBRIKEN

BUNTE SEITEN 96/97

Der Marktplatz für politisch & ökologisch handelnde Projekte und Betriebe

Das einzige Adreßverzeichnis der alternativen Bewegungen. Mit 11.000 Adressen aus der BRD, CH, A und internationalen Kontaktadressen. 240 Seiten, Format 29,7 X 23 cm ISBN 3-92400085-03-X

Preis: 30 DM zzgl. 3 DM Versandkosten (in Briefmarken, V-Scheck, Schein). Bei: **CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg**

EINLADUNG ZUR CONTRASTE-FÖRDERUNG

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt .... DM pro Jahr. (mindestens 120,– DM für Einzelpersonen, mindestens 300,– DM für juristische Personen)
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.

Name, Vorname ____________________

Straße ____________________

Wohnort ____________________

Datum ____________________

Unterschrift ____________________

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

»SPONSOREN-POOL SAAR«:

Haste mal 1.000 Mark? oder NETZWERK Saar goes capitalism

Auch im Saarland sind – Teilentschuldung hin oder her – selbstorganisierte Projekte von Kürzungen bedroht; öffentliches Geld für neue Vorhaben zu erhalten scheint aussichtslos. Soweit im Westen nichts neues. Da für die nächsten Jahre keine Besserung in Sicht ist, unterbreitete das Beratungsbüro von Netzwerk Saar den Projekten die Idee, gemeinsam auf Sponsorensuche zu gehen.

Von Illi Reusch, Redaktion Saarland ● Bislang ist Sponsoring im Saarland vor allem im Sportbereich bekannt, in der Kultur profitieren fast ausschließlich große Institutionen, während es im sozialen und ökologischen Bereich bislang nur vereinzelte Sponsoringansätze gibt.

Über den Zusammenschluß im »Sponsorenpool Saar« soll auch kleineren Projekten der Zugang zu Sponsorenmitteln erschlossen werden. Allein verfügen sie in der Regel nicht über die personellen Kapazitäten, die für eine erfolgreiche Akquisition erforderlich sind oder sie sind von ihren Arbeitsinhalten her für den beim Sponsoring gewünschten Imagetransfer nicht »vermarktbar«.

Die Entwicklung des Konzepts

Im April 1995 stellte das Netzwerk-Büro ca. 60 Projekten aus dem ganzen Saarland in einem ersten Anschreiben die Idee eines Sponsorenpools vor und bat interessierte Projekte um die Beantwortung eines ausführlichen Fragenkatalogs zu ihren Arbeitsinhalten, ihrer finanziellen Situation und ihrer Einstellung gegenüber Sponsoring. Neun Projekte hatten den langen Atem, sich an den umfangreichen Vorarbeiten zu beteiligen.

Im darauf folgenden Jahr feilte das Netzwerk-Büro am Konzept. Auf mehreren Projektetreffen wurde das Für und Wider der Netzwerk-Vorschläge diskutiert. Daß Sponsoring im sozialen Bereich, mehr noch als in Sport und Kultur, eine sensible Angelegenheit ist, war Thema der ersten Grundsatzdebatten. Berührungsängste und negative Auswirkungen einer inhaltlichen Verbindung zu bestimmten Unternehmen wurden hinterfragt. Verträgt es sich z.B., wenn der Allgemeine Deutsche Fahrradclub von einem Autohändler unterstützt wird? Besteht nicht die Gefahr, als Feigenblatt für die »ruchlosen« Methoden bestimmter Unternehmen herzuhalten? »Schwarze Listen« unliebsamer Sponsoren wurden aufgestellt ... und als unpraktikabel wieder verworfen. Wie sollte nämlich im konkreten Fall die Unternehmenspraxis geprüft werden? Von einigen Unternehmen ist ja medienweit bekannt, daß sie ihre MitarbeiterInnen ausbeuten, Geschäftsbeziehungen zu repressiven Systemen unterhalten oder die Umwelt schädigen. Und Karlsberg z.B., die größte saarländische Brauerei und als Sponsor sehr rege, macht frauenfeindliche Werbung. Wie aber Einblick in die Binnenstrukturen von kleinen, mittelständischen Betrieben im Saarland bekommen, die ja schließlich auch als Sponsoren gewonnen werden sollen? Und wo ist das Ende der Fahnenstange erreicht, welches sind die Ausschlußkriterien, ab wann ist der Kontakt zu einem Unternehmen »politically no longer correct«? Woher wissen, ob der Geschäftsführer des sponsernden Taxiunternehmens nicht ständig ausländerfeindliche Witze erzählt? Diese Debatten führten schließlich zur pragmatischsten aller Entscheidungen: als Sponsoren werden grundsätzlich alle akzeptiert.

Es folgten organisatorische und rechtliche Entscheidungen, bis das Konzept im Frühjahr '96 in seiner jetzigen Form feststand.

Im Sommer wurde die graphische Umsetzung des Konzepts in Angriff genommen: ein Logo wurde entwickelt, das den sponsernden Unternehmen für ihre Außendarstellung zur Verfügung gestellt wird, sowie eine Broschüre mit den wichtigsten Informationen zum Pool. Hierbei wurden schon die ersten Sponsoringerfolge erzielt: Alle an der Herstellung Beteiligten, vom Graphikunternehmen bis zur Druckerei, waren von der Idee überzeugt und stellten ihre Leistungen als Sponsorenbeiträge zur Verfügung: Der Sponsorenpool wurde außerdem durch die Landeshauptstadt Saarbrücken unterstützt, die einen Teil der Gestaltungskosten der Broschüre übernahm.

Die Pool-Projekte

Unter dem Logo des »Sponsorenpool Saar« sind nun neun saarländische Vereine zusammengeschlossen: der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club-Landesverband Saar, der Seniorenschutzbund, der Deutsch-Ausländische-Jugendclub, der für eine Integration ausländischer Kinder und Jugendlicher sorgt, der Nauwieser KunstKultur e.V., der bezahlbare Kreativkurse für alle Bevölkerungsschichten anbietet, der Kultur- und Werkhof Nauwieser 19 und der Selbstverwaltete Betriebshof Saarlouis als soziokulturelle Zusammenschlüsse, die Zukunftsarbeit Molschd und das Nachbarschaftszentrum Neunkirchen, die sich in ihren Stadtteilen der Probleme der BürgerInnen annehmen und Angebote im sozialen Bereich schaffen.

Mit Hilfe der Sponsorenmittel suchen sie neue Angebote zu entwickeln und umzusetzen. Dabei ist klar, daß die Sponsorenmittel nicht geeignet sind, wegfallende Unterstützung aus öffentlichen Haushalten zu ersetzen.

Sponsoring – Geschäft auf Gegenseitigkeit

Die Unternehmen erwerben mit einer Mindesteinlage von 1.000 DM für ein Jahr das Recht, das Logo des »Sponsorenpool Saar« in ihrer Außendarstellung zu verwenden und sich damit als Unternehmen mit gesellschaftlicher Verantwortung auszuweisen.

Die Projekte des Sponsorenpools sorgen ihrerseits dafür, daß dieses Engagement der Öffentlichkeit nicht verborgen bleibt. Sie verpflichten sich, in ihren Veröffentlichungen auf die Unterstützung durch die Unternehmen hinzuweisen und eine regelmäßige Berichterstattung durch die Presse zu gewährleisten.

Die Sponsorengelder werden einmal jährlich zu gleichen Teilen unter den Projekten aufgeteilt. Grundsätzlich ist der Pool offen für weitere Projekte; vorerst wurde jedoch ein Aufnahmestopp vereinbart, bis der Pool erfolgreich arbeitet.

Die ersten Sponsoren

Der offizielle Startschuß für den »Sponsorenpool Saar« erfolgte am 10. Oktober im Rahmen einer Pressekonferenz. Zwei Unternehmen haben sich bis dato (31.10.) als Sponsoren gemeldet.

Damit sich weitere finden, kommt es entscheidend darauf an, ob in den nächsten Monaten die notwendige Öffentlichkeit für den »Sponsorenpool Saar« hergestellt werden kann. Dazu werden derzeit gar viele Klinken geputzt und Telefonhörer poliert, um Verbindungen zu Verwaltung und Politik zu nutzen, die Presse für eine regelmäßige Berichterstattung zu gewinnen und Kontakte zu Handwerkskammer und IHK sowie Unternehmenszusammenschlüssen herzustellen.●

Informationen zum Sponsorenpool Saar sind erhältlich bei:
Netzwerk Saar e.V., Sponsorenpool Saar,
Nauwieserstr. 19, D-66111 Saarbrücken
☎(06 81) 37 15 02, Fax 37 60 12

BANANEN-KAMPAGNE:

»Chiquita – weder öko noch sozial!«

Bundesweit werben u.a. die Handelsketten »Marktkauf« und »dixi« mit dem Slogan »Natürlich Chiquita – der Umwelt zuliebe.« Während der Bananenkonzern von nachhaltiger Entwicklung spricht und sich in Deutschland als Umweltpionier feiern läßt, kritisieren Umweltorganisationen und Gewerkschaften in lateinamerikanischen Anbauländern anhaltende Umweltschädigungen und Menschenrechtsverletzungen. Die Bananen-Kampagne und die IG Bauen-Agrar-Umwelt wenden sich gegen diese Geschäftspraxis. Mit einer soeben anlaufenden Unterschriftenaktion fordern sie den Einzelhandel auf, diese Werbung einzustellen und statt dessen fair gehandelte Bananen ins Sortiment aufzunehmen.

Die Unternehmenswerbung suggeriert den VerbraucherInnen, daß es sich bei Chiquita-Bananen um ökologisch unbedenkliche Früchte handele. Diese Schlußfolgerung ist jedoch nicht richtig. Der Begriff »natürlich« ist nicht geschützt und kann zu Werbezwecken quasi nach Belieben verwendet werden. Als ökologisch oder biologisch dürfen pflanzliche Lebensmittel nur dann bezeichnet werden, wenn sie den Standards der EU-Bioverordnung entsprechen. Denen genügen die Chiquita-Bananen jedoch keineswegs. Der Konzern bekennt sich zudem öffentlich zum Ziel nachhaltiger Entwicklung. Nachhaltigkeit umfaßt allerdings Umwelt- und Sozialverträglichkeit. Elementare soziale Rechte, wie gewerkschaftliche Organisationsfreiheit, werden vom Konzern aber nach wie vor mißachtet und sind auch nicht Gegenstand der neuen Chiquita-Statuten.

Die Bananen-Kampagne setzt sich dagegen für fair gehandelte Bananen ein, die ökologische und soziale Mindeststandards erfüllen. Sie entwickelt zur Zeit ein Fair-Trade-Modell, in dem ein unabhängig kontrolliertes Gütesiegel sowohl die Einhaltung internationaler Menschenrechtsstandards als auch die Förderung eines umweltgerechteren Bananenanbaus garantiert werden. Eine Frucht mit solchen Eigenschaften stellt eine echte Alternative auf dem kommerziellen Markt dar. Um fair gehandelte Bananen im Sortiment von Handelsketten zu plazieren, setzt die Bananen-Kampagne wie bei anderen erfolgreichen Aktionen auf die massive Unterstützung durch KonsumentInnen.●

Chiquita – der Umwelt zuliebe?

Februar 1996: Starke Überschwemmungen verwüsten Costa Ricas Bananenregion Limón. Tausende werden obdachlos. Eine menschgemachte Naturkatastrophe sagen Umweltschützer und weisen auf den extrem umweltbelastenden, agroindustriellen Bananenanbau hin. Eine Wirtschaftsweise, die »totes Land« hinterlasse und schon nach 5-15 Jahren zur krankheitsbedingten Erwerbsunfähigkeit führe, sei skandalös.

Oktober 1996: Chiquita wirbt damit, daß alle ihre Plantagen in Costa Rica nach den Richtlinien des ECO-O.K.-Labels produzieren. Ein ökologischer Durchbruch? Die Werbung suggeriert mehr, als ECO-O.K. leistet: die Rainforest Alliance, die das Siegel vergibt, erwartet von dem Programm eine schrittweise Minderung der Umweltbelastung. ECO-O.K. versteht sich vom Ansatz her aber nicht als Ökolabel. Hierfür sind die Kriterien bei weitem nicht streng genug. Das Programm mag graduelle Verbesserungen bewirken. ExpertInnen halten es jedoch für keinen tauglichen Ansatz, um den Einstieg in eine nachhaltige, langfristig umwelt- und sozial verträgliche Produktion zu schaffen. Denn ECO-O.K. setze im Kern auf Schadensbegrenzung und nicht auf Ursachenvermeidung. Am Beispiel der Pestizide verdeutlichen sie ihre Kritik:

- Die mengenmäßige Reduktion von Pestiziden ist nicht vorgeschrieben, die Zahl der Luftbesprühungen wird nicht begrenzt.
- Viele hochgiftige Pestizide sind weiterhin erlaubt und werden eingesetzt, so z.B. die von der Weltgesundheitsorganisation als extrem bzw. hochgefährlich eingestuften Mittel Terbufos und Carbufuran.
- Die vorgeschriebene Schutzkleidung ist tropischen Bedingungen nicht angepaßt.

Der massive Pestizideinsatz ist elementarer Bestandteil einer Wirtschaftsweise, die darauf abzielt, hohe Profite bei zugleich niedrigen Endverbraucherpreisen zu realisieren. Dafür sind die Menschen in Costa Rica der siebenfachen Pestizidbelastung des Weltdurchschnittes ausgesetzt. Mehr als 10.000 Bananeros leiden unter vermutlich pestizidbedingter Impotenz und Sterilität. Freilich nicht nur auf Chiquita-Plantagen. Wenn der Konzern es aber wirklich ernst meint, dann wären die Entschädigung der Opfer und eine drastische Reduzierung der Pestizide die ersten gebotenen Schritte. Hierhin und nicht in eine Image-Kampagne sollte der Multi folglich investieren.

Chiquita – der Menschen zuliebe?

Das weiße Fräulein auf blauem Grund als Symbol von »Menschlichkeit«? Selbst Chiquitas Werbeabteilung wagt sich nicht, das Markenemblem so zu besetzen. Nicht ohne Grund: Denn der Multi geht in sozialen und politischen Konfliktsituationen häufig nicht gerade zimperlich mit seinen Kontrahenten um.

Honduras: Subsistenz oder Golfplatz

»Es war fast wie in einem Straflager« so beschreibt Rafael Alegria, von der honduranischen Landarbeitergewerkschaft CNTC, die Situation von 120 ehemaligen Chiquita-ArbeiterInnen und ihren Familien Anfang Februar. Sie hatten Zuflucht in zwei in Tacamiche gelegenen Kirchen gesucht. Dort wurden sie mehrere Tage von den Soldaten belagert. Ihr »Vergehen«: Seit ihrer Entlassung im Sommer 1994 hatten die Menschen in ihrer Not Felder auf einer brachliegenden Plantage der honduranischen Tochter des Konzerns, Tela Railroad Company, angelegt. Doch auf Drängen der Unternehmensleitung wurden sie von rund 500 Militärs vertrieben. Jetzt entsteht auf einer der stillgelegten Fincas ein Golfplatz für Chiquita-Bedienstete.

Costa Rica: ECO-OK versus Arbeiterrecht

Auch anderswo interessiert den Konzern die Situation der Angestellten herzlich wenig. ECO-OK, das »Umwelt Zertifikat«, schließt soziale Fragestellungen im Grunde aus. Aktuellstes Beispiel ist der Streik auf den costaricanischen Plantagen der Firma CANFIN, einer Chiquita-Tochter. Mitte Oktober traten Arbeiter und Arbeiterinnen in den Ausstand. Der Konzern hatte die Lohnzahlungen – ohne Angabe von Gründen - um 40% beschnitten. Gewerkschaftlich organisierte Arbeiter wurden entlassen oder innerhalb der Firma strafversetzt. Und: Ausschreitungen befürchtend, wünschte die Unternehmensleitung eine Unterstützung ihrer Wachmannschaften durch nationale Polizei.

Afrika und Karibik: Politisches Sperrfeuer

Doch der Multi übt nicht nur Druck auf seine Angestellten aus. Ganze Länder und Regionen müssen die politisch-ökonomischen Pressionen des Konzerns fürchten. Vor allem seit Einführung der EU-Marktordnung (GMD) wird er nicht müßig, ein Sperrfeuer gegen das Regelwerk zum Schutze kleinerer Produzenten in der EU und den AKP (Afrika, Karibik, Pazifik)-Ländern zu betreiben. Mit der Unterstützung des US-Präsidentschaftskandidaten Bob Dole konnte Carl Lindner, Chef des Imperiums, vor der Welthandelsorganisation ein Verfahren gegen die GMO einleiten lassen. Dole hatte zuvor über Jahre materielle Vergünstigungen seitens Chiquita erhalten. »Für Chiquita handelt es sich um Handelsanteile, für uns bedeutet das den Tod«, urteilt Edwin Laurent, Präsident der Arbeitsgruppe der bananenproduzierenden AKP-Länder. Das Versprechen »Chiquita – the bright spot in every day« wird wohl noch auf längere Zeit nur einigen Privilegierten vorbehalten sein.●

Aus: Die Bananen-Kampagnen-Zeitung, November 96

DOKUMENTATION: STELLUNGNAHME DER KOMM-MV MEHRHEIT VOM 26.11.96

KOMM bleibt KOMM

Hallo Ihr da draußen! An alle, die nach wie vor ein Interesse an einem KOMM in Selbstverwaltung am Königstor haben. An alle, die dem mehrstimmigen Chor unter Leitung des Ludwig Scholz keinen Glauben schenken und sich durch gezielte Meinungsmache der Presse nicht beeinflussen lassen. Wir wenden uns auf diesem Weg an euch, um der demagogischen Inszenierung von CSU-FDP-SPD-GRÜNEN und städtischem Aufsichtspersonal des KOMM den Sound des echten, selbstverwalteten KOMM entgegenzusetzen. Laßt den Rhythmus wirken, nehmt ihn auf, tragt ihn weiter.

Die KOMM-Selbstverwaltung hat auf ihrer Mitgliederversammlung am 26.11.96 mit großer Mehrheit beschlossen, die von der städtischen Verwaltung im Auftrag der CSU erstellten Vertragswerke nicht zu unterzeichnen. Abgelehnt wurden die mit Hilfe von städtischen KOMM-Mitarbeitern erstellte Grundordnung, eine veränderte Fördervereinbarung und ein neuer Mietvertrag. Die Versammlung stimmte auch Veränderungen an der Satzung des KOMM e.V. nicht zu.

In der Nürnberger Presse wurde unser Verhalten als »Trotzreaktion«, als »Realitätsfern« etc. dargestellt. Umgekehrt wurden die Inhalte des sogenannten Kompromisses und ihre Umsetzung in Vertragswerke verharmlost, ja als Weiterführung der Selbstverwaltung dargestellt. Dem ist nicht so. Außerdem wurde unterstellt, daß die große Mehrheit der KOMM-MitarbeiterInnen für den Kompromiß, nur einige Autonome und ihre herangeholte Verstärkung aus anderen Städten gegen den Kompromiß stimmten. Dies ist eine Lüge und hat mit der Wahrheit aber auch rein gar nichts zu tun. Im Gegenteil, bis auf die eine MV vom 1.10., als hunderte aus Stadtverwaltung, Parteien etc., die uns KOMM-MitarbeiterInnen höchstens als seltene Gäste oder von Wahlplakaten bekannt sind, dem sogenannten Kompromiß zustimmten, wurde dieser wie die spätere Umsetzung in Verträge immer mehrheitlich abgelehnt.

Warum? Sind wir wirklich ein so sturer und weltfremder Haufen? Nein, es gibt für uns und alle, die an der Selbstverwaltung und den Inhalten festhalten, gute Gründe, gegen diese neu formulierten Verträge zu stimmen. Es sind die Inhalte der neuen Verträge, die in der Presse nur beschönigt dargestellt und so gut wie nicht erläutert wurden, die wir ablehnen.

Hier nur drei Beispiele:

● Der Mietvertrag. Im Paragraph 9 verbirgt sich hinter der lapidaren Formulierung: *»Das letztendliche Hausrecht der Stadt Nürnberg als Eigentümer und Vermieter geht über das Hausrecht des Mieters«*, die beinhaltet, daß der Stadt Nürnberg die Möglichkeit offen bleibt, jeder Person oder Gruppe den Zugang zum Haus zu gewähren oder zu verbieten oder unliebsame Veranstaltungen einfach durch Nicht-zur-Verfügungsstellung von Räumen zu verhindern. Mit der Stadtratsmehrheit sind nichtkompatible Diskussionen aufgrund des Mietvertrages im KOMM einfach nicht mehr möglich. Wo bleibt da die gesellschaftskritische Tradition des KOMM, die Möglichkeit, unliebsame Diskussionen in dieser Stadt zu führen, wo bleibt das Prinzip der Selbstverwaltung? Die Ankündigung der CSU, eine Ausstellung, wie die zu den »Verbrechen der Wehrmacht«, sei in Zukunft in städtischen Räumen nicht mehr möglich, zeigt wo es langgehen soll. Um uns jetzt selbst die Schere in den Kopf zu verpflanzen, haben sich wohl die wenigsten im KOMM engagiert und nach dem Wahlsieg der CSU für dessen Erhalt gekämpft.

● Die Grundordnung 2,(3): *»Der Verein verpflichtet sich, bei seinen Aktivitäten die geltenden Gesetze einzuhalten* (das war nie anders) *und insbesondere keine*
● *Verstöße gegen das Versammlungsgesetz*
● *Flugblätter und Drucksachen ohne gültiges Impressum*
● *Werbung für eine terroristische Vereinigung* (übrigens geht es hier nicht nur um die RAF, auch Antifa- und Anti-AKW-Gruppen werden mit diesem Gummiparagraphen kriminalisiert d. V.)
● *Verherrlichung von Gewalt*
● *Handel mit illegalen Drogen zuzulassen. Dazu macht der Verein die Beachtung dieser Regel zur Voraussetzung bei der Aufnahme neuer Gruppen und Mitglieder.«* und weiter in 4.4.: *»Sanktionen bei Verstößen gegen die Grundordnung 4.4.(1). Verstoßen Vereinsmitglieder, Gruppenmitglieder, oder Externe gegen diese Grundordnung, so werden sie mit Sanktionen belegt.«* Diese steigern sich von der Verwarnung bis zum Ausschluß der Gruppe und 4.4.(5). *»Versäumt es der Verein, Verstöße zu ahnden, so kann die Stadt Sanktionen gegen ihn selbst richten.«* Und weiter in der Fördervereinbarung Paragraph 3: *»Werden offenkundige Verstöße gegen die Grundordnung der Selbstverwaltung (des KOMM e.V.) vom Verein nicht angemessen sanktioniert, so richten sich Sanktionen des Vertragspartners Stadt Nürnberg gegen denselben. Nach der Verwarnung wird der Abzug der Zuschußmittel an den Verein in Höhe von zunächst 10% des Gesamtzuschusses an den Verein wirksam. Dies geschieht vor einer Vertragskündigung.«*

Foto: Redaktion Nürnberg

Statt gemeinsamer demokratischer Prozesse und der Diskussion politischer, sozialer und kultureller Probleme, soll die Selbstverwaltung also zu einem Sanktionsgremium von AktivbürgerInnen verkommen, in der man alle Tugenden eines Blockwarts erkennen kann. Außerdem wird der Eindruck erweckt, das KOMM sei ein rechtsfreier Raum und erst durch die neuen Verträge würden Recht und Gesetz einziehen. Gerade das Gegenteil ist der Fall, das KOMM und seine Gruppen standen immer unter besonderem Augenmerk der Rechtsorgane und der Öffentlichkeit. Erinnert sei hier an den Aktionstag zu Mumia Abu-Jamal. Ein schwarzer politischer Gefangener, dem in der USA die Todesstrafe droht. Neben vielen anderen beteiligte sich auch eine KOMM-Gruppe an einer Straßenblockade. Eigentlich nur eine Ordnungswidrigkeit und als solche auch juristisch verfolgt. Die Beteiligung der KOMM-Gruppe wurde damals in der Öffentlichkeit fast zum Kündigungsgrund hochstilisiert. Oder die Veranstaltung zum Tode von Ulrike Meinhof, die an anderer Stelle ohne Probleme stattfinden konnte, im KOMM aber zur Androhung einer Kündigung führte. Nach den neuen Vertragswerken müßten die KOMMlerInnen sich selbst gegenseitig überwachen, nicht einmal mehr Verstöße gegen geltende Gesetze sollen zur Grundlage genommen werden, sondern nur noch die Annahme dieser durch die Stadtratsmehrheit. Verpflichtung auf Hilfspolizeidienste den eigenen Mitgliedern, Gruppen oder auch nur NutzerInnen gegenüber und bei Nichterfüllung Streichung von Geldern oder gar Kündigung. Wie soll da ein solidarisches Miteinander in der Selbstverwaltung gedeihen, was hätte das noch mit gelebter Basisdemokratie zu tun?

Beispiel drei: Die neue Satzung
In der Mitgliederversammlung sollen nur noch Gruppenmitglieder stimmberechtigt sein und sie soll nur noch alle 2 Monate stattfinden. Der Vorstand wird aufgewertet, er soll in Zukunft die Geschäfte des Vereins führen und beauftragt damit die Angestellten des Vereins. Bereichsräte sollen geschaffen und damit eine Spaltung der KOMM-MitarbeiterInnen in vier sogenannte Bereiche, »Politik und Soziales« oder »Gastronomie und Wirtschaft« etc. erreicht werden. Rechte der früheren MV sollen auf diesen Bereichsrat übergehen. Somit ähnelt die Satzung des KOMM e.V. immer mehr der eines x-beliebigen Kaninchenzüchtervereins. Dies alles ist einfach nichts anderes als das Ende der Selbstverwaltung.

Damit nicht zufrieden, beschloß die CSU gemeinsam mit den REPs auch noch eine 15% Kürzung des KOMM-Etats 97. Das dies zwangsläufig wieder zur Streichung einer Selbstverwaltungs-SekretärInnenstelle führt – bereits 1996 wurde eine gestrichen –, war ihnen klar. Das Verhältnis zwischen städtischen und Selbstverwaltungshauptamtlichen sollte endlich mit fünf zu vier zugunsten der Stadt verschoben werden.

Daß das KOMM nach Annahme der neuen Verträge unter diesen Bedingungen schließlich nur noch eine »Farce« wäre, war deshalb den meisten KOMMlerInnen klar. Ein langsames, bedeutungsloses Dahinsiechen des KOMM, begleitet vom Ausschluß verschiedenster Gruppen aufgrund der neuen Verträge, wurde von uns vorausgesehen. Trotzdem war für viele von uns die Entscheidung mit »Nein« zu stimmen keine »lustvolle« (Leipold) und keine »Freude am eigenen Untergang«. Schließlich arbeiten und engagieren sich die meisten von uns ehrenamtlich seit Jahren bzw. Jahrzehnten in diesem Haus und wußten, daß ein »Nein« die Kündigung zur Folge hat.

Trotzdem, sein Todesurteil auf Raten selbst zu unterschreiben, ist mit uns nicht zu machen. Einen Einstieg in den Ausstieg, dem die Abwicklung folgt, wie von C. Gsell für die gesamte Soziokultur angekündigt, wird es beim KOMM nicht geben. Und mit der Kündigung ist für uns der Kampf ums KOMM noch nicht gelaufen.●

OFFENER BRIEF

Betr.: KOMM und die aktuelle Entwicklung

Liebe Freunde von den Autonomen!

Als die Selbstverwaltung für das KOMM 1973 entworfen wurde, waren Schlagwörter wie 'Demokratisierung der Gesellschaft' und 'Demokratie leben' richtungsweisend. Ein offenes Selbstverwaltungsmodell – bei der jeder Anwesende Rede- und auch Stimmrecht hat – sollte dies gewährleisten. Außerdem sollten Besucher über die Möglichkeit der Mitbestimmung zum Engagement im Haus motiviert werden. Andere – zumeist in den folgenden Jahren gegründete Zentren wie Kunstverein, KuNo, Desi und LGB – entwickelten eigene Selbstverwaltungsmodelle, die ihren Bedürfnissen entsprachen.

Das Konzept des KOMM hat auch bis Ende der achtziger Jahre funktioniert und immer wieder – oft in Verbindung mit sozialen oder subkulturellen Bewegungen – frischen Wind ins KOMM hineingetragen und zur Erneuerung des Mitarbeiterstammes geführt. Das KOMM erwies sich als 'Seismograph für gesellschaftliche Probleme und Veränderungen'. In den letzten Jahren jedoch stagnierte die Entwicklung. Lag es am Verschwinden der sozialen Bewegungen und der Krise der Linken? In den Gremien der KOMM-Selbstverwaltung hat sich jedenfalls seit Ende der achtziger Jahre eine Polarität zwischen den Autonomen auf der einen Seite und den von ihnen so bezeichneten 'Städtischen' sowie dem 'Bildungsbereich' herausgebildet. Die inhaltliche Diskussion reduzierte sich auf das Festklopfen der jeweiligen Position. Während eine konstruktive und offene Auseinandersetzung immer seltener wurde, erstarrte die Selbstverwaltung in eingeübten Ritualen. Entsprechend dünnten die Versammlungen aus – viele Mitarbeiter hatten die ideologisch eingefärbten Sonntagsreden und das aggressive Klima satt und nahmen nicht mehr teil.

Als dann die Anwesenheit der im Haus tätigen Gruppen auf den Selbstverwaltungsgremien 'Rat' und 'Mitgliederversammlung' über Repressionen wie Raum- und Finanzmittelentzug erreicht werden sollte – verkehrte sich das Prinzip der Selbstverwaltung ins Gegenteil. Eine Selbstverwaltung per Zwang läßt sich nicht durchführen und kann als gescheitert betrachtet werden oder zeigt zumindest Symptome, die auf eine Reformbedürftigkeit schließen lassen.

In den neunziger Jahren sind subkulturelle Strömungen wie Hiphop, Rap und zuletzt Techno fast spurlos am KOMM vorübergegangen. Diese Jugendlichen begriffen das KOMM nicht mehr als ihr Zentrum. Auch hat sich das Freizeitverhalten insgesamt verändert. Weg von der Soziokultur zum Anfassen und Selbermachen – mehr in Richtung Konsumierung von Angeboten in gestyltem Ambiente. Das KOMM reagierte nicht flexibel auf das sich verändernde gesellschaftliche Umfeld. Obwohl einzelne Mitarbeiter oder Gruppen im Haus Reformbedarf feststellten, ließen sich wegen der festgefahrenen Machtstrukturen keine Veränderungen durchsetzen. Das KOMM hat es die letzten Jahre versäumt sich von innen heraus zu reformieren. Und von außen war jahrelang diesbezüglich kein Druck zu erwarten, da das KOMM seit der Massenverhaftung von 1981 vom Mythos des Unantastbaren umgeben wird.

Die Kommunalwahl vom 10. März diesen Jahres führte zu einer Mehrheit der CSU im Stadtrat. Sie hatten das KOMM zum Wahlkampfthema gemacht und es war klar, daß nun einschneidende Maßnahmen zu erwarten waren. Kurz vor der Oberbürgermeisterwahl bezeichneten die Autonomen den CSU-Kandidaten Scholz noch als 'Säufer und Ehebrecher' – so kann man natürlich auch politisch argumentieren. Für das KOMM sah die Zukunft finster aus.

Um Zeit zu gewinnen, wurde ein Bürgerbegehren in die Wege geleitet und mit dem Sammeln der Unterschriften begonnen. Doch bereits hier lag die Wahrnehmung der Mitarbeiter im KOMM weit auseinander. Die Autonomen glaubten doch tatsächlich, mit einem Bürgerbegehren das KOMM erfolgreich in seiner alten Form belassen zu können. Während einem anderen Teil klar war, daß sich bei der veränderten Stimmung in der Stadt keine Mehrheit für das Bürgerbegehren finden wird. Sie betrachteten das eingeleitete Bürgerbegehren von Anfang an als politisches Druckmittel, um die CSU zu einem Kompromiß zu zwingen.

Realisten hätten selbst zu Zeiten der rot-grünen Mehrheit keine Wetten auf ein erfolgreiches Bürgerbegehren abgeschlossen. Dazu weckt das Thema KOMM zu viele negative Emotionen in der Stadt. Eine Existenzberechtigung des KOMM läßt sich aber aus der Notwendigkeit von soziokulturellen Freiräumen in jeder Großstadt und der erfolgreichen, meist ehrenamtlichen Arbeit der ca. 30 KOMM-Gruppen ableiten.

Fortsetzung nächste Seite

NÜRNBERG: DEMO FÜR DEN ERHALT DES KOMM

Nach dem Willen der CSU soll das KOMM Ende 1997 endgültig schließen

600 Menschen kamen am 14.12.96 zum KOMM, um unter dem Motto »Opposition machen wir – Schlagt zurück gegen Rechts und Sozialraub« zu demonstrieren. Begleitet wurde die Demonstration von einem martialischen Polizeiaufgebot in teilweisen zweireihigem Spalier. Die von der Nürnberger CSU-Regierung beschlossene Kündigung zum Ende 1997 war Anlaß der Demonstration. Nach einer sich anschließenden Diskussionsveranstaltung im KOMM zum Thema Rechtsentwicklung in der BRD und zum bundesweiten Sozialraub kam es zu vereinzelten Rangeleien mit der Polizei, die daruhin das KOMM zeitweise umstellte und mehrere Personen festnahm.●

dp

FÜNF JAHRE MULTIKULTURELLES ZENTRUM ZITTAU

Streitschrift zur inhaltlichen Standortbestimmung

Lange Zeit spielte das Thema »Multikultur« in den östlichen Bundesländern keine Rolle. Das änderte sich kontinuierlich mit den gesellschaftlichen Anpassungs- und Modernisierungserfordernissen im Kontext der Vereinigung. Die Positionsbestimmung des Multikulturellen Zentrums Zittau reflektiert diesen Zusammenhang.

»Multikultur ist eine auf vielfältige Lebensformen, Welt-und Menschenbilder ausgerichtete Kultur, deren Basis die gegenseitige Anerkennung der verschiedenen individuellen Erfahrungen darstellt. Menschen werden unabhängig von ihrer geographischen und sozialen Herkunft, ihrem Geschlecht und ihrer Sexualität akzeptiert. In einer solchen Kultur der gegenseitigen Anerkennung bleiben Differenzen bestehen, ohne Gleichheit zu erzwingen. Handlungen auf der Grundlage gemeinsamer Interessen bedürfen dabei der eigenen Erkennbarkeit, Klarheit, Offenheit, Ehrlichkeit, Transparenz...« (Diskussionsstand der Verfassergruppe zum Thema Multikultur, Februar 1996)

Am 17. Juli 1991 gründeten VertreterInnen der Stadtverwaltung, des Landratsamtes, des Ausländerbeirates, der Umweltbibliothek e.V., des Frauen helfen Frauen e.V., des PEZ e.V. und des Gerhart-Hauptmann-Theaters das Multikulturelle Zentrum MUK). Die Gründungsinitiative ging von der damaligen Ausländerbeauftragten Frau Hannemann, und der Vertreterin des Ausländerbeirates, Frau Alische aus, die das soziale Engagement für Ausländer auf verwaltungsfreiere Füße stellen und mit einem Haus der Begegnung für mehr Toleranz und Akzeptanz gegenüber unseren ausländischen Mitbürgern werben wollten. Die Breite der Gründerschar ist ebenfalls ihnen zu verdanken. Der Gedanke der Toleranz und Verständigung sollte in einer breiten Trägerschaft verankert und getragen werden. Entsprechend erweiterte sich der inhaltliche Ansatz des späteren MUK: Zu dem Begegnungsgedanken kam die Beachtung der Dreiländerecksituation (Deutschland, Polen, Tschechien) und der kulturellen Vielfalt innerhalb unserer eigenen, deutschen Kultur hinzu.

Unser Verständnis von Multikultur hatte drei Standbeine:

- die Kultur der Toleranz und wechselseitigen Anerkennung gegenüber Ausländern, die mit uns leben oder eine Heimat bei uns suchen;
- den Gedanken der Verständigung mit unseren Nachbarn in Polen und Tschechien im Bewußtsein der gegenseitig zugefügten Leiderfahrungen;
- daß Bewußtsein unterschiedlicher kultureller Bedürfnisse unter uns Deutschen.

»Kultur des Lebens mit uns und anderen«

Vor diesem geistigen Hintergrund starteten die ersten MUK-Projekte, wurde die Arbeit immer wieder legitimiert. Der erste Vorstand des MUK entwickelte dieses Verständnis von Multikultur im ersten Jahr praktischer Arbeit weiter. Die alltäglichen Erfahrungen im Umgang mit Ausländern und Deutschen führten zu einem Verständnis von Multikultur als einer »Kultur des Lebens mit uns und anderen«. In den Folgejahren bestimmte die Professionalisierung in den einzelnen Arbeitsbereichen stärker das inhaltliche Geschehen als eine geistige Arbeit an unserem Thema Multikultur. Es gab zwar immer wieder Anlässe zur inhaltlichen Positionierung, genannt seien hier der Polizeieinsatz in der Milchstraße, die verhinderte Grenzöffnung oder die Grundgesetzänderung Artikel 16; die Auseinandersetzungen waren aber eher pragmatischer und nicht konzeptioneller Art. Wie notwendig diese inhaltliche Arbeit an einem gemeinsamen geistigen Fundament ist, hat das letzte Jahr gezeigt, in welchem wir es nicht vermochten, unserem eigenen Anspruch von Multikultur eine entsprechende Praxis zu geben.

Das MUK gründete sich in einer Zeit, die noch sehr geprägt war vom Aufbruchs- und Veränderungswillen des Jahres 1989. Die Neuordnung der Gesellschaft war nach dem Zusammenbruch der DDR in vollem Gange. Wir hatten dabei die reale Möglichkeit, in viel größerem Maße aber nur die Illusion, diese Umgestaltung in ihren Grundfesten mitzubestimmen. Die Wahrnehmung der Ausländer unter uns, welche Ausländerfeindlichkeit bis zu gewalttätigen Übergriffen zu spüren bekamen, war dabei im Gründungsjahr zentral.

Der Zustand unserer Kultur zeigte an, daß vieles verdeckt war, vieles brach lag. Hier wollten wir gestalten, verändern, helfend eingreifen. Die Erfahrungen der letzten fünf Jahre ergaben dabei ein differenziertes Bild über Ursachen und Strukturen, die zu Ausländerfeindlichkeit und Gewalt führten. Die Gesellschaft veränderte sich – der »Westen« kam in Zittau an.

Dieser tiefgreifende gesellschaftliche Strukturwandel führt zunehmend zu einer sozialen Polarisierung und einer Pluralisierung von Lebensverläufen und Lebensstilen. Bisher gewohnte Lebensformen, Sozialmilieus und Solidargemeinschaften gehen verloren. Damit verbundene Sinn-und Identifikationsmöglichkeiten lösen sich auf. Komplexe gesellschaftliche Probleme, lebens- und überlebenswichtige Fragen für den Einzelnen geraten in eine neue Unübersichtlichkeit. Globalstrategien und Einheitslösungen früherer Jahre greifen weniger denn je, die Gesellschaft stellt sich als ein Gewebe höchst unterschiedlicher Gruppen, Lebensformen und Ansprüche dar.

Es kommt zu Prozessen der Individualisierung und Enttraditionalisierung. Damit verbunden entstehen weltanschauliche Fluktuationen und Suchbewegungen. Die Orientierungslosigkeit führt zu Resignation und dazu, daß die Einzelnen Leben nur noch bewältigen. In dieser Situation sind Konzepte und Strategien der Differenz und Vielfalt notwendig. Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe am Leben zu ermöglichen, erfordert nicht nur die Schaffung materieller Voraussetzungen; die Teilhabe am Leben erfordert die Wahrnehmung eigener Erlebnisfähigkeit, die Wahrnehmung von Ich-Kompetenz und die schlußfolgernde Beantwortung der Frage: »Was will ich?« Diese Frage stellt sich MitarbeiterInnen, Vorstand und Mitgliedern im MUK genauso wie den BesucherInnen und NutzerInnen der Angebote. Zielgruppe und Macher sind diesbezüglich in derselben Situation.

»Ort des Lebens mit uns und anderen«

Die Aufgabe eines Multikulturellen Zentrums besteht heute darin, in den gesellschaftlich entstandenen Verständigungslücken zu agieren, Diskurse über Sinn und Visionen und über Verteilungskonflikte von gesellschaftlichen Chancen zu eröffnen und wieder in Basisdefinitionen von Gesellschaft einzugreifen. MUK als »Ort des Lebens mit uns und anderen« meint dabei, einen Raum für Menschen zu schaffen, in dem der gesellschaftliche Zwang zur Individuation aufgehoben ist, in dem Offenheit dadurch entsteht, daß MacherInnen und BesucherInnen sich nicht als Anbieter und Konsument gegenüber stehen, sondern beide ihr Produkt jeder Begegnung neu entwickeln müssen. Unser Angebot ist dabei das persönliche Gespräch die Nutzung der gestalteten Räume der Begegnung, die Möglichkeit des Kontaktes, der Auseinandersetzung bei Veranstaltungen verschiedenster Art, die konkrete Projektverwirklichung.

MUK versteht sich dabei als Ort der Bildung. Es werden Fragen gestellt, wobei innovative Antworten gesucht werden. Es geht um Antworten, die das Leben einbeziehen und Freiräume für soziale, kulturelle und politische Phantasie entstehen lassen. Wenn es gelingen soll, diejenigen in den Diskurs zu integrieren, die in Distanz zu Gesellschaft und politischem System gegangen sind, dann ist in dieser Form der Auseinandersetzung die Möglichkeit der Disharmonie notwendig.

Sein Profil erhält das MUK nicht automatisch durch die Aneinanderreihung verschiedener Projekte und Angebote. Projektarbeit im MUK ist in besonderem Maße die Chance, Selbstverständnis und Zielvorstellungen des Vereins als Extrakt der inhaltlichen Entwicklung zu präsentieren. In unserer Organisationsform und der damit verbundenen Konzeption der Vielfalt besteht daher auch immer die Gefahr der Beliebigkeit, der Eintönigkeit und Indifferenz. Verbindung zwischen den einzelnen Angeboten schafft der geistige Kontext, indem sich diejenigen, die den Ort gestalten, bewegen. Im MUK heißt dieser Kontext Multikultur.●

MUK – Multikulturelles Zentrum Zittau, Töpferberg 4, D-02763 Zittau, Tel. (0 35 81) 7 79 60

Aus: Infodienst kulturelle Jugendarbeit in soziokulturellen Zentren in Sachsen, Nr. 2, 1996

FORTSETZUNG: OFFENER BRIEF

Das Bürgerbegehren wurde mit der Parole 'KOMM bleibt KOMM – für ein selbstverwaltetes KOMM' propagiert. Damit wird der bestehende Reformbedarf negiert – jede/r, der/die eine andere Ansicht vertritt, geriet in den Geruch, sich der CSU anbiedern zu wollen. Es verwehrt sich nicht der Eindruck, daß die Autonomen nicht so sehr an einer lebendigen und funktionierenden Selbstverwaltung interessiert waren, sondern in erster Linie am Erhalt ihrer Privilegien – die noch aus Zeiten resultieren, als es starke soziale Bewegungen gab, die ins KOMM hineinwirkten und bei denen die Autonomen eine Meinungsführerschaft inne hatten.

Als Clemens Gsell – Fraktionsvorsitzender der CSU im Stadtrat – bereit war, auf öffentlichen Veranstaltungen (im CVJM-Haus und beim Kommentargottesdienst in der Lorenzkirche) auch mit Vertretern des KOMM über die Zukunft des Hauses zu diskutieren, schossen sich die Autonomen ausgerechnet auf ihn ein. Sie wollten nicht zur Kenntnis nehmen, daß die Haltung der CSU-Stadträte gegenüber dem KOMM keineswegs so geschlossen war, wie es den Anschein hatte. Eine frisch in den Stadtrat gewählte junge Generation von CSU-lern stand dem KOMM durchaus moderat gegenüber, während ein anderer Teil von 'Hardlinern' ein 'sofort und endgültig Schließen' bevorzugte.

Doch diese internen Widersprüche der CSU wurden nicht zur Kenntnis genommen und taktisch ausgenutzt. Dabei hatte die CSU ihre Position gegenüber dem KOMM, ganz klar auch unter dem Eindruck eines drohenden kostspieligen Bürgerbegehrens, relativiert. Es wurden unter der Federführung der Kulturverwaltung Gespräche über die Zukunft des KOMM mit der CSU geführt. Die Verhandlungsdelegation des KOMM setzte sich in erster Linie aus Autonomen zusammen, die auf ihren Maximalpositionen beharrten. Die Gespräche scheiterten. Nun ergriff das Kulturreferat die Initiative und arbeitete das 'Kompromißpapier' aus. Damit sollte das Bürgerbegehren mit einem mehr als unsicheren Ausgang verhindert werden. SPD und Grüne wollten zusätzlich zu ihrer Wahlniederlage nicht auch noch ein Bürgerbegehren verlieren. Auf der zweiten, der dafür angesetzten Mitgliederversammlungen – es waren fast 400 Menschen anwesend – wurde das Kompromißpapier angenommen und das Bürgerbegehren zurückgezogen. Viele der Anwesenden waren Sympathisanten des KOMMs, kannten aber die internen Diskussionsrituale nicht. Bei beiden Mitgliederversammlungen prallten die Fronten unversöhnlich aufeinander. Die Autonomen praktizierten ihren jahrelang in der Selbstverwaltung eingeübten aggressiven Diskussionsstil. Viele Unterstützer des KOMMs aus dem 'liberalen Spektrum' gingen erschüttert nach Hause. In der Öffentlichkeit und den Medien vollzog sich ein Stimmungswandel.

Nun ist es den Autonomen geglückt, die Umsetzung des beschlossenen Kompromißpapieres in konkrete Vereinbarungen und Verträge zu verhindern. Das sog. gemäßigte Spektrum im KOMM und die Vermittler in der Kulturverwaltung sehen, daß ihre Bemühungen reine Zeit- und Energieverschwendung waren. Dabei hätte das Kompromißpapier auch die Existenz der zwei autonomen Gruppen und der antiimperialistischen Gruppe im KOMM gesichert.

Freilich hätten sie ihren Status als drei Gruppen unter 30 anderen im KOMM neudefinieren und die Gleichberechtigung der Bereiche Politik, Ausstellungen und Musik, Werkstätten, Senioren und Bildungsarbeit anerkennen müssen. Die Anerkennung einiger im Papier aufgeführten Gesetzesparagraphen hätte auch niemanden weh getan – schließlich galt das Bürgerliche Gesetzbuch schon immer auch für das KOMM. Nur würde die neue Stadtratsmehrheit ein schärferes Auge darauf haben. Einzelne Formulierungen in den Vertragsentwürfen sind verbesserungswürdig – insbesondere die Eingriffsmöglichkeit der Stadt bei jeder Veranstaltung mittels Hausrecht kann so nicht hingenommen werden. Es muß ausreichen, daß Veranstaltungen nur untersagt werden können, wenn sie gegen Straftatbestände verstoßen. Alles andere geht in Richtung der Einschränkung von Meinungsfreiheit und Ausübung von Zensur. Doch durch die Blockadehaltung der Autonomen war es nicht möglich den Vertragstext inhaltlich zu diskutieren und einen gemeinsamen Nenner zu finden.

Die Ablehnung der Vertragsänderungen hat zur Kündigung des Mietvertrages und der Zuschußvereinbarung durch den Stadtrat geführt. Liebe Freunde von den Autonomen, ihr habt das KOMM mit eurem Politikstil in zwei Lager gespalten, die abgrundtief voneinander getrennt sind. Die Stimmung unter den Mitarbeitern ist so schlecht wie noch nie. Aus eurer Sicht ist daran natürlich die CSU schuld und die 'Verräter' von SPD, Grünen, Guten und städtischen KOMM-Mitarbeitern etc., die euch beim Bürgerbegehren in den Rücken gefallen sind. Nun wird sich das KOMM auf Druck von außen verändern und wahrscheinlich sogar einen anderen Namen erhalten.

Wir würden es bedauern, wenn Gruppen wie RAN oder Bibliothek (mit Archiv) vollständig aus dem Haus verschwinden würden und wenn in Zukunft politische Veranstaltungen im KOMM nur noch von Medienladen und Bildungsbereich durchgeführt werden sollten. Aber eure Entscheidung scheint festzustehen: lieber aufrecht kämpfend untergehen, als einen Kompromiß eingehen. Ihr versucht nun eine Bewegung für ein KOMM nach euren Vorstellungen loszutreten, doch euer Scheitern ist vorprogrammiert, denn ihr steht alleine da. Weder SPD, Grüne, FDP, Gewerkschaften noch der Gute Stadtrat – ja selbst einige andere linke Gruppen in der Stadt können eure Haltung nicht nachvollziehen. Wie wollt ihr das KOMM in einem Gebäude, das sich im Besitz der Stadt befindet und in den letzten Jahren von der Stadt mit über einer Million Mark pro Jahr unterhalten wurde, weiterführen? Ohne einen Dialog mit dem Kulturreferat und allen wichtigen Parteien einschließlich der CSU wird sich keine tragfähige Basis für das KOMM in Form eines neuen 'Gesellschaftsvertrages' finden.

- Für ein KOMM in Selbstverwaltung! Ja – aber für eine Basisdemokratie, wo sich die im KOMM Engagierten und Mitarbeiter auch wirklich selbst verwalten und nicht Beschlüssen unterordnen müssen, die mit Hilfe von herangekarrtem Stimmvieh zustande kommen.
- Für eine Selbstverwaltung ohne autoritäres und arrogantes Diskussionsklima.
- Und für ein gleichberechtigtes Miteinander der verschiedenen Bereiche im Haus.●

Vorstand des Medienladen e.V.
Peter Findeisen
Gerhard Faul

HEIDELBERG: DEMO FÜR DEN ERHALT DES AZ

Foto: AZ

»Freie Kultur und Widerstand lassen sich nicht kündigen! Nicht in Karlsruhe, nicht in Nürnberg und nicht in Heidelberg. AZ bleibt! Mit dem AZ ins nächste Jahrtausend!« Unter diesem Motto gingen am 14.12.96 ca. 500 Leute für den Erhalt des AZ auf die Straße. Dem Autonomen Zentrum war zum 31.12.96 durch die Stadt gekündigt worden. Durch Verhandlungen mit der Stadt wurde kurz vor dem Demonstrationstermin dem AZ noch eine Gnadenfrist bis zum 31.10.1997 gewährt. Bis dahin müssen neue Räume gefunden werden.

Vor mehr als sechs Jahren gründete sich in Heidelberg die Initiative für ein Autonomes Zentrum. In Heidelberg existierten keine Möglichkeiten, sich unabhängig von etablierten und kontrollierten Einrichtungen politisch oder kulturell zu betätigen. Deshalb sollte von linken, parteiunabhängigen Zusammenhängen ein Gebäude in Innenstadtnähe erkämpft werden. Dieser Freiraum wurde dann schließlich durch mehrere Hausbesetzungen erreicht und existiert jetzt in Form des Autonomen Zentrums seit Mai 1991.●

Anzeige

express
Zeitung der undogmatischen Gewerkschaftslinken
Postfach 10 20 62
63020 Offenbach
Tel.: 069 / 88 50 06

★ Beobachtungen aktueller Arbeitskämpfe
★ Berichte von kritischen GewerkschafterInnen aus den Betrieben
★ Diskussion von Gegenstrategien gegen Lean Production

○ Ich möchte ein kostenloses Probeexemplar
○ Ich bestelle die nächsten 4 akt. Ausgaben zum Preis von 20 DM (nur gg. Vorkasse bar oder Briefmarken)

SOZIALE ÖKONOMIE

Regionalentwicklung

Local work for local people using local resources

In rasendem Tempo schafft die globalisierte Wirtschaft neue Gewinner – aber noch mehr Verlierer. Wir bleiben von Stellenabbau, sinkenden Löhnen und Armut nicht verschont. Der Ökonom und Soziologe Isidor Wallimann, Lehrbeauftragter an der Universität Freiburg sowie Dozent an der Höheren Fachschule im Sozialbereich (Basel) plädiert deshalb für eine »soziale Ökonomie«.

Foto: Dieter Poschen

Von Isidor Wallimann, Basel (Red. Berlin) ● Zu erwarten ist, daß der Weltindustrialisierungsprozeß vorerst weitergeht, Kapital abfließt und Arbeitsplätze exportiert werden. Die Armut der übrigen Welt wird eher zu uns kommen, als daß unser Reichtum zu ihr geht. Die Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und Armut, werden sich bei uns und weltweit eher verbreiten und vertiefen, als daß sie sich im bestehenden Weltkapitalismus, trotz dessen Expansion und periodischen Wachstumsphasen, aufhebt. Kommt dazu, daß sich weder die Weltindustrialisierung noch die heute existierende Industriegesellschaft in die nächsten Generationen durchziehen lassen. Die Existenzsicherungsproblematik wird sich also noch um ein Vielfaches zuspitzen, sobald die Weltindustrialisierung abgebrochen, und sogar die bestehende Industrieproduktion umgestaltet und zurückgestuft werden muß, weil die industriell verwertbare Energie ausgeht und der Industrieausstoß sich biologisch mit Natur und Mensch nicht mehr verträgt, während gleichzeitig die Weltbevölkerung ein rasantes Wachstum aufweist.

Schon heute benötigen wir also neue Ansätze zur Existenzsicherung – geschweige denn später. Heute, um die vom international mobilen Kapital verlassenen Menschen in ihrer lokalen Gebundenheit abzusichern, später, um im Schrumpfungsprozeß zusätzlich die Solidarität zu maximieren, die Massenvernichtung von Menschen zu minimieren, die Gesellschaft neu in nachhaltiger, arbeitsintensiver, regionaler Selbsterhaltung existentiell zu sichern. Die soziale Ökonomie ist ein solcher Ansatz.

Die soziale Ökonomie strebt nicht an, industriegesellschaftlich mit den multinationalen Konzernen Schritt zu halten, wohl aber, sich zwecks Existenzsicherung aus ihrem Griff zu lösen. Die soziale Ökonomie ist relativ arbeitsintensiv, ihre Löhne sind relativ niedrig. Sie sucht in erster Linie nicht die hoch bezahlte Lohnarbeit, sondern die Eigenkapitalbildung und wirtschaftliche Selbständigkeit für alle daran Beteiligten. Sie sucht nicht die Abschaffung der Marktwirtschaft, sondern nur den relativen Schutz vor ihrer Erpressung. Sie sucht bei den Arbeitsmarktopfern und Armutsgeschwächten – und überhaupt bei der Bevölkerung – nicht ihre Defizite, sondern ihre Ressourcen. Sie sucht nicht die Aufspaltung der Gemeinschaft, sondern ihre Erweiterung durch das Zusammenfügen und Einbinden von Ressourcen. Sie sucht nicht den kurzfristigen, sondern den langfristigen Synergieeffekt und Erfolg. Sie sucht nicht die kurzfristige, sondern die langfristige Existenzsicherung für eine immer größere Anzahl Menschen. Soll sie diese Ziele erreichen, muß sie sicherstellen, daß die in ihren Organisationen arbeitenden Menschen am Eigenkapital teilhaben, das sie bilden. Letztlich müssen demokratische Strukturen sicherstellen, daß das erarbeitete Eigenkapital mangels sozialer Kontrolle darüber bedingungslos »privatisiert« und aus dem Verbund herausgelöst wird. Die »Gewinne«, die das gemeinschaftliche Bemühen bewirkt haben, sollen der Gemeinschaft erhalten bleiben.

Die soziale Ökonomie kann also als »basisdemokratisch« geführte, regionale Föderation von dezentral, eigenständig und »basisdemokratisch« geführten Betrieben verstanden werden, wobei die regionalen Föderationen wiederum verknüpft werden können. Genossenschaften, Vereine, Stiftungen oder Aktiengesellschaften, dienen dabei als Organisationsformen wenn gleichzeitig die Statuten Gewähr bieten, daß die Mitglieder »basisdemokratisch« über das Eigenkapital und die Gewinne verfügen.

Wie kann nun eine Föderation von Selbstverwaltungsbetrieben »alternativen« Banken, »alternativen« Pensionskassen und einigen, mit der Eingliederung von Arbeitslosen beschäftigten Organisationen, sich gegenseitig unterstützen und fördern? Wie kann die soziale Ökonomie konstruiert und gebaut werden? Dazu sind grundsätzlich vier Fragen zu stellen und in der Praxis zu beantworten:

1. Wie kann der Mittelabfluß aus der »basisdemokratischen« Föderation ins privatisierte und autoritär geführte Wirtschaftsumfeld verhindert werden?
2. Wie kann der Mittelzufluß vom privatisierten und autoritär geführten Wirtschaftsumfeld erhöht werden?
3. Wie kann die Kreditschöpfung innerhalb der Föderation maximiert werden?
4. Wie kann die betriebliche und soziokulturelle Integration gefördert und nach außen geöffnet werden?

Auf jede dieser Fragen gibt es mehrere Antworten und Vorgehensweisen. Sie werden je nach Ausgangslage und dem wirtschaftlichen, politischen und sozialen Umfeld unterschiedlich und immer wieder den neuen Bedingungen angepaßt ausfallen. Nachfolgend sind einige denkbare und anderswo schon erprobte Antworten und Vorgehensweisen skizziert.

Wohl dem, der Freunde hat

Wie kann der Mittelabfluß verhindert werden? Die angeschlossenen Betriebe können mehr oder weniger stimuliert oder angehalten werden, ihre Betriebseinkäufe innerhalb der Föderation vorzunehmen. Dies kann ermöglicht werden durch Marktzeitungen, die über die Haupteinkaufsposten der Betriebe Auskunft geben. Gleichzeitig bildet diese Information wiederum eine Entscheidungsgrundlage dafür, ob und wo es sich lohnt, innerhalb der Föderation neue Betriebe zu gründen, die diesen Einkaufsbedürfnissen nachkommen können. Die gegenseitigen Handelsbeziehungen können weiterhin mit Rabattvereinbarungen für Mitglieder, eigenen Zahlungsmitteln wie der »Föderations-Check« oder – wo angebracht – mit »Einkaufsquoten« gefördert oder sichergestellt werden.

Auf der Ebene der in der Föderation tätigen Individuen läßt sich genauso fragen: Wo und wofür wird die Lohnsumme ausgegeben? Wiederum lassen sich Informationen ermitteln, die darüber Auskunft geben, ob es sich lohnen könnte, Betriebe in der Restaurations-, Lebensmittel-, Kleider-, Unterhaltungs- und Reisebranche, oder Kinderhütungs- und Gesundheitsdienste zu gründen. Wiederum können Mitglieder verschiedentlich motiviert oder angehalten werden, ihre Lohnsumme innerhalb der Föderation auszugeben. Ganz besondere Aufmerksamkeit verdient dabei der vermögensbildende Wohnbereich. Durchschnittlich würden ca. 25 bis 40% der Lohnsumme für Wohnzwecke aus der Föderation abfließen. Ein leichtes wäre es, mit diesen Mitteln, falls sie zusammengelegt werden, den föderationseigenen, genossenschaftlichen Wohnungsbesitz zu fördern, ja sogar in der (Wieder-)herstellung von Wohnraum aktiv zu werden.

Wie kann der Mittelzufluß erhöht werden? Hier stellt sich die Frage, für welche Märkte außerhalb der Föderation noch produziert werden könnte. Anfänglich muß z.B. gefragt werden: »Welche Freundeskreise hat die soziale Ökonomie?«, »Welche Dienstleistungen und Produkte kaufen und benötigen sie?«, »Wie können sie motiviert werden, Betriebe der Föderationen zu berücksichtigen?«. Wie kann die Bevölkerung insgesamt angeleitet werden Produkte und Dienstleistungen aus der sozialen Ökonomie zu beziehen anstatt von Betrieben, die vom privatisierten internationalen Kapital kontrolliert werden (Mövenpick, McDonald, etc.)?

Der Freundeskreis der sozialen Ökonomie dürfte am ehesten bei den neuen sozialen Bewegungen und eventuell den Gewerkschaften und dem Kleingewerbe zu finden sein. Dort dürften sich vermehrt Marktchancen bei Organisationen und Mitgliedern aufdecken lassen, sei es im Bereich der Druckmedien, der Bankdienstleistungen, des Buchhandels, der Bildung, der Gesundheit, der Beratung und Therapie, der Freizeitgestaltung, etc. Die Aufgabe ist also, überall nach Marktnischen zu suchen, wofür die Föderation auch Arbeitsgruppen oder spezialisierte, bezahlte Kräfte einsetzen könnte.

Bedeutend schwieriger gestaltet sich die Nutzbarmachung von wohlfahrtsstaatlichen Überbrückungs- und Eingliederungsgeldern für Arbeitslose, Unterbeschäftigte und Arme. Basisdemokratisch geführte Betriebe aus der Föderation könnten im Namen des Wohlfahrtsstaates Ausbildungs-, Bildungs- und andere Aufträge entgegennehmen und dabei die Chance wahrnehmen, auch für die soziale Ökonomie Bildungsarbeit zu leisten. Weiterhin könnten Betriebe der Föderation mit Arbeitslosen öffentliche Güter und Dienstleistungen produzieren, wie sie im Zusammenhang mit dem dritten Sektor besprochen wurden. Der große Nachteil, in diese Marktnische einzusteigen – obwohl beträchtliche Summen hierfür zur Verfügung stehen – besteht darin, daß die soziale Ökonomie sich der »Zwangsarbeit« bedient, um die Anzahl der »basisdemokratisch« geführten Betriebe und die Anzahl der Arbeitsplätze in der Föderation zu erhöhen. Indem sie einerseits dieses Ziel erreicht, führt sie andererseits die WohlfahrtsstaatsklientInnen nicht oder nur teilweise aus ihrem abhängigen KonsumentInnendasein heraus. Auch hilft sie weiterhin mit, die WohlfahrtsstaatsklientInnen der kapitalistischen Lohnarbeit zuzuführen, ein Ziel, von dem die soziale Ökonomie eigentlich Abstand nehmen will. Weiterhin macht sich die Föderation insofern abhängig und erpreßbar, als die wohlfahrtsstaatlichen Mittel jederzeit zurückgezogen werden können.

Aufgepaßt vor neuer Elite

Zuversichtlicher gestaltet sich die Situation dann, wenn mit Arbeitslosen und Armen Marktwerte (Produkte, Dienstleistungen, Wohnwerte) produziert und gebaut werden können. Obwohl damit das Kapital (meist das gewerbliche Kleinkapital) konkurrenziert wird, gibt es für genossenschaftlich – und deshalb mehr oder weniger öffentlich abgestützte Betriebe – vermehrt solche Möglichkeiten. Zu groß ist nämlich zur Zeit der Legitimationsdruck und die Notwendigkeit, die wachsende Zahl der Arbeitslosen mittels produktiver sinnvoller Tätigkeiten zu überbrücken. Denkbar ist also z.B., daß WohlfahrtsstaatsklientInnen genossenschaftlich für sich selbst und für andere Wohneigentum bauen und dabei auch am Produkt ihrer Arbeit beteiligt sind. Trotzdem, es bleibt die Gefahr der Abhängigkeit und Erpreßbarkeit. Eine Möglichkeit, mit diesen Widersprüchen und Nachteilen umzugehen, besteht darin, Wohlfahrtsstaatsaufträge nur in dem Maße wahrzunehmen, als alle KlientInnen in den Betrieben der Föderation, soweit die beidseitige Bereitschaft dazu besteht, einen permanenten Arbeitsplatz einnehmen können. Einerseits würde dies die Abhängigkeit und Erpreßbarkeit in Grenzen halten und der Föderation in der Expansion Arbeitskräfte zuführen. Andererseits wäre eine gewisse Garantie gegeben, daß sich die Föderation nicht in Form einer »genossenschaftlichen Elite« von der übrigen Bevölkerung »abhebt«. Kurz: Beteiligt sich die soziale Ökonomie an wohlfahrtsstatlichen Integrationsbemühungen, sollen diese Bemühungen für Arbeitslose und Armutsbetroffene zu einer permanenten Integration und Beschäftigung innerhalb der sozialen Ökonomie führen, sofern dies ein beidseitiger Wunsch ist.

Wie kann die Kreditschöpfung aus eigener Kraft und durch fremde Hilfe erhöht werden? Je mehr temporäre oder langfristige eigene Überschüsse zusammengefügt werden, desto größer ist auch die Möglichkeit, Kredite zu schöpfen, d.h. der Föderation Geld zur Expansion zur Verfügung zu stellen. Überschüsse können mehr oder weniger partikulär zusammengefügt werden, was wiederum davon abhängt, ob die Föderation eigene Bank- oder Kreditinstitute hat. Gibt es keine Bankinstitute, bleibt es den einzelnen Betrieben überlassen, ob sie einander Kredite gewähren wollen. Tun sie das, wäre es auch denkbar, daß damit ein Beratungs- oder Patronagesystem einhergeht, um die Verluste zu begrenzen. Mit gegenseitigen Bürgschaften können die Betriebe aber bei Banken eventuell flexiblere und höhere Kreditsummen bewirken. Die allgemeinere Möglichkeit der Kreditschöpfung besteht darin, daß Betriebe und Mitglieder der Föderation ihren Zahlungsverkehr und überschüssige Mittel über gewisse Banken fließen lassen. Dabei muß als Gegenleistung aber von den Banken eine Kreditbereitschaft abverlangt werden, die sich nach bankenüblichen Maßstäben an der Höhe der deponierten Mittel orientiert. Gelingt dies nicht, gehen der Föderation wertvolle Finanzierungs- und Expansionsmöglichkeiten verloren. Zu warnen ist dabei vor der Abhängigkeit und Erpressung durch Banken, vor allem dann, wenn sie nicht nur regional und national, sondern auch international tätig sind. Deshalb ist es ratsam, mit ideologisch befreundeten Banken oder eigenen Kreditinstituten Kredite zu schöpfen.

Ideologen, vereinigt euch

Mittel können aber auch von außen in die soziale Ökonomie hineinfließen. Ideologisch befreundete Pensionskassen, Banken oder andere Organisationen und Individuen (vor allem aus den neuen sozialen Bewegungen) können der sozialen Ökonomie Kredite gewähren, d.h. innerhalb der sozialen Ökonomie – und deshalb in sie – zu investieren. So können Kredite wiederum direkt an Betriebe oder über eigene und fremde Kreditinstitute und Banken in die Föderation hineinfließen. Bei fremden Banken wären entsprechend zweckgebundene Fonds zur Förderung der sozialen Ökonomie zu entwickeln.

Wie wird die Förderung und Öffnung der betrieblichen und soziokulturellen Integration der sozialen Ökonomie erfolgen? Eine betrieblich dezentral gestaltete Föderation ist besonders darauf angewiesen, den Zusammenhang und Loyalität unter den Betrieben und zur Föderation zu fördern. Ganz besonders muß der Gefahr entgegengewirkt werden, daß Betriebe, nachdem sie durch und innerhalb der Föderation einen gewissen Wohlstand erreicht haben, die Föderation verlassen, d.h. die Gewinne »privatisieren«, ohne die Föderation für ihre Gemeinschaftsleistung zu entschädigen. Die basisdemokratische Kontrolle über Eigenkapital und Gewinne in den Betrieben und der Föderation gibt dafür eine gewisse Gewähr. Zusätzlich braucht die Föderation für ihre Betriebe aber noch

Fortsetzung nächste Seite

Anzeige

Kontaktadresse:
Café Schädel
Preysingstraße 18
81667 München

Freiraumtreff:
sonntags ab 16.00
im Schädel

Freiraum
anarchistische Zeitung

REGION BASEL

Regionalentwicklung

Verein(t in die) soziale Ökonomie

Interessengemeinschaft für soziale und ökologische Wirtschaft

LEITBILD UND PROGRAMM

Existenzsicherung von unten

Die dominierenden wirtschaftlichen Prozesse der heutigen Zeit führen für eine wachsende Zahl von Menschen zur Einschränkung ihrer Existenz- und Lebenschancen, wenn nicht gar zu ihrer existentiellen Bedrohung. Gleichzeitig verknappen sich global die Ressourcen. Gravierende Engpässe auch in der Grundversorgung sind absehbar. Die Existenzsicherung ist für viele Menschen bereits heute problematisch. Dies wird sich weiter verschärfen. Dagegen bieten Wirtschaft und Politik kaum mehr befriedigende, übergreifende Perspektiven für die Zukunft an.

Der Verein Soziale Ökonomie – ein Modell zur Existenzsicherung von unten

Angesichts dieser Entwicklungen sind neue wirtschaftliche und soziale Modelle der Existenzsicherung von unten gefragt, die im lokalen Rahmen und mit lokalen Ressourcen arbeiten, sich an den grundlegenden Bedürfnissen und Bedingungen von Mensch, Gesellschaft und Natur orientieren und entsprechende neue wirtschaftliche und soziale Werte entwickeln und somit auch unter veränderten Zukunftsbedingungen Mensch und Gesellschaft existentiell sichern können. SOZIALE ÖKONOMIE ist ein solches Modell.

Wirtschaftliche Strategien

Der Verein Soziale Ökonomie will erarbeitete materielle Werte sichern und daraus Eigenkapital bilden, das im eigenen Kreis bleibt. So strebt Soziale Ökonomie an, externes bzw. international mobiles Kapital im Rahmen der Möglichkeiten entweder einzubinden oder sich davon unabhängig zu machen. Soziale Ökonomie entwickelt Strategien dazu:

- wie sich externes Kapital einbinden oder umgehen läßt
- wie kapitalistisch bzw. vom international mobilen Kapital besetzte Produktions- oder Dienstleistungsbereiche übernommen werden können
- wie der von der lokalen Bevölkerung erarbeitete Gewinn gesichert werden kann
- wie sich die lokale Wirtschaft zunehmend in die Soziale Ökonomie einbinden läßt
- wie durch gezielte Geschäftstätigkeit nach außen die Wirtschaftsordnung auch außerhalb der sozialen Ökonomie verändert werden kann
- wie sich Möglichkeiten der Kreditschöpfung aus eigenen und fremden Mitteln etablieren, sichern und verbessern lassen (Zusammenfügen von Überschüssen; gegenseitige Kredite/Bürgschaften; Banken und Bürgschaftsgenossenschaften; befreundete Organisationen, Quellen im Bereich der neuen sozialen Bewegungen)
- wie und unter welchen Bedingungen Mittel aus wohlfahrtstaatlichen Maßnahmen und Programmen genutzt werden können (Überbrückungs- und Eingliederungsgelder)

Mittel aus wohlfahrtstaatlichen Programmen

Nimmt Soziale Ökonomie an wohlfahrtstaatlichen Programmen teil bzw. nutzt sie entsprechende Mittel, so setzt sie sich dabei zum übergeordneten Ziel, Betroffenen neue Lebenschancen und Integration von Dauer zu vermitteln. Gegenüber Projekten und Initiativen ohne entsprechende Perspektiven grenzt sie sich nach Möglichkeit ab.

Ökologie und Nachhaltigkeit – ökologische Strategien

Nachhaltigkeit ist für die Soziale Ökonomie das grundlegende Kriterium, an dem künftig gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Entwicklungen zu messen sind. Als nachhaltig gelten Prozesse, Entwicklungen und Maßnahmen, wenn sie auf Dauer sozial, wirtschaftlich und ökologisch verträglich sind, das heißt, die Lebenschancen der künftigen Generationen nicht beeinträchtigen. Nachhaltigkeit umfaßt das Recht auf eine intakte Umwelt sowie den gleichberechtigten Zugang zu Ressourcen für alle Menschen.

Was zur Nachhaltigkeit gehört

Entwicklungen und Maßnahmen gelten als nachhaltig, wenn die folgenden Anforderungen erfüllt sind:

- Der Verbrauch an nicht erneuerbaren Ressourcen wird so reduziert, daß sich die verbleibenden Reserven nie völlig erschöpfen
- Erneuerbare Ressourcen werden nur in dem Maße genutzt, wie sie sich in natürlicher Form regenerieren
- Die Belastung der Umwelt durch abbaubare Abfälle und Emissionen (Verschmutzungsrate) liegt unter der entsprechenden Absorptionsrate der Ökosysteme
- Mit nicht abbaubaren Schadstoffen wird die Umwelt nur soweit belastet, daß weder Menschen noch die Biosphäre gefährdet werden
- Umweltbedenkliche Rohstoffe werden gemieden, Abfälle und Schadstoffemissionen minimiert
- die Artenvielfalt in der Natur bleibt erhalten (z. B. Saatgut)
- Prozeß- und Unfallrisiken technischer oder anderer Art mit Auswirkungen auf Mensch und Biosphäre sind auf ein Maß eingegrenzt, das schwerwiegende sowie dauerhafte Schäden ausschließt
- Unternehmen wahren umfassend die ökologische Verantwortung für ihre Produkte.

Strategien einer ökologischen Ökonomie

In einer ökologisch ausgerichteten Wirtschaftsform gelten ökologische, wirtschaftliche und soziale Entscheidungskriterien als gleichwertig. Das Grundprinzip der ökologischen Vorsorge wird jenem der Nachsorge (Reparaturarbeiten) vorgezogen. Ökologische Ökonomie geht sparsam mit Ressourcen jeder Art um. Sie verwendet im wesentlichen lokale Ressourcen (Minimierung von Transportenergie, Unabhängigkeit von der Weltwirtschaft) und achtet darauf, Materialkreisläufe zu schließen.

Dienstleistungen fördern die Integration

Soziale Ökonomie versteht Dienstleistungen grundsätzlich als Mittel der Integration und der Förderung des Ganzen. Die Föderation bietet Dienstleistungen an, die dazu beitragen, das Wachstum der Föderation und der angeschlossenen Betriebe zu fördern,

- die Gründung neuer Betriebe auch unkonventioneller Art zu fördern
- den Mittelabfluß zu verhindern oder den Mittelzufluß zu fördern (Mittelkreislauf)
- den Betriebserfolg der Mitglieder zu verbessern
- den Austausch von Produkten und Dienstleistungen unter den Mitgliedern zu fördern
- die Attraktivität der Föderation für bestehende und künftige Mitglieder zu erhöhen

sowie Dienstleistungen, die grundsätzlich von integrativer Natur für die Föderation sind.
Solche Dienstleistungen sind z.B.:

- Beratung (Marketing, Betrieb, Steuern, Finanzen, Recht...)
- Marketingaktivitäten (Marktforschung, Marktzeitung, Rabattvereinbarungen, Zahlungsmittel...)
- Dienstleistungen im Bereich Versicherungen, Sozialleistungen...
- vermögensbildende Maßnahmen im Wohnbereich (Wohnkosten innerhalb der Föderation belassen)
- Kreditvermittlung/Kreditschöpfung
- Büro- und Kommunikationsdienstleistungen
- Informations- und Öffentlichkeitsarbeit
- Infomarkt, Infoforum, Infoblatt
- Ort der Begegnung, Vernetzung, Kontakte, Fest, Kultur...
- Bildungsangebote: die Welt erfahren (Bildung, Ausbildung, Arbeitserfahrung/Praktika,
- interne Arbeitsplatzmobilität)
- Pflege und Betreuung der Mitglieder (Mitgliederbewirtschaftung)
- Angebote im Bereich Theorie und Forschung, wobei die Theorie der Praxis und ihrer Überprüfung dient
- Angebote im Bereich Informationsverarbeitung und -vermittlung (Datenbank, Vernetzung).●

SOZIALE ÖKONOMIE

- entwickelt auf lokaler/regionaler Ebene existenzsichernde, integrierte und basisdemokratisch ausgerichtete Wirtschafts-, Arbeits- und Lebensformen, die geeignet sind, Existenzchancen, Lebensgrundlagen und Lebensqualität langfristig und unabhängig von international mobilem Kapital zu sichern
- verbindet den Ansatz der Existenzsicherung von unten bzw. im regionalen Rahmen mit neuen wirtschaftlichen und sozialen Werten und orientiert sich dabei an den wesentlichen Bedürfnissen und Bedingungen von Mensch, Leben und Natur (Wirtschaft im Interesse des Lebens)
- trägt zur Wiederherstellung der lokalen Reproduktionsfähigkeit bei, stärkt lokale Wirtschaft, Wissen und Ressourcen und fördert regionale Märkte (local work for local people using local resources)
- sucht die Gemeinschaftsbildung durch Zusammenfügen und Einbinden von Ressourcen; sichert die Eigenkapitalbildung, den selbstbestimmten Zugang zu Produktionsmitteln und damit die wirtschaftliche Eigenständigkeit für die Beteiligten
- orientiert sich an Kriterien von Ökologie und Nachhaltigkeit und schafft Grundlagen für den kritischen und offenen Umgang mit neuen Technologien, ausgerichtet am menschlichen Nutzen statt am technischen Fortschritt (regionale/regenerierbare Ressourcen, sinnvolle Nutzung freiwerdender Potentiale infolge Informatisierung...).

FÖDERATION

Soziale Ökonomie versteht und organisiert sich als Föderation von basisdemokratisch ausgerichteten Organisationen, Betrieben und Gruppierungen sowie von Einzelpersonen, welche die Ziele des Modells materiell und ideell mittragen. Die Föderation bildet eine Plattform für Diskussion, Entwicklung, Promotion und Verankerung von Werten und Initiativen, die den Zielen der Sozialen Ökonomie förderlich sind. Sie vertritt die Interessen ihrer Mitglieder sozial, politisch, rechtlich und ökonomisch. Sie initiiert und fördert die Entstehung und Vernetzung von Betrieben, die sich an ihren Grundsätzen ausrichten, und sie bietet Dienstleistungen an, die der Integration und Förderung des Ganzen dienen.●

Adresse:
Verein Soziale Ökonomie, p.A. Dr. I. Wallimann, HFS, Thiersteinerallee 57, CH-4053 Basel

FORTSETZUNG VON SEITE 6

klare Ein- und Austrittsbestimmungen. Diese könnten z.B. eine Föderationssteuer, Ein- und Austrittsgebühr oder Direktzahlungen für die durch die Föderation vermittelten und von ihr bezogenen Dienstleistungen enthalten. Die betriebliche Integration und föderative Synergie kann aber zusätzlich noch über gemeinschaftliche Dienstleistungen im Bereich der Versicherungen, Steuer- und Finanzberatung, Rechtsberatung, Büro- und Kommunikationsdienstleistungen, Marktforschung und Betriebsberatung, Fest- und Kulturveranstaltungen gefördert werden.

Der soziokulturelle Zusammenhalt unter den einzelnen, in der Föderation tätigen Individuen, kann verschiedentlich gefördert und gleichzeitig nach außen hin offen gestaltet werden. Da die in der sozialen Ökonomie tätigen Menschen – wie die Erfahrung mit Selbstverwaltungsbetrieben zeigt – sehr mit den neuen sozialen Bewegungen verbunden sein werden, ist die soziokulturelle Integration der Föderation zusammen mit dem Kulturgeschehen der neuen sozialen Bewegungen zu suchen. Diese Verbindung stellt gleichzeitig eine Öffnung nach außen dar.

Konkret bietet sich auch das lokale, bargeldlose Tauschsystem an, das fälschlicherweise von vielen als ein Mittel zur Existenzsicherung verstanden wird. Der wirtschaftliche Output dieser in der informellen Wirtschaft beheimateten Produktion ist aber dermaßen gering, daß die Leistung eher einem Taschengeld entspricht. Viel bedeutender ist die Wirkung, die vom Kontakt zwischen den Menschen ausgeht. Mit wenig Mitteln kann die Föderation für ihre Mitglieder und Außenstehende mittels einer Marktzeitung und Tauschscheinen eine Börse einrichten. Sie wiederum ermöglicht, daß alle, ob Kinder oder Erwachsene, sich gegenseitig Dienstleistungen erbringen können. Dabei wird nicht nur die Reziprozität (Wechselseitigkeit) von der Zweiertauschbeziehung entkoppelt und auf eine bestimmte Gemeinschaft verallgemeinert, es können alle denkbaren Dienstleistungen angeboten, nachgefragt und getauscht werden. Eine Zentralstelle führt die Mitgliederbeitrags- und Tauschkonti, die mit einem gratis Startkredit versehen werden.

Gegner und Feinde zuhauf

Die soziale Ökonomie hat auch ihre Gegner und Feinde. Dies zu verkennen wäre dumm – es zu erkennen, eine Notwendigkeit – nicht nur, um sich abzugrenzen und dadurch die Solidarität innerhalb der sozialen Ökonomie zu erhöhen. Nein, auch deshalb, weil ohne eine klare Analyse des politischen Umfeldes weder klare Zielsetzungen noch reflektierte Strategien entstehen können, um die erwünschten Ziele zu erreichen. Die soziale Ökonomie, soll sie erfolgreich sein, ist also darauf angewiesen, ihre Gegner zu erkennen, ihre Feinde zu benennen, und in einem ständigen, offenen Diskurs Wege zu suchen, wie mit Gegnern umzugehen ist.

Es sind politische Strategien auszudenken, wie das international mobile Kapital, das sich jeglicher sozial-ökonomischen Einbindung entzieht, angeprangert, boykottiert und sonstwie bekämpft werden kann. Es sind politische Strategien auszudenken, wie die soziale Ökonomie vom international mobilen Kapital gewisse Produktions- und Dienstleistungsbereiche übernehmen oder von ihm Tribute abverlangen kann. Es sind politische Strategien auszudenken, die verhindern, daß der von der lokalen Bevölkerung erarbeitete Gewinn ihr nicht verloren geht. Es sind politische Strategien auszudenken, die erreichen, daß die lokale und regionale Wirtschaftstätigkeit sich in immer größerem Ausmaß innerhalb und in immer kleinerem Ausmaß außerhalb der sozialen Ökonomie abspielt. Es sind Strategien auszudenken, wie durch eine gezielte Geschäftstätigkeit nach außen auch die Wirtschaftsordnung außerhalb der sozialen Ökonomie verändert werden kann.

Der Strategien sind viele, unter ihnen zu wählen, oft schwierig. Eines dürfte aber sicher sein: Die Wirksamkeit der üblichen politischen Strategien werden sich bald erschöpft haben. Gefragt sind vielmehr Ansätze, wie sie von den neuen sozialen Bewegungen oder z.B. von Saul Alinsky in den Slums der USA entwickelt, geübt und mit Erfolg praktiziert wurden. Denn zu ende ist die Zeit, in der die lokale Bevölkerung sich vom mobilen Kapital erpressen und in ihrer Existenz bedrohen läßt. Gekommen ist die Notwendigkeit zur selbstbestimmten Existenzsicherung – auch als Vorbereitung für den bald stattfindenden Abbau der Industriegesellschaft und dem damit notwendigen Umbau der Gesellschaft zur nachhaltigen und solidarischen Existenzsicherung auf regionaler Grundlage.●

PREISVERLEIHUNG

Auszeichnung für Projekt »Netzwerk Zukunft«

Anläßlich des »Internationalen Jahres zur Überwindung der Armut« hatte das Eidgenössische Department des Inneren (EDI) einen Fonds von 300.000 Sfr ausgeschrieben. Mit diesem sollen Projekte unterstützt werden, welche die Bekämpfung der Armut und die Förderung der sozialen Integration zum Ziele haben.

Am 21. Januar 1997 soll der Verein Soziale Ökonomie für sein einreichtes Projekt »Netzwerk Zukunft« (siehe Beitrag auf Seite 8) von der Jury mit einem Beitrag von 25.000 Sfr ausgezeichnet werden.●

dp

Anzeige

BASEL:

Regionalentwicklung

Die Föderation »Netzwerk Zukunft«

Erfahrungen aus der jüngeren Vergangenheit zeigen, daß das international mobile Kapital in wachsendem Maß vom jeweiligen Standort unabhängig wird und in erster Linie nach Gewinnmaximierung strebt. Leidtragende sind eine ständig wachsende Zahl arbeitsloser Menschen und die Natur, welche zusehends zerstört wird.

Um demgegenüber Existenzchancen, Lebensgrundlagen und Lebensqualität für die Zukunft zu sichern, müssen Lösungen auf lokaler und regionaler Ebene gefunden, muß vermehrt wieder im lokalen Bereich Verantwortung übernommen werden. Das Netzwerk Zukunft setzt sich daher zum Ziel, in Basel und später in der Region Strukturen für eine nachhaltige, ökologische und soziale Wirtschaft zu schaffen, die primär mit den lokalen Ressourcen arbeitet. Auf diese Weise soll das lokale Wirtschaftssystem in Basel gestärkt und ein Beitrag zur Sicherung der materiellen und sozialen Existenz der Bevölkerung geleistet werden.

Das Netzwerk Zukunft bietet Unterstützung und Hilfe für all jene, die entschlossen sind, Verantwortung für Mitmenschen und Natur zu übernehmen, und die bereit sind, Eigeninitiative zu ergreifen. Das Projekt will für Basel ein Netzwerk der Zukunft entwickeln und aufbauen. Ein lokales Netzwerk von Betrieben, Organisationen und Selbständigen soll entstehen, das von der internationalen Wirtschaft weitgehend unabhängig ist, und das geprägt ist von einem Klima gegenseitiger Verantwortung. Es gilt, integrierte, nachhaltige Wirtschafts- und Arbeitsformen zu entwickeln und daraus neuen Mut für den Aufbruch in eine existenzsichernde Zukunft zu schöpfen. Durch Vernetzung und Zusammenarbeit sollen dabei sowohl Synergiepotentiale genutzt als auch die einzelnen Mitglieder gestärkt werden. Lokale Arbeit und lokale Ressourcen gewinnen an Bedeutung.

Das 'Netzwerk Zukunft' leistet damit einen wichtigen Beitrag für eine eigenständige, existenzsichernde, sozialökologisch ausgerichtete und deshalb zukunftsorientierte Wirtschaft in Basel.

Arbeitslosigkeit und Umweltbelastung

Mit der aktuellen Tendenz zur Globalisierung der Wirtschaft werden wirtschaftliche Akteure in wachsendem Maß von ihrer Region unabhängig, dehnen ihren Aktionsradius beliebig aus und verlagern ihre Produktions- oder Verwaltungsstandorte nach rein betriebswirtschaftlichen Kriterien. Als Folge davon verlieren die Regionen weitgehend ihre wirtschaftliche Bedeutung, Eigenständigkeit und Selbstbestimmung. Zusammen mit der Rationalisierung in Industrie- und Dienstleistungsbetrieben gehen dabei Arbeitsplätze verloren, sekundär auch im öffentlichen Sektor. Neue Armut greift vermehrt um sich. Die Arbeitsplatzunsicherheit und die Angst vor Arbeitslosigkeit lähmt große Teile der Bevölkerung und damit auch das Entwicklungs- und Innovationspotential der lokalen Wirtschaft.

Seit dem Umweltgipfel in Rio 1992 ist auch die globale Umweltbelastung und -zerstörung als Folge von übermäßiger und ineffizienter Nutzung von natürlichen Ressourcen bekannt.

Lösungen auf lokaler und regionaler Ebene

Lösungen für die Probleme, wie sie unter Ziff. 1 beschrieben werden bzw. für eine nachhaltige Entwicklung im wirtschaftlichen Bereich müssen vorab auf lokaler und regionaler Ebene gefunden werden. Ein erfolgversprechender Ansatz dazu liegt in der Förderung und Stärkung einer regionalen Wirtschaft mit sozial- und umweltverträglichen Strukturen und Abläufen, die zudem in hohem Maße vom international mobilen Kapital Unabhängig ist.

Bereits sind auf dem Hintergrund der beschriebenen Situation in der Region Basel verschiedene erfolgreiche Initiativen nachhaltig wirtschaftender Betriebe und Organisationen (d.h. Betriebe/Organisationen, die sozial und ökologisch sowie regional oder lokal ausgerichtet wirtschaften) hervorgegangen. Hohe Arbeitsintensität und hohe Ressourceneffizienz, Kooperation anstelle von Konkurrenz. Das sind die wichtigsten Erfolgsfaktoren dieser lokalen Bewegungen von unten.

Beispiele dafür sind (u.a.):

- Einkaufsgenossenschaft von Kleindruckereien
- Sebasol, regionale Selbstbaugruppen für Solaranlagen
- Agrico, Landwirte-KonsumentInnen-Genossenschaft

Der Verein Soziale Ökonomie, Basel

Mit dem Ziel, bestehende sozialökologische Einzelinitativen miteinander zu verbinden und zu stärken, sowie neue Organisationen und Betriebe zu initiieren, hat sich 1995 die IG Soziale Ökonomie gebildet. Um ihre Ziele besser und umfassender anzugehen und vertreten zu können, haben die Mitglieder der Interessengemeinschaft am 20. August 1996 den Verein Soziale Ökonomie gegründet.

Aktivitäten des Vereins Soziale Ökonomie, Basel

Im Verein Soziale Ökonomie (früher IG Soziale Ökonomie) haben sich VertreterInnen aus Betrieben, sozialen Hilfswerken, Unternehmensberatung und aus Bereichen der Sozialarbeit, Soziologie, Ökologie und Ökonomie zusammengeschlossen, um eine soziale und ökologische Wirtschaft zu fördern und ein unabhängiges Netzwerk von nachhaltig wirtschaftenden Betrieben aufzubauen.

Zu den bisherigen Aktivitäten zählen

- Entwicklung eines Leitbildes als Grundlage für die weitere Arbeit
- Kontakte zu verwandten Netzwerken und Organisationen
- Aufnahme von Kontakten zu Banken, um Dienstleistungsangebote im Finanzbereich für die Mitgliederbetriebe aufzubauen.
- Abklärungen betreffend der Organisationsstrukturen des zukünftigen Netzwerkes

Das 'Netzwerk Zukunft'

Ziele des Projektes sind

- die Entwicklung und der Aufbau des 'Netzwerk Zukunft', eines lokalen Netzwerkes zur Förderung einer sozialen und ökologischen Wirtschaft in Basel, als Verbund von demokratisch organisierten Betrieben, Organisationen sowie Selbständigen, welche die gemeinsamen Ziele und Leitideen mittragen (Rechtsform: Genossenschaft, Holding o.S.)
- die Initiierung und die Förderung von entsprechenden Betrieben
- die Sicherung einer selbsttragenden Finanzierung des Netzwerkes und dessen Aufgaben nach einer fremdfinanzierten Startphase
- die Information über die Idee einer sozialökologischen Wirtschaft in Basel auf breiterer Basis.

Nutzen für Basel: Stärkung der lokalen Wirtschaft

Der Nutzen, der von der Förderung einer sozialökologischen Wirtschaft ausgeht, ist vielfältig:

- Der regionale Markt und die regionale Eigenständigkeit Basels werden gestärkt, die Abhängigkeit vom Weltmarktgeschehen verringert. Die Bedeutung des lokalen Marktes Basel wächst.
- Es werden Arbeitsplätze geschaffen bzw. dauerhaft gesichert.
- Lokales Wissen bzw. Fähigkeiten werden aktiviert und gefördert.
- Die Mitglieder des Netzwerkes werden gestärkt.
- Selbständige Existenzen können leichter gegründet werden.
- Der Staat bzw. soziale Institutionen werden entlastet.
- Das Entwicklungs- und Innovationspotential wird gesamthaft gesteigert, denn die Betriebe arbeiten miteinander statt gegeneinander.
- Es wird ein Beitrag zur ökologischen Nachhaltigkeit der Region geleistet. Z.B. durch: geringere Transportwege, regionale Materialkreisläufe, Förderung dezentraler Energieversorgung, hohe Ressourceneffizienz etc.

Trägerschaft, Organisations- und Arbeitsstruktur

Der Verein Soziale Ökonomie ist Träger des Projektes. Er beauftragt ein Projektteam mit der Durchführung des Projektes und setzt eine Projektleitung ein. Das Projekt wird durch externe Fachpersonen beratend begleitet. Deren Aufgaben sind Prozeßberatung, Coaching, Supervision, Finanz- und betriebswirtschaftliche Beratung, Projektevaluation (Projektbewertung) etc. Nach Bedarf werden für einzelne Teilschritte des Projektes weitere FachexpertInnen beigezogen.

MitarbeiterInnen folgender Träger unterstützen das Vorhaben:

- Ökozentrum Langenbruck,
- SYNTEXT Text & Information, Rheinfelden
- Arbeitslosenkomitee, Basel
- Overall Genossenschaft für integriertes Arbeiten, Basel,
- TALENT, Spiez
- Kairos Institut für Gegenwartsfragen, Zunzgen
- Höhere Fachschule im Sozialbereich, Basel
- Arbeiterhilfswerk SAH, Basel
- Alternative Bank ABS, Olten
- INWO, Suhr
- Caritas Basel Stadt, Basel
- Entwicklungswerkstätten Schweiz, Biel

Nach einer erfolgreichen Start- und Aufbauphase wird das Netzwerk auf die Region Basel ausgedehnt. Das 'Netzwerk Zukunft' hat eine Ausstrahlung über die Region hinaus und dient als Vorbild für die Entstehung weiterer Netzwerke in anderen Regionen.●

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Was tun?
Was tun, wenn die Selbstverwirklichung zu kurz kommt?
Was tun, wenn die Arbeit mit der privaten Lebenssituation besser vereinbart werden soll?
Was tun, wenn die Arbeitslosigkeit zunimmt und verharrt?
Was tun, wenn die Arbeit zuwenig herausfordert und an Qualität verliert?
... zu hektisch wird?
... zuwenig Kontakt mit anderen zuläßt?
... mit anderen Lebensidealen nicht mehr zu vereinen ist?
... mit ökologischen Anliegen verbunden werden soll?
... mit kultureller Tätigkeit einhergehen soll?
... mit der privaten Lebenssituation besser vereinbart werden soll?
Was tun, wenn die Arbeit und die Löhne gerechter verteilt werden sollen?
Was tun, wenn die Arbeitswelt zu autoritär gestaltet ist?

Millionen sind mit diesen Fragen konfrontiert. Tausende haben allein in der Schweiz versucht, auf diese Fragen mit ihrer Tat konkrete Antworten zu geben. Sie haben selbstverwaltete Betriebe gegründet oder sich solchen Betrieben angeschlossen. Und dies schon seit Beginn der industriellen Revolution.

Dieses Buch gibt Auskunft über Erfahrungen, die in den letzten Jahrzehnten damit gemacht wurden. Es sagt, welche Ziele erreicht wurden, welche noch in weiter Ferne liegen. Selbstverwaltungsbetriebe werden nach ihren Gründungsfrequenzen, Tätigkeitsfeldern, Standorten, Kundenkreisen, Marktsegmenten, Beschäftigungsmustern, Betriebsgrößen, Entscheidungs- und Lohnstrukturen, Mitgliederfluktuationen, innerbetrieblichen Veränderungen, Betriebserfolgen und Mißerfolgen, nach ihrer Arbeitsteilung, der Motivation der MitarbeiterInnen und nach dem Betriebsalter beschrieben.

Der Herausgeber, Ökonom und Soziologe Isidor Wallimann, ist Lehrbeauftragter an der Universität Freiburg sowie Dozent an der Höheren Fachschule im Sozialbereich (HSF) Basel. Er plädiert für die »soziale Ökonomie«.

Anzeige

Forum Recht

Rechtspolitisches Magazin für Uni und soziale Bewegungen!

Erscheint vierteljährlich
Einzelheft:
4,00 + 1,50 Mark Porto
Jahres-Abo: 16,00 Mark

Heft 4/1996
Schwerpunkt:

Law online
Auf dem Weg in die Informatonsgesellschaft

- Machtkonzentration und Regulierungsprobleme
- Zensur: Zielscheibe Internet
- Neue Datenschutzkonzepte
- Von der Buch- zur Mediengesellschaft
- Schöne neue Arbeitswelt
- Wirkungen der Informationsgesellschaft

Weitere Themen:
- Neue BAföG-Änderungen, Hochschulabschluß als Wettbewerbsverletzung?, Bayrischer Abweg im Abtreibungsrecht, Sächsische Subventionen

Forum Recht Abonnement:
Forum Recht Vertrieb, Oliver Schilling, Lennéstr. 65, 53113 Bonn

TOBIBAS

Regionalentwicklung

Tauschen ohne Bargeld in Basel

Tauschen ohne Bargeld soll in allen Basler Stadtbezirken möglich werden. In Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt, dem Fürsorgeamt und anderen Organisationen soll es der Klientel des Sozialbereichs und anderen Einwohnern der Stadt ermöglicht werden, bargeldlos zu tauschen. Denn immer mehr Menschen werden aus dem Arbeitsmarkt gedrängt und geraten ins Abseits. Dabei handelt es sich nicht nur um Arbeitslose, sondern auch um andere Individuen und Gruppen. Jedes Ausgrenzen hat Folgekosten. Die Ausgegrenzten werden öfter krank, belasten eher das Polizeiwesen und die Justiz. Ihre sozio-kulturelle Existenzsicherung ist gefährdet. Ihre Persönlichkeit wird geschwächt und die Entwicklung der Persönlichkeit verhindert. Ausgrenzung verschlechtert die ökonomische, soziale und kulturelle Lebensqualität aller, sowohl der direkt als auch der indirekt davon Betroffenen. TOBIBAS ist eine äußerst kostengünstige Strategie, die sozio-kulturelle Eingliederung von Jugendlichen und Betagten, »Normalen« und »Randständigen«, Kindern und Erwachsenen, Armen und »Wohlhabenden«, Vereinsamten und »Integrierten« zu fördern oder zu erhalten. Obwohl es sich eines ökonomischen Anreizes bedient, ist TOBIBAS kein Beitrag zur materiellen Existenzsicherung. TOBIBAS trägt dazu bei, die sozio-kulturelle Dimension des menschlichen Daseins und die Entwicklung der Persönlichkeit sicherzustellen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Ausgangslage

Prozesse des sozialen und kulturellen Ausgrenzens sind oft zu beobachten und bei weitem nicht nur in Verbindung mit Arbeitslosigkeit zu sehen, obwohl Ausgrenzen sehr oft zu Arbeitslosigkeit und Armut führt. Bei Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise verschärfen sich allerdings die Ausgrenzungsprozesse. Ausgrenzen auf Grund von Geschlecht, Alter, ethnischer Zugehörigkeit, Arbeitslosigkeit, Armut, Stigma, etc. finden dann noch intensiver statt. Ja sie kann für eine immer größer werdende Menge von Menschen bedeuten, daß sie den Zugang zu anderen Menschen und zur Gesellschaft allgemein nicht mehr genügend finden. Für viele ist die Entwicklung der Persönlichkeit nicht mehr möglich und für viele sind nicht einmal mehr die Menschenrechte garantiert. Selbst wenn die Menschenrechte bezüglich der materiellen Versorgung noch erfüllt sein mögen, können sie auf der sozio-kulturellen Ebene nicht mehr eingelöst werden.

Um dieser Tendenz entgegenzuwirken, gibt es unzählige Bemühungen und Projekte, die bezwecken, die von Ausgrenzung gefährdeten Menschen in Kontakt mit anderen und mit der Gesellschaft zu bringen oder zu halten. So gibt es Selbsthilfegruppen, Arbeitslosenprojekte, Bildungs- und Kulturprojekte, etc., die von verschiedenen Ämtern und Organisationen mit viel Aufwand angeboten und geleistet werden. Diese Bemühungen sind in der Regel nicht nur sehr teuer, viele von Ausgrenzung betroffene und gefährdete Menschen werden nicht einmal erreicht. Zudem sind sie nicht auf Prävention angelegt.

So gibt es z.B. bei Arbeitslosigkeit und Armut eine große Dunkelziffer, d.h. eine relativ große Anzahl von Menschen, die als Arbeitslose oder Arme weder in der Sozialhilfe noch im Arbeitsamt registriert sind. Wenn diese Ämter sich nun bemühen, die sozio-kulturelle Integration bei ihren KlientInnen zu fördern oder sicherzustellen, sind dabei automatisch die nicht registrierten, aber mit derselben Problematik behafteten Menschen ausgeschlossen. Dasselbe ist nicht nur bei Armen oder Arbeitslosen, sondern auch bei andern ausgegrenzten Gruppen festzustellen. Gleichzeitig wirken viele der üblichen Eingliederungsbemühungen nicht präventiv. Sie setzen meistens erst ein, wenn der Schaden schon angerichtet, d.h. die Ausgrenzung schon fortgeschritten ist. Letztlich sind die üblichen Eingliederungsbemühungen teuer. Im Verhältnis zur KlientInnenzahl und zum Output ist oft mit großen Infrastruktur- und Personalkosten zu rechnen.

TOBIBAS wird

1) präventativ wirken, d.h. die von Ausgrenzung gefährdete Menschen bewegen, im Austausch mit andern und der Gesellschaft zu bleiben und ihnen diesen Austausch weiterhin ermöglichen.
2) den Behörden und den sozialen Diensten unbekannte Menschen einbeziehen.
3) mit wenig Mitteln viele Menschen erreichen und unter ihnen viele Kontakte schaffen.

TOBIBAS verbindet Menschen, die sich bargeldlos etwas zu geben haben. Über eine Tauschzeitung teilt man sich gegenseitig mit, wer was geben und wer was erhalten möchte. Dabei handelt es sich um Dienstleistungen, die ohne bedeutenden Kapitaleinsatz zu vermitteln sind:

- die einen verrichten Reparaturarbeit und beziehen von anderen Haarschnitte
- die einen gießen Blumen und beziehen von anderen Religionskunde
- die einen kochen Spezialitäten und beziehen von anderen Sprachstunden
- die einen kaufen ein und beziehen von anderen Computer-Installationen
- die einen leiten eine Theatergruppe und beziehen von anderen Mahlzeiten
- die einen spielen Musik auf Parties und beziehen von anderen Gletschertouren
- die einen erstellen Horoskope und beziehen von anderen Bachblütentherapien
- etc.

Alle Mitglieder von TOBIBAS erhalten bei Eintritt in die Organisation eine gewisse Anzahl von Tausch-Schecks als »Zahlungsmittel«. Nach erfolgtem Tausch werden die entsprechenden Mitglieder-Konti mit einer Belastung oder Gutschrift versehen. Die Tauschzeitung wird regelmäßig dem neuen Stand von Angebot und Nachfrage nach Dienstleistungen angepaßt. Bei großer Mitgliederzahl können Angebot und Nachfrage nicht nur nach Dienstleistungskategorien sondern auch nach Quartieren und Nachbarschaften differenziert werden. Auch elektronische »Tauschzeitungen« und Kommunikationswege können genutzt werden. TOBIBAS ist eine Initiative des Vereins Soziale Ökonomie Region Basel.●

TOBIBAS, c/o Arbeitslosenkomitee, Hans Georg Heimann, Bläsiring 86, CH-4057 Basel

Anzeige

Zeitung light ist nicht unsere Sache.
KölnerVolksblatt
heavy wie immer!

Monatlich mit 12 Seiten.
Seit 22 Jahren herausgegeben von Kölner Initiativen.
Melchiorstraße 15, 50670 Köln,
Telefon 0221/73 17 98
Die letzen zwei Montage im Monat um 20 Uhr öffentliche Redaktionssitzung in der Alten Feuerwache (Bibliothek).

o Ich bitte um ein Probeexemplar.
o Ich abonniere das Volksblatt für 28 DM jährlich.

Name
Straße
PLZ/Ort
Unterschrift

Achtung Kleingedrucktes: Volksblatt garantiert das Recht, dieses Abonnement innerhalb von einer Woche zu widerrufen. Das Abonnement verlängert sich automatisch, wenn nicht 4 Wochen vor Ablauf eine Kündigung vorliegt.

DISKUSSIONSTREFFEN KRISIS:

Business as usual oder mit Volldampf in den Kollaps?

Wie ist die Krise einzuschätzen und welche Schlußfolgerungen sind zu ziehen hinsichtlich einer Praxis von Gesellschaftsänderung? Das war das Thema für die neun TeilnehmerInnen der Diskussionsrunde Ende Oktober in Köln bei der Sozialistischen Selbsthilfe Mülheim (SSM).

Von Heinz Weinhausen (Köln) ● An der Position Kurt Hübners (aus links 7/8,95) wurde die Runde eingeleitet. Hübner sieht die heikle Lage eines jobless growth, wo Arbeit als Geldsubstanz im Verhältnis zum Wachstum der Geldmenge durch Kredite und Spekulation eine ständig geringere Rolle zu spielen scheint. Er sieht die Möglichkeit von Börseneinbrüchen, sieht diese aber als begrenzt und kompensierbar. So heißt Zukunft für ihn business as usual.

Die KRISIS-Grundannahme, daß Kapitalismus vom Wachsen der Geldsubstanz, vom Volumen gesellschaftlich durchschnittlicher Arbeitszeit bei gegebenem aktuellen Produktivitätsstandard (abstrakte Arbeit) abhängig ist und ein Schrumpfen zu einer strukturellen unbewältigbaren Krise führt, welche früher oder später in den »Kollaps der Modernisierung« führen muß, charakterisiert Hübner als »Krisenrhetorik, die auf simplizistischen Konzepten abstrakter Arbeit und eines metallischen bzw. Warengeldsystems basiert, welches notwendigerweise analytische wie politische Kurzschlüsse produziert«. Daher warnt er geradezu vor der »von Kurz empfohlenen Abkopplung ökonomischer Aktivitäten vom Geldnexus«, weil sie »als geradezu prozyklische, also gleichgerichteter Maßnahme« zu bewerten wäre. Was dann für Hübner bleibt, ist eine Politik gegen die neoliberale »Unterdrükkung von Minderheiten« und Geld gegen die Geldsachzwänge antizyklisch einzusetzen. Alt-Keynes läßt grüßen. Ein ganzes politisches Spektrum, einschließlich etlicher Gewerkschaften setzt noch auf diese Hoffnung, ohne sich zu fragen, warum diese Politik inzwischen weltweit gescheitert ist.

In den Diskussionsbeiträgen wurde Hübners Einschätzung nicht geteilt. Der Globalisierungsdruck auf Löhne und Arbeitsplätze wurde als Abwärtsspirale nach unten gesehen, die zwar gebremst, aber nicht wirklich aufgehalten werden kann. Arbeitsplatzziele der Politiker werden denn inzwischen auch schon geringer. Von einer Halbierung der Arbeitslosigkeit wagt schon niemand mehr zu sprechen. Trotz erwartetem Wirtschaftswachstum prognostizieren momentan alle Institute sogar eine Steigerung der Arbeitslosenquote. Und im neuen »Spiegel«-Buch »Die Globalisierungsfalle« wird inzwischen die Ausgrenzungstendenz, welche im »Kollaps der Modernisierung« schon von Robert Kurz und im vorletzten Jahr auch von H. Afheldt (»Wohlstand für niemand?«) aufgezeigt wurde, populär dargelegt. Dort ist die Rede von einer 20 zu 80 Gesellschaft – 80% Verlierer wohlgemerkt –, auf die wir uns zubewegen. Die Redakteure warnen aus Angst um die Demokratie, wenn die Ausgegrenzten ihre Stimme für »Irrationalismen« nutzen, und demnächst der Mittelstand aus Angst vor dem Niedergang durchzudrehen droht. Daß ein Kapitalismus aber nicht mehr ökonomisch bestehen kann, wenn er auf Massenproduktion eingestellt ist und gleichzeitig weltweit den Massenkonsum drosselt, oder anders formuliert alle auf Export setzen, während die Binnenkaufkraft fast überall schrumpft, ist ihnen denn doch ein Buch mit sieben Siegeln.

Im folgenden wurde auf die Bedeutung einer solchen Prognose für die Perspektive einer Entkoppelung eingegangen. Es wurde auf jeden Fall für richtig erachtet, Projekte zu starten und Ansätze anderer Vergesellschaftung zu versuchen, ob jetzt wider Erwarten der Kapitalismus nochmal einen Zaubertrick zur Lebensverlängerung aus dem Hut ziehen kann oder nicht. Dies war einhellige Meinung. Lebensqualität jenseits dem abstrakten Gelduniversum zu schaffen, wird nie verlorene Lebenszeit sein, ein »Volldampf in den Kollaps« würde diese Schritte allerdings zur Notwendigkeit werden lassen.

Widerspruch regte sich nur daran, so weit zu gehen, daß die Analyse unwichtig wäre. Die Linke im weitesten Sinne mit ihrem durchaus kritischen Potential zeigt sich nämlich im abstrakten Gelddenken gefangen. Sie sieht nur eine grundsätzlich bessere Lebensform möglich, wenn sie an den Geldreichtum dieser Gesellschaft herankäme und diesen sozialpolitisch umverteilen könnte. Sie sieht nicht, daß sie auf eine Fata Morgana baut, die sich allzubald in Luft aufzulösen droht. Die spekulativ und kreditär enorm aufgeblähte Geldmenge hat extrem labilen Charakter. Schon die simple Tatsache, daß die Banken sofort schließen müßten wenn alle Sparer ihr Geld abholen würden, mag verdeutlichen, daß ein Bewegen auf diesem Parkett anderen Charakter hat als eine Forderung nach vergesellschaftetem stofflichem Reichtum. Und selbst eine PDS-Bundesregierung wäre den Sachzwängen heutiger Warengesellschaft ebenso ausgeliefert, würde ohne Entkoppelungsperspektive geschoben anstatt zu schieben. Ihrer Fata Morgana nachlaufend ordnet die Linke ihre aktuelle Politik, die Propagierung von Umverteilung heißt, unter. Das nur ein Aussteigen aus den Geld-Rahmenbedingungen eine grundsätzliche Lösung sein kann, vermag sie nicht zu erkennen. Für Projekte von ansatzweiser Selbstversorgung bleibt da nur ein eher mitleidiges Lächeln. Wenn nicht eh schon ein solches Unterfangen als systemstabilsierend abgetan wird. Ein SSM-Mitglied zeigte dagegen auf, daß stofflicher Reichtum an Ressourcen (Wohnraum und Lager- und Werkraum) ihnen heute schon ein relativ unabhängiges, selbstbestimmtes Leben und gerade deswegen politischen Einfluß ermöglicht.

Durch den grundsätzlichen Hinweis auf den virtuellen Charakter des Geldreichtums soll jedoch nicht gesagt sein, daß in Deutschland nicht noch Geldreserven real anzapfbar wären, welche die Sozialstaatdemontage noch hinauszögern könnten. Aber für eine funktionierende Arbeitsgesellschaft besteht keine Option mehr. Allein der enorme, aber ökonomisch verpuffende Geldtransfer nach Ostdeutschland spricht hier eine deutliche Sprache.

Begrüßt wurde auch die Meinung, daß heute eine neue soziale Bewegung nötig ist, die nur noch teilweise an der Lohnarbeit hängen will, sich selbst ein zweites Standbein von vernetzter Selbstversorgung schafft, und auch Einfluß auf die Politik zu gewinnen sucht, um Ressourcen und geldliche Starthilfen zu bekommen. Mit einem solchen zweiten Standbein ließe sich dann beim Kampf um die sozialen Errungenschaften allerdings auch mit härteren Bandagen kämpfen.

Angerissen wurde noch der Europäische Marsch nach Amsterdam gegen Erwerbslosigkeit und Ausgrenzung von April bis Juni 97 (siehe CONTRASTE Nr. 147, Seite 11). Ein Mitglied der Arbeitsloseninitiative WIR schilderte einige Eindrücke vom ersten internationalen Vorbereitungstreffen. Es wurde noch kritisiert, daß der bisherige Florenzer Appell unrealistischerweise Vollbeschäftigung fordert und insbesondere eine Entkoppelungsperspektive fehlt. Dies wäre wichtig, noch hinzuzufügen. Der Marsch wird auch in Köln haltmachen, so daß wir auch ganz konkret gefordert sein werden.

Beim nächsten Mal wollen wir eine Ideensammlung machen, was an Projekten vor Ort möglich wäre und für was sich die oder der einzelne engagieren möchte.●

DIE WELTAUSSTELLUNG EXPO 2000 IN HANNOVER

Nachhaltige Propaganda für das 3. Jahrtausend

Im Jahr 2000 soll Hannover Schauplatz der Weltausstellung EXPO 2000 sein. Fünf Monate soll das Spektakel dauern, erwartet werden ca. 40 Mio. BesucherInnen – das bedeutet im Tagesdurchschnitt etwa 300.000 Menschen. Unter dem Motto »Mensch-Natur-Technik« sollen sich rund 200 Nationen, öffentliche und private Institutionen und Großkonzerne auf dem 160 Hektar großen Ausstellungsgelände präsentieren.

Anti-Expo-AG Hannover (gekürzt) ● Die Idee einer Weltausstellung in Hannover wurde 1987 von der Deutschen Messe-AG Hannover ausgebrütet: »Die gezielte Entwicklung und Modernisierung des Messegeländes und die Bemühungen um eine entsprechende Infrastruktur sind Voraussetzungen dafür, daß der Messeplatz Hannover auch nach Verwirklichung des europäischen Binnenmarkts seine führende Stellung unter den weltweit tätigen Messezentren halten kann.« Dieses Anliegen des Messe-Managements war getragen vom ungebrochenen Credo eines grenzenlosen Wirtschaftswachstums. Nachdem die einseitig auf Automobilproduktion basierende Ökonomie Hannovers schwer in die Krise geraten war, sollte damit gleichermaßen die Dienstleistungs-Ökonomie der Stadt ausgebaut werden und ein Image-Zuwachs die Region für die ModernisierungsgewinnerInnen und das Unternehmertum attraktiver machen.

Als derartige Planungen 2 Jahre später (!) öffentlich bekannt wurden, bildete sich rasch ein regional begrenzter, z.T. radikaler Widerstand. Die EXPO wurde als Maßnahme interpretiert, drastische Umstrukturierungsmaßnahmen in der Region Hannover durchzusetzen bzw. zu beschleunigen und die Stadt den Interessen der Messe AG zu unterwerfen. Eine Verschärfung der Umweltsituation und der »sozialen Frage«, die sozialsanitäre Säuberung der exporelevanten Stadtbereiche von Armutsbevölkerung, die Verteuerung der Lebenshaltungskosten, die Polarisierung in Arme und Angepaßte wurde erwartet. Der Widerstand richtete sich aber auch gegen die EXPO als Veranstaltung, um Akzeptanz für neue Technologien, insbesondere der Gentechnologie, zu schaffen.

Demonstrationen, Störaktionen, die Verwüstung des Weltausstellungsbüros B.I.E. in Paris verdeutlichten, daß die EXPO in Hannover nicht ohne weiteres geduldet würde. Eine breite Mehrheit innerhalb der Bevölkerung betrachtete die Planungen skeptisch bis widerwillig.

Dadurch sahen sich die EXPO-StrategInnen gezwungen, eine ökologisch und sozial drapierte Weltausstellungs-»Philosophie« zu präsentieren. Griffige Wortmarken wie »EXPO neuen Typs«, »öko-sozialer Stadtumbau«, »Bürgerbeteiligung« und nicht zuletzt das Allerweltsmotto »Mensch-Natur-Technik« sollten suggerieren, daß das Großereignis für alle äußerst segensreich sei. Der grüne Umweltdezernent Hannovers fabulierte: »Eine zukunftsweisende 'EXPO neuen Typs' könnte am Beispiel Hannovers aufzeigen, wie die Probleme solcher Ballungsräume mit den Rahmenbedingungen einer Industriegesellschaft im 21. Jahrhundert gelöst werden können.«

Die EXPO als nationales Großprojekt

Nach dem Willen der Herrschenden soll die EXPO 2000 das größte nationale Prestigeprojekt seit den Olympischen Spielen '72 in München werden. Als solches muß sie nicht nur aus formalen Gründen gelten, weil etwa die BRD als offizielle Veranstalterin fungiert oder mit 40% der Anteile an der mit der Durchführung beauftragten EXPO-GmbH größte Gesellschafterin ist und zusammen mit der Deutschen Wirtschaft (20%) die Mehrheit hält, sondern vor allem hinsichtlich ihres ideologischen Charakters. Als z.B. Schäuble in Sachen EXPO verkündete: »Orientierung zu vermitteln ist schon immer die klassische Aufgabe von Eliten gewesen«, brachte er diesen Sachverhalt auf den Punkt. Die herrschenden Eliten sehen angesichts wachsender ökologischer und sozialer Probleme ihre Akzeptanz schwinden. Was läge näher, als die »Schwelle zum 3. Jahrtausend« zum Anlaß zu nehmen, sich der Weltöffentlichkeit als geläutert zu präsentieren und die Lösungen für die – wohlgemerkt selbstdefinierten – Probleme gleich mit? Das »anspruchsvolle Motto Mensch-Natur-Technik« verpflichte dazu »Lösungsansätze aufzuzeigen« für »die großen Weltprobleme« wie z.B. die Ernährung und Energieversorgung einer »sprunghaft anwachsenden Weltbevölkerung«. Die Lösungen dafür haben sie schon lange parat: Gentechnologie, Atomkraft, Geburtenkontrolle im Trikont und zum Behufe der größtmöglichen Partizipation der Einzelnen am Weltgeschehen den Daten-Highway.

Zugegeben, das sind alles keine Novitäten, die Argumentationen sind hinlänglich bekannt. Nie jedoch konnten sich die Herrschenden mit ihren Plänen derart öffentlichkeitswirksam und gutmenschenartig verkaufen, wie sie es auf der EXPO vorhaben: »Wir haben die Technik, um die globalen Probleme zu lösen. Wir haben das Wissen, um den Menschen mit der Natur zu versöhnen«, hieß es vor einigen Jahren in einer EXPO-Broschüre der Niedersächsischen Landesregierung, und vor kurzem ergänzte Zukunftsminister Rüttgers, daß sich Deutschland »mit normalem nationalen Selbstbewußtsein« präsentieren solle. Einmal mehr soll am deutschen Wesen die Welt genesen. Der Wirtschaftsstandort Deutschland will das »magische Datum« des Jahrtausendwechsels nutzen, um sich als imperiale Großmacht darzustellen.

»Technikakzeptanz und Zukunftsfähigkeit«

Die deutsche Wirtschaft, die der EXPO und ihrem Motto anfangs nicht allzuviel abgewinnen konnte (alles viel zu »öko«), hat mittlerweile Lunte gerochen und ist nicht nur auf den Zug aufgesprungen, sondern stellt auch die Weichen. Die EXPO-Beteiligungsgesellschaft der Deut-

schen Wirtschaft, deren Aufsichtsratsvorsitzender der BDI-Geschäftsführer von Wartenberg ist, hält zwar nur 20% der Anteile an der EXPO GmbH, doch verfügt das Kapital über die Hälfte der 10 Sitze im Aufsichtsrat, da der Bund zwei und das Land Niedersachsen einen Sitz an Spitzenmanager abgetreten hat. Die Beteiligungsgesellschaft hat die Marschroute festgelegt: »Im gemeinsamen Interesse der Unternehmen liegt es, wenn sie ihre Kompetenz deutlich und ihre gesellschaftspolitische Rolle verständlich machen und damit die Zukunftsfähigkeit unseres Wirtschaftssystems unterstreichen.« Im Kern zielt dieses Gemeinschaftsprojekt ab auf die Erreichung von Technikakzeptanz: »Der Mangel am Technikakzeptanz und die irrationale Diskussion über Technikfolgen sind schuld daran, daß viele Zukunftschancen in Deutschland verspielt werden.«

Selbstinszenierung des Kapitals

Dargestellt werden soll das Ganze im sog. Themenpark, den sie selbst das »thematische Herzstück« der EXPO nennen.

Die inhaltliche Ausgestaltung soll sog. »Systemführern« obliegen. Dabei wurde ursprünglich an »neutrale Experten« gedacht. Die Wirtschaft sträubte sich massiv gegen diese Pläne. Sie befürchtete eine zu kritische Ausrichtung der Veranstaltung. Mit Erfolg wurde das Ausbleiben von Sponsorengeldern und teilnehmenden Unternehmen angedroht. Der Wirtschaft wurde weitreichende Mitbestimmung bei der Benennung der »Systemführer« eingeräumt. Während in der Öffentlichkeit die EXPO nach wie vor zur ultimativen Weltrettungsveranstaltung hoch stilisiert wird, jubeln die Szeneblätter des deutschen Kapitals: »Der wichtigste Schritt ist geschafft: Das Öko-Konzept, mit dem die Veranstalter der EXPO 2000 anfangs potentielle Partner aus der Industrie verunsichert hatten ist vom Tisch.«

Fragen wie die nach der Verteilung des gesellschaftlich erwirtschafteten Reichtums oder nach einem evtl. anderen politischen und ökonomischen Systems werden mit Sicherheit im Themenpark der EXPO nicht gestellt werden. Die EXPO 2000 wird genau das, was Weltausstellungen schon immer waren: Selbstinszenierungen kapitalistischer Macht, die das Kulturverständnis der Herrschenden transportieren, und insofern Widerspiegelung des Zeitgeistes. Es werden »Techikakzeptanz« und »Zukunftsfähigkeit« propagiert, womit die EXPO genau den ideologischen Faden aufgreift, der u.a. auch in der aktuell diskutierten Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« des Wuppertal-Instituts gewoben wird. Der dort beschworene grün getünchte Kapitalismus wird in der EXPO 2000 sein Schaufenster und Sprachrohr finden.

Dasselbe in grün: Agenda 21

Um so erstaunlicher ist, daß die EXPO-BetreiberInnen die Agenda 21 erst vor rund einem Jahr als propagandistischen Aufhänger entdeckt haben. Im Sinne einer »kritischen, umweltbewußten« Marktwirtschaft ist die Agenda 1992 in Rio auf der UN-Umweltkonferenz beschlossen worden. In dieser Absichtserklärung wird das Prinzip der »nachhaltigen Entwicklung« zum Stein der Weisen erhoben. Liberalisierung des Handels, »Stärkung der Rolle der Unternehmen«, »Förderung von Wettbewerbsmärkten« und Technologien wie z.B. die Biotechnologie oder Atomkraft werden darin als Strategien zur Lösung »drängender Menschheitsfragen« angesehen und als nachhaltig bezeichnet.

Gründe für Hunger und Armut, soziale Ungerechtigkeiten, Kriege und Umweltzerstörung werden dort so definiert, daß nicht die kapitalistischen Verhältnisse als Ursache benannt werden und gleichzeitig nur den Industrienationen und Konzernen des Nordens die Lösungskompetenz zufällt. Schuld an globalen Problemen wären »Bevölkerungsexplosion«, ein zu niedriger technologischer Entwicklungsstand sowie zu geringe Kapitalausstattung in den Trikontländern. Nach dem Zusammenbruch der sog. sozialistischen Staaten scheint nunmehr außer Frage, daß der Kapitalismus das einzig »funktionierende« Gesellschaftssystem sei. Die Länder des Südens werden als Defizitländer in jeglicher Hinsicht definiert. Ihnen könne nur durch die Technologie, die Wirtschaftsweise und das Demokratieverständnis des Nordens geholfen werden. Die Schlußfolgerung: Nur ein »freier« Markt im neoliberalistischen Sinne, der die Großkonzerne zu Investitionen anreizt, könne den armen Ländern helfen, die Technologie zu erlangen, die ein umweltschonenderes Wirtschaften bei gleichzeitigem Wohlstandsanstieg zuläßt.

EXPO goes Agenda

Die Agenda paßt demnach ausgezeichnet in das EXPO-Konzept. Und so wird für die Weltausstellung als eine Veranstaltung geworben, die die Rio-Konferenz fortführen und »konkrete Optionen« der Umsetzung einer »nachhaltigen Entwicklung« darstellen werde. Entsprechend weiß EXPO-Chef Diener zu sagen: »Die brisanten Themen für Sustainable Development, die nachhaltige Entwicklung, stehen alle in der Agenda 21. (...Aus ihr) leiten wir die Legitimation ab, solche Themen zu behandeln.«

Das eigentliche Credo ist in einer Veröffentlichung der EXPO-GmbH nachzulesen. Die Weltausstellung biete die Chance »konkrete Optionen zur Verwirklichung des Leitbildes 'Nachhaltigkeit' zu thematisieren und in Angriff zu nehmen.« Die Industriestaaten hätten die Aufgabe, selbst »frühzeitig um(zu)steuern und zeitgleich nachhaltige Entwicklungsmuster in der dritten Welt massiv (zu) fördern. Schlichtweg entscheidend für die angezielte Kultur des vernünftigen Umgangs mit Knappheit aber ist die Wahl des richtigen Ordnungsrahmens. Dies kann nur ein marktwirtschaftlicher sein.«

Umarmungsstrategien: »Kritische Mitarbeit«

Die »Entdeckung« der Nachhaltigkeitsdebatte durch die EXPO-PlanerInnen blieb nicht ohne Wirkung. Sie ermöglichte die Integration kritischer Stimmen«.

Im Dezember '95 fand auf Einladung der EXPO-Generalkommissarin Breuel ein Gespräch mit SpitzenvertreterInnen von Naturschutzbund, Klimabündnis, Forum Umwelt & Entwicklung, WWF, German Watch und Misereor statt. Die niedersächsischen Umweltverbände protestierten energisch gegen solche Gespräche (welchen Inhalts auch immer), an denen sich z.T. auch ihre Bundesverbände beteiligen wollten, und forderten die Einhaltung basisdemokratischer Prinzipien ein. Der Berliner BUND-Vorsitzende nahm daraufhin nur als »Beobachter« teil. Breuel bot den Verbänden eine »gewisse« Mitsprache bei der Gestaltung des Themenparks an.

Im Mai 96 diskutierten Deutscher Naturschutzring (DNR), Forum Umwelt & Entwicklung und der Verband Entwicklungspolitik der Nichtregierungsorganisationen (VENRO) konkret über eine »Organisationsstruktur zur Koordinierung der Umfeldaktivitäten von U + E NRO (Nichtregierungsorganisationen aus dem umwelt- und entwicklungspolitischen Bereich) anläßlich der Weltausstellung EXPO 2000«, wobei die Agenda 21 als EXPO-Thema hervorgehoben wurde.

Ob die NROs tatsächlich mitmachen werden, ist noch offen, allerdings ist schon allein die Gesprächsbereitschaft der genannten Gruppen alarmierend, signalisiert sie doch grundsätzliche Mitwirkungsbereitschaft. Warum sich kritische Gruppen durch solche Angebote ködern lassen, können wir nur vermuten. Ein Grund mag sein, das einige in der Modernisienung des Kapitalismus inzwischen tatsächlich Lösungen sehen: »Für eine gerechte und umweltverträgliche Entwicklung sollte nicht auf die Weltrevolution gewartet werden«, denn »die Zustände auf diesem Planeten« erlaubten uns nicht mehr, »auf einen breiten gesellschaftlichen Konsens zur unverzüglichen Umsetzung von Überlebensstrategien zu verzichten,« so P. Schepelmann, Vorsitzender der BUNDjugend, in seiner Replik auf die BUKO-Kritik an der Studie 'Zukunftsfähiges Deutschland'. Bei einer solch apokalyptischen Realitätsauffassung erscheint dann vielleicht auch eine Weltausstellung als Wundermittel zur Herstellung des beschworenen Konsens.

Mitmachen und verlieren

Die EXPO-PlanerInnen können »Kritik« tatsächlich gut gebrauchen und fordern sie sogar ein: Was könnte ihre Strategie glaubwürdiger machen, als die Einbeziehung von KritikerInnen? »Vielleicht ist die eine oder andere 'alternative' Idee sogar verwertbar, in jedem Fall aber ungefährlich, solange an der gesellschaftlichen Entscheidungshierarchie nicht gerüttelt wird, letztlich also Kapitalinteressen bestimmen, was passiert«, hieß es schon 1990 in einem Anti-EXPO-Flugblatt.

Perspektiven?

Für uns kann die einzige Position nur die grundsätzliche Ablehnung der Weltausstellung sein. Vielleicht ist es uns mit diesem Artikel gelungen, diese Auseinandersetzung in unterschiedlichen Diskussionszusammenhängen und Publikationen anzuregen. An entsprechenden Ergebnissen wären wir sehr interessiert. Selbstverständlich können bei uns weitere Infos zum Thema EXPO 2000 angefordert werden.●

c/o AStA Theodor-Lessing-Uni Hannover
Welfengarten 1 ♦ 30167 Hannover
Telefon 0511 / 762-50 63
Fax 0511 / 71 74 41

Kontakt: Anti-EXPO-AG, c/o AStA der Uni Hannover, Welfengarten 1, D-30167 Hannover, Telefon: (05 11) 762-5063, Fax: 71 74 41, Treff: jeden Freitag, 17 Uhr

Anzeige

70/20 Jahre Rote Hilfe

Die erste umfangreiche Aufarbeitung
der Geschichte der Roten Hilfe — von vor siebzig Jahren
und seit der Wiedergründung vor zwanzig Jahren

Die Broschüre umfaßt 64 Seiten A4.
Sie enthält viele historischen Fotos
und hat einen vierfarbiger Umschlag.

Vorwärts und nicht vergessen...

Bestellbedingungen:
Einzelbestellungen 8,– DM plus 2,– DM Porto
(= 10,– in Scheinen oder Briefmarken)
ab 5 Exemplare Widerverkäuferrabat 25 %
Dann gilt eine Versandkostenpauschale von 5,– DM

Rote Hilfe e.V.
Postfach 6444, 24125 Kiel
Telefon und Fax: (04 31) 7 51 41

PROJEKTE IN DER 3.WELT ALS POLITIKERSATZ

Mit der Nähmaschine zur Befreiung

Projekte in der sogenannten 3.Welt sind oft notwendiger für ihre Betreiber in den Metropolen und sicheren deren Finanzierung als daß sie den Menschen anderswo nutzen. So könnte man die Position des mexikanischen Entwicklungstheoretikers Gustavo Esteva zusammenfassen. Er plädiert für ein Ende von Projekten in Ländern des Südens. »Bei uns gibt es keine Projekte. Wir haben Wünsche, Hoffnungen, Initiativen und Lebewesen, die sich laufend verändern, um sich den laufenden Veränderungen unseres Lebens anzupassen. Offenbar gibt es eine grundlegende Unvereinbarkeit zwischen unseren Lebensweisen und den technischen Zwangsjacken, in denen die Nicht-Regierungsorganisationen stecken und arbeiten.«, so Esteva in einem Artikel. Das Für und Wider von Projekten in der 3.Welt war Thema des Seminars »Mit der Nähmaschine zur Befreiung – Projekt in Kurdistan als Politikersatz«, veranstaltet von der »Informationsstelle Kurdistan e.V.«

Kinder sind eine bevorzugte Zielgruppe bei der Projektentwicklung — Foto: Bildarchiv AKTION 3.WELT Saar

Von Roland Röder, Redaktion Saarland ● Damit wurde der seltene Versuch unternommen, sich auf absehbare Entwicklungen in der Türkei einzustellen und Erfahrungen anderer internationalistischer Bewegungen z.B. zu Mittelamerika, zu berücksichtigen. Im türkischen Teil Kurdistan stellt sich zur Zeit zwar aufgrund der harten Haltung der Türkei das Problem nicht für die Bewertung von Projekten. Sobald aber die Türkei politisch den Raum für Projekte öffnet, ist absehbar, daß viele Ihr Credo »Was kann ich tun, denn ich will nicht Nichts tun«, in Form eines Ziegenprojektes oder Ähnlichem verwirklichen werden. Das Ganze dann noch mit der Allerweltsfloskel als »Hilfe zur Selbsthilfe« getarnt, wird schnell zu einer soliden Grundlage zur Finanzierung der eigenen Arbeit in den Metropolen. »Kinder und Frauen eignen sich am besten für Spendenkampagnen«, so Annette Maßmann vom »Informationsbüro Nicaragua« aus Wuppertal.

Das deutsche/europäische Auge sieht überall Menschen, die es zu entwickeln gilt, vorwiegend anderswo (drei Männer in dem kurdischen Dorf Kava; Oktober 1993) — Foto: Bildarchiv AKTION 3.WELT Saar

Jeder Kindergarten in Nicaragua ein Schlag gegen den Imperialismus

Nicaragua war in den achtziger Jahren eines der wichtigsten Länder, dem Grüne, Sozialdemokraten, Gewerkschaften, Kirchen, Antiimps aus Westdeutschland ihre Solidarität schenkten. Tausende von westdeutschen BrigadistInnen fuhren dorthin, zahlreiche Projekte im kulturellen und sozialen Bereich wurden aufgebaut. Spätestens die für die Aktiven der Nicaragua-Solidarität überraschende Wahlniederlage der Sandinisten vom Frühjahr 1990 bedeutete einen grundlegenden Einschnitt. Vor lauter Einbahnstraßensolidarität hatte man den Blick auf den Alltag in Nicaragua verloren und verwechselte offizielle Erklärungen der sandinistischen Partei mit der Meinung von allen dort Lebenden. Folgerichtig war die »Undankbarkeit« der NicaraguanerInnen nicht zu verstehen. Daß die Menschen in Nicaragua nach einem jahrelang von den USA genährten Krieg müde waren und lieber rechten Wahlbündnissen ihre Stimme gaben, wurde erst spät nachvollzogen. Diese konnten, anders als die Sandinisten, aufgrund ihrer politischen Nähe zur USA, ein Ende der US-finanzierten Terrorbanden (Contras) versprechen.Das Informationsbüro Nicaragua hat auch heute noch einige Projekte in dem Land, betreibt aber seit vier Jahren verstärkt die Auseinandersetzung mit Rassismus in der BRD.

Geändert hat sich auch das Verhältnis von den wenigen verbliebenen politischen Nicaragua-Gruppen zu der nationalen Befreiungsbewegung FSLN (Frente Sandinista Liberacion National). Einer unkritischen Nähe, in der die Sandinisten für manche ihrer FreundInnen in Westeuropa ersatzweise die Revolution zu übernehmen hatten, ist eine kritische Distanz gefolgt. Angesprochen werden beispielsweise die vertikalen Entscheidungsstrukturen bei der FSLN oder ihr Ja zu den Weltmarktfabriken (Maquilas). Die Fabriken liegen in den »freien Produktionszonen« (frei von Gewerkschaften und sozialer Absicherung) an den Küsten mittelamerikanischer Länder, in denen meist Frauen unter miesen Arbeitsbedingungen Textilien für die Industriestaaten produzieren. Eine moderne Form des Manchester-Kapitalismus.

Nordirak: Hilfswerke machen deutsche Außenpolitik

Wie schnell Hilfsorganisationen funktionalisiert werden, und die vermeintliche Hilfe eine eigenständige Entwicklung verhindert, beschrieb Bernhard Winter von »Haukari -Arbeitskreis Internationale Zusammenarbeit«. Mehrere MitarbeiterInnen von etablierteren westlichen Hilfsagenturen, die nach der Niederlage des Irak im zweiten Golfkrieg in der kurdischen Region im Nordirak tätig wurden, haben sich in »Haukari« neu zusammengeschlossen und versuchen, aus den Fehlern zu lernen. Etwa aus dem absurden Versuch von Hilfswerken, einer technologisch hoch entwickelten Region die Subsistenz (bäuerliche Produktion für den Eigenbedarf) als Zukunftsperspektive zu empfehlen. Oder die Nichtanerkennung der kurdischen Selbstverwaltung durch die Hilfswerke. Nach und nach wurde die öffentliche Verwaltung selbst Bittstellerin bei den Hilfswerken. Auch personell entzogen die Hilfswerke den kurdischen Selbstverwaltungsstrukturen den Boden. Sie bezahlten besser und Fachkräfte wanderten ab. Neben großen Hilfswerken – fast alle großen europäischen Staaten lassen dort Außenpolitik machen – hatten sich schnell zahlreiche Initiativen aus Westeuropa »ihr« kurdisches Dorf ausgesucht, das es zu entwickeln galt. Nach Auffassung von Haukari hätten die Hilfsorganisationen die kurdische Regierung und das Parlament anerkennen müssen. Spätestens der Blick auf die wesentlichen Geldgeber der deutschen Hilfswerke in dieser für die Bundesregierung strategisch so wichtigen Region lassen Verständnis aufkommen für ihr Vorgehen : das Auswärtige Amt und das »Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit« (BMZ). Ähnliche Planspiele der Einbeziehung beginnt nach Georg Lutz (Redaktion »Blätter des informationszentrum 3.Welt«, Freiburg) das »Verteidigungsministerium« zu praktizieren, indem es »Nicht-Regierungsorganisationen« zum small talk über Auslandseinsätze einlädt.

Mal schnell nach Kurdistan fahren und solidarisch sein

Die alljährlichen Delegationen zum kurdischen Newrozfest (21.März) in die Türkei stellen eine besondere Form der Projektarbeit dar. Anders als die BrigadistInnen in Sachen Nicaragua, die immerhin mehrere Monate in Mittelamerika waren und sich intensiv darauf vorbereiteten, sind diese auf ein bis zwei Wochen begrenzt. Sie sollen, so die eigene Zielsetzung, KurdInnen Schutz bieten, Übergriffe der türkischen Armee erschweren und ein Stückweit Öffentlichkeit schaffen. Über die Effizienz dieser meist bunt und beliebig zusammengewürfelten Gruppen in den vergangenen Jahren gibt es unterschiedliche Auffassungen. Ganz zufrieden ist jedenfalls niemand. Dies bestätigten auch Mitarbeiter des »Kurdistan Informationszentrums« aus Köln. Die Kritik an der oft unprofessionellen Arbeitsweise vieler Delegationen hat auch aus den Reihen von Menschenrechtsorganisationen aus der Türkei zugenommen. Um die Wirkung der trotz allem von kurdischer Seite eingeforderten Delegationen zu erhöhen, denkt man darüber nach, neben Delegationen auch Einzelpersonen für einen längeren Zeitraum nach Kurdistan zu senden und die Arbeitsaufträge konkreter zu fassen.

In Kurdistan den Standort Deutschland verteidigen

Ein weiterer Unterschied zur Nicaragua-Solidarität ist nicht zu leugnen. Anders als Kurdistan, gehörte Mittelamerika nie zu den geostrategischen Zielgebieten der deutschen Außenpolitik in diesem Jahrhundert. Angefangen vom Kaiserreich, über die Weimarer Republik, die NS-Zeit, bis hin zur alten und neuen BRD stand und steht die Türkei immer wieder im Mittelpunkt des deutschen außenpolitischen Zugriffs auf das Erdöl dieser Region. (siehe auch Reinhard Opitz »Europastrategien des deutschen Kapitals«, Bonn '94). Als weiterer Rohstoff kommt heute noch Wasser hinzu; die Türkei ist in einer wasserarmen Region Quellgebiet von Euphrat und Tigris und strebt mit einem Verbund an Staudämmen (GAP, Südostanatolienprojekt) an, die lebensnotwendige Wasserzufuhr nach Syrien und den Irak zu kontrollieren. Dieser geostrategische Hintergrund der Bundesregierung ist die Grundlage des Kurdistan-Konfliktes in der BRD.

Wie immer mensch die Frage beantwortet, ob Projekte in Kurdistan und anderswo einem Politikersatz und einer Flucht vor den Verhältnissen hier gleichkommen, deutlich wurde, daß es keine neutrale »Hilfe« gibt. Es ist Intervention und an jeder Mark hängt nicht nur der materielle Gegenwert, sondern auch ein ganzes kulturelles System. Überspitzt gesagt, der Standort Deutschland. Und dies unabhängig von der Frage ob die »Hilfe« direkt vom Auswärtigen Amt kommt oder besser getarnt über den Umweg Hilfswerk, Initiative oder ganz privat, sozusagen von Mensch zu Mensch; z.B. als Kinderpatenschaft. Ein Projekt im Süden zu machen, geht schnell mit dem Anspruch einher, Menschen dort zu entwickeln, und sich damit über sie zu stellen. Gleichzeitig kommt die private wie staatliche »Hilfe« mit dem Glaube an die Realisierung des eigenen Entwicklungsweges daher und ist an das Wohlverhalten der Empfänger geknüpft.

Ein Teil der Diskussionen zur Frage »Projekte in der 3.Welt als Politikersatz?« – z.B. das Verhältnis zu nationalen Befreiungsbewegungen und die durch neoliberale Wirtschaftsmodelle geschaffenen Rahmenbedingungen, findet seine Fortsetzung auf dem nächsten BUKO (Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen) der vom 29. Mai bis 1.6.1997 in Paderborn stattfindet. Motto des Kongresses: »Gegenmacht von unten«.●

Der Autor ist Mitarbeiter der AKTION 3.WELT Saar, die selber kein Projekt in der sogenannten 3.Welt hat, und damit einseitig vorbelastet. Der empfehlenswerte Seminar-Reader enthält eine Auswahl an Texten von Sartre, Esteva und Beiträgen zu Projekten in Südkurdistan (Nordirak) und der Türkei. Er kostet 8,-DM (incl. Porto, Vorauskasse); Informationsstelle Kurdistan, Maxstraße 50, D-53111 Bonn.●

Panzer: Ein Projekt der BRD in Kurdistan (BRT 60 Panzer, 1991 aus NVA-Beständen geliefert; hier September 1993 bei Hasankeyf am Tigris) — Foto: Bildarchiv AKTION 3.WELT Saar

BRANCHENTREFFEN: WECHSELWIRKUNGEN ZWISCHEN SELBSTVERWALTUNG UND ÖKONOMIE

Das Treffen »danach«

Nach der Diskussion auf dem letzten Schreinreientreffen über eine Verbandsgründung – die erst einmal scheiterte (s. CONTRASTE Nr. 142/143), war diesesmal das Thema des Treffens: »Wechselwirkungen zwischen Selbstverwaltung und Ökonomie«. Über zwanzig Schreiner und Schreinerinnen (letztere absolut in der Minderheit) aus Betrieben zwischen Göttingen und Freiburg, Bochum und München kamen Anfang November im Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen zusammen, um »Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung von selbstverwalteten Schreinereien durch Bausteine einer handlungsorientierten Betriebswirtschaftslehre kollektiven Managements« zu bekommen.

Von Fiona Dancy, Redaktion Handwerk ● »Viele selbstverwaltete Betriebe geben irgendwann ihre besonderen sozialen Strukturen auf, weil sie keine zufriedenstellende ökonomische Situation erreichen. Hintergrund ist die in vielen Kollektiven immer wieder geführte Diskussion, daß die demokratischen Entscheidungsstrukturen Grund für ihre schlechte wirtschaftliche Lage sind. Selbstverwaltungsbetriebe gehen damit den umgekehrten Weg, den modern geführte Unternehmen einschlagen: dezentrale Strukturen, Ausweitung der Mitarbeiterbeteiligung durch Entscheidungs-, Kapital-und Erfolgsbeteiligung, mehr Verantwortung für den einzelnen, Stärkung der Gruppenkompetenzen.« (Alle Zitate aus der Konzeptdarstellung des Referenten Burghard Flieger).

Ein hochaktuelles Thema also, zu einem Zeitpunkt wo einige »alteingesessene« Kollektivbetriebe aufgeben oder in erheblichen finanziellen Schwierigkeiten stekken. Andere überlegen sich, wie es mit den überlieferten Selbstverwaltungsstrukturen weitergehen kann, oder haben sich momentan aus Teilen der Strukturen verabschiedet.

Aber wie schlecht ist denn die Lage der teilnehmenden Schreinereikollektive? Liegt die Unzufriedenheit mehr auf der ökonomischen oder auf der sozialen/ideologischen Ebene? Welche Strukturänderungen (wie zum Beispiel feste Aufteilung der Arbeitsbereiche oder Leistungslohn) führen zwangsläufig von der Idee der Selbstverwaltung weg, welche sind eine positive Weiterentwicklung? Haben schon stattgefundene Strukturänderungen den erwarteten positiven Effekt auf der ökonomischen bzw. sozialen Situation gezeigt? Wollen wir zehn oder zwanzig Jahre noch so weiterarbeiten? Der Fragebogen, der von der Vorbereitungsgruppe erarbeitet und im Vorfeld des Treffens mit der Einladung verschickt wurde, war ein Versuch, diesen Themenkomplex zu erleuchten. Weiterhin sollte der Austausch anhand von konkreten, vergleichbaren Informationen aus der unmittelbaren Praxis der Betriebe die Arbeit mit dem Referenten ergänzen.

Von den zwölf ausgefüllten Fragebögen und dem Austausch, der sich am Wochenende entwickelte, ein kurzes Fazit: Auf dem ersten Blick überrascht, daß die überwältigende Mehrheit der Betriebe sowohl die ökonomische Entwicklung der letzten Jahren als 'positiv' als auch ihre derzeitige finanzielle Situation als 'stabil' einschätzt. Es sind überwiegend Zukunftssorgen, bzw. die Tatsache, daß viele Betriebe keine oder nur wenig Rücklagen gebildet haben oder noch hohe Investitionen zurückzuzahlen haben, die beunruhigen und nicht eine aktuelle Finanzmisere. Auch tritt die Frage der 'Alterssicherung', jetzt wo der Alltag einigermaßen abgesichert ist, in den Vordergrund. Unzufriedenheiten bzw. Konflikte liegen eher auf der zwischenmenschlichen Ebene, hängen sich zwar oft am Geld auf, haben aber mehr mit Leistung und mit Engagement zu tun. Es wurde klar, daß einige eingeführte Strukturänderungen ihren Ausgangspunkt in einem scheinbar nicht anders lösbaren Konflikt mit einem oder wenigen MitarbeiterInnen haben. Die verschiedenen Kompetenzen, die notwendig sind, um ein befriedigendes kollektives Arbeiten zu erreichen und zu erhalten, sind ungleich vorhanden und werden unterschiedlich hoch bewertet. Wird die fachliche Kompetenz mittlerweile vorausgesetzt und machen viele Betriebe Gebrauch von betriebswirtschaftlichen und gruppendynamischen Beratungsangeboten, fehlen trotzdem oft die Strukturen, die eine Verwirklichung der gesteckten Ziele ermöglichen würden. Wie können Neue in das Kollektiv eingebunden werden? Wie kann ein größtmöglicher Informationsfluß in der Praxis gewährleistet werden, ohne die Einzelnen zu überfordern und ohne daß die Wirtschaftlichkeit unter stundenlangen Besprechungen leidet? Und was zum Teufel macht mensch mit KollektivistInnen, die sich dem Kollektiv nicht anpassen können oder wollen?

»Personalentwicklung ist in hierarchischen Organisationen eine klassische Führungsaufgabe: Sanktionen wie Lob und Strafe sind damit verbunden. Genau dies ist ein entscheidender Tabubereich in Selbstverwaltungsbetrieben, der die Möglichkeit bewußter Kollektiventwicklung erschwert.« (siehe oben). Alle waren sich zwar einig, daß die kurzfristige soziale Ächtung, eine der am häufigsten angewendeten, 'schweigend gebilligten' Sanktionsmöglichkeiten, eher enttäuschende bzw. gar keine Ergebnisse hervorruft, taten sich aber mit effektiveren Vorschlägen schwer. An diesem Punkt entwickelte sich anhand von einem Beispiel eine hitzige Diskussion über die Legitimität ökonomischer Sanktionen für einzelne KollektivistInnen bei nicht erbrachter Leistung. Die Vorstellungen davon, was in einem Kollektiv 'erlaubt' ist bzw. was die Selbstverwaltung ausmacht, gingen auseinander. »Die Produktionsmittel gehören allen; alles andere ist regelbar?!«

Trotzdem war die Gruppenstimmung an diesem Wochenende gut. Es wurde abends sowohl engagiert weitergearbeitet (ein Betrieb stellte ausführlich seine selbstentwickelte Kalkulations- und Auftragsplanungsbögen dar), als auch in großer Runde gespielt und wer Otto's pantomimische Darstellung eines Kartoffelauflaufs nicht gesehen hat, hat wirklich was verpaßt! Eine Führung über das Gelände und durch die Gebäude der Kommune Niederkaufungen bot einen kleinen Einblick in die Praxis einer 'Kollektivansammlung', die sich seit zehn Jahren mit Fragen der Kollektiventwicklung in einem größeren Rahmen beschäftigt. Das nächste Schreinereientreffen findet voraussichtlich in April 1997 zum Thema »Perspektiven und Frauen im Management« statt. Nähere Informationen gibt es zu gegebener Zeit wieder in CONTRASTE.●

ANMERKUNG

Und nochmals zur Verbandsgründung angemerkt: Im Vorfeld dieses Schreinereientreffens machte sich eine gewisse Spannung bemerkbar. Welche Auswirkungen werden die erstmal gescheiterte Verbandsgründung und der Abschied von Andreas Küstermann haben? Werden vielleicht einige enttäuscht, verärgert oder aus falsch verstandene Solidarität wegbleiben? Spaltet sich sogar die Gruppe, oder löst sich langsam auf? Was ist mit den Aufgaben, die Andreas jahrelang für das Treffen erledigt hat, was mit den wertvollen Kontakten, die über ihn persönlich liefen?

Am Samstag Abend gaben wir uns Zeit für eine Reflexion über das Geschehene. Zur großen Erleichterung aller stellten wir fest, daß die Meinungen zur Verbandsgründung zwar weiterhin radikal auseinandergehen, daß aber das Interesse aneinander und an diesem Zusammenhang trotzdem größer ist als unsere Unterschiede. Auch scheint es mit einem halben Jahr Distanz einfacher zu sein, einander zuzuhören und zu verstehen, welche Ängste und Hoffnungen mit einer Verbandsgründung für die einzelnen verbunden waren und sind. Daß es der Verbandsgründungsgruppe nicht gelungen ist, die Ängste zu entkräften und den Hoffnungen konkrete Form zu geben, muß sie sich meiner Meinung nach zum Teil selber zuschreiben, beschränkte sie sich nach ihrer ersten Präsentation im Wesentlichen auf einer Wiederholung des schon Gesagten. Mein Anliegen als Mitglied der Vorbereitungsgruppe war, daß die Betriebe eine bewußte, fundierte Entscheidung für oder gegen eine Verbandsgründung treffen. Da so viele bei der Abstimmung unentschlossen waren, bin ich mit meinem Anspruch gescheitert.

Die angenehme Stimmung am Wochenende und der (mittlerweile ungewöhnlich) große 'Eigenanteil' an der inhaltlichen Vorbereitung dieses Treffens sind ein positives Zeichen für die Zukunft. Auch ist es gelungen, Aufgaben wie Protokoll führen und aufbewahren, das Treffen nachbereiten, einen Artikel für die CONTRASTE (zwar mit reichlicher Verspätung und ohne Foto, aber immerhin!) zu schreiben, und die Adressenverwaltung zu übergeben und auf verschiedene Menschen zu verteilen. Denn vermutlich nur mit einer Streuung der Aufgaben und einem Engagement vieler TeilnehmerInnen werden wir weiterhin auf ehrenamtlicher Basis die Organisation des regelmäßigen Treffens und die Pflege der daraus entstandenen Vernetzungsansätze gewährleisten können.●

dan

ENERGIEGENOSSENSCHAFT 2030 BELGIEN:

Grünes Licht für erstes Windrad

Ein großer Schritt zur Errichtung einer Windkraftanlage im belgischen St. Vith ist getan: Im September 1996 beschloß der Stadtrat, der grenzüberschreitenden Genossenschaft ENERGIE 2030 einen jährlichen Zuschuß zum Betrieb eines Windrades mit einer Leistung von bis zu 600 kW zu gewähren. »Jetzt sind die Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Betrieb der ersten belgischen Binnenland-Windkraftanlage gegeben.«, meint Patrick Kelleter, Geschäftsführer der Genossenschaft, der ein Jahr auf dieses Ereignis hingearbeitet hat.

Das Windrad in St. Vith ist ein Pilotprojekt: »Im belgischen Binnenland gibt es bisher noch keine einzige Windkraftanlage«, erläutert Helmut Hardy, deutscher Geschäftsführer von ENERGIE 2030. »Das liegt daran, daß im Atomstromland Belgien, das 59 Prozent seiner elektrischen Energie aus Atomkraftwerken bezieht, die Rahmenbedingungen für Energiegewinnung aus Sonne und Wind noch viel schlechter sind, als zum Beispiel in Deutschland. So sieht das deutsche Stromeinspeisegesetz eine Vergütung von 17,2 Pfennig pro Kilowattstunde für den ins Netz eingespeisten Strom vor, während in Belgien gerade mal umgerechnet 11 Pfennig in den ersten 10 Betriebsjahren und danach nur noch 6 Pfennige gezahlt werden«.

Deshalb hat die Stadt Vith sich entschlossen, selbst die Initiative zur Förderung umweltfreundlicher Energien zu ergreifen. Durch den jährlichen Zuschuß soll das geplante Windrad rentabel gemacht werden. Die im wörtlichen Sinne tatkräftige Hilfe geht noch weiter: St. Vith stellt auch Gemeindearbeiter zum Bau der Zuwegung und des Fundamentes der Anlage zur Verfügung.

Im Zeitplan der Genossenschaft geht es jetzt Schlag auf Schlag weiter: Noch im September wird die Diplomarbeit an der RWTH Aachen fertig, die sich exemplarisch mit dem St. Vither Windrad auseinandersetzt. Sie wird ENERGIE 2030 bei der Auswahl eines geeigneten Anlagentyps helfen. Mit Hilfe eines Windgutachters werden die bisher gemessenen Windwerte an drei möglichen Anlagenstandorten bewertet und somit der endgültige Standplatz ausgewählt. Dann kann auch ein formeller Bauantrag gestellt werden. Patrick Kelleter: »Da wir die erste Windanlage im belgischen Binnenland bauen, werden wir als Vorreiter herausfinden müssen, wie lange das Genehmigungsverfahren dauert und was dabei zu beachten ist.«

Sobald die Genehmigung vorliegt, wird die Anlage bestellt und mit den Bodenarbeiten begonnen. Bis dahin ist aber noch viel zu tun. Denn gleichzeitig muß noch die Finanzierung des Windrades sichergestellt werden. Die Genossenschaft ENERGIE 2030 finanziert alle ihre Projekte über die Einlagen ihrer Gesellschafter. JedeR kann sich mit Beträgen ab 500,– DM beteiligen. Helmut Hardy: »Hier hat jedeR einzelne die Möglichkeit, zum Umweltschutz beizutragen.« Die Gewinne aus den Projekten werden an die Gesellschafter zurückgezahlt. In Deutschland wurden auf diese Weise schon ein Windkraftwerk und zwei Solarstromanlagen realisiert. Nun wird in Belgien das erste Projekt gestartet.

Auch im rechtsrheinischen Gebiet plant ENERGIE 2030 ein neues Projekt. In Wipperfürth möchte die Genossenschaft ENERGIE 2030 ein Wasserkraftwerk reaktivieren. Auch hier soll mit verstärkter Öffentlichkeitsarbeit um neue Mitstreiter geworben werden.

Alle, die sich finanziell oder persönlich bei ENERGIE 2030 beteiligen möchten, erhalten nähere Informationen bei:
Post: ENERGIE 2030, Im Grüntal 18a, D-52066 Aachen, Tel. (02 41) 97 01 38, ENERGIE 2030, Aachener Str. 37, B-4700 Eupen, eMail: energie2030@gaia.de●

dp

KOMMUNE-INFO-TOUR '97

»Der Utopie dicht auf den Fersen«

Unter diesem Motto geben acht KommunardInnen aus sechs Kommuneprojekten bei einer Infotour einen Einblick in ihren nicht ganz alltäglichen Alltag. Interessierten soll bei dem Infoabend die Lebensform Kommune, fernab von Chef und Kleinfamilie, von Isolation und Konsumzwang, nähergebracht werden.

Im Zuge der 68er Bewegung wurden verschiedene Kommunen gegründet, die sich zum Teil schon lange wieder aufgelöst haben, aber die politischen und ideologischen Grundsteine für die heutigen Kommunen lieferten. Im Unterschied zu den »68ern« sind die heute bestehenden Kommunen eher Lebensprojekte, wo Menschen unterschiedlichster Ausprägung altersgemischt zusammen leben und arbeiten. Durch das gemeinsame Wirtschaften in kommuneeigenen Betrieben und Arbeitsbereichen ergibt sich eine größere Verbindlichkeit und Stabilität der Projekte.

»Heute ist es dringlicher denn je, Alternativen zur VorHERRschenden Gesellschaft aufzuzeigen. KeineR wird bestreiten, daß die Weltwirtschaft darauf ausgelegt ist, die sogenannte »Dritte Welt« auszubeuten und die sozialen Unterschiede in allen Ländern zu vergrößern, um die Profite für einige wenige zu steigern. Durch unser (Konsum)verhalten hierzulande erhalten wir diese WeltUNordnung aufrecht. Auf der einen Seite Hunger und Not in der »Dritten Welt«, auf der anderen Seite ökologische Katastrophen und Vereinzelung der Menschen in den Industrieregionen. Durch den Aufbau menschenfreundlicher Lebens- und Arbeitsstrukturen, Hinterfragung unseres Konsumverhaltens, ökologisches und sozial verträgliches Wirtschaften sowie Engagement für die Benachteiligten dieser Welt versuchen wir, eingespielte Hierarchien abzubauen und Voraussetzungen für eine gerechtere Welt zu schaffen«, so die veranstaltende Gruppe in ihrem Pressetext.

In sechs Veranstaltungen im Großraum Frankfurt will die Gruppe das »Lebensmodell Kommune« vorstellen und aus der gelebten Praxis berichten. Hierbei wird aufgezeigt, welche Kommunen noch Leute aufnehmen – aber auch Neugründungen werden tatkräftig unterstützt.●

ub

Termine: Sonntag, 2.2.97, 12 Uhr: Kino Traumstern, Lich -Montag, 3.2.97, 20 Uhr: Bessunger Knabenschule (im Fritz), Darmstadt – Dienstag, 4.2.97, 19.30 Uhr: Café Excess, Leipzigerstr. 91, Frankfurt – Donnerstag, 6.2.97, 20 Uhr: Wespennest, Friedrichstr. 36, Neustadt/Weinstr. – Freitag, 7.2.97, 20 Uhr: Karlstorbahnhof, Eine-Welt-Zentrum, Heidelberg – Samstag, 8.2.97, 20 Uhr: Café Klatsch, Marcobrunnerstr. 9, Wiesbaden

LESERBRIEF:

Selbstverwaltete Betriebe am Ende?

Betr.: Beitrag »Lernen durch Tun« von Burghard Flieger in CONTRASTE Nr. 145

Der ursprüngliche Anspruch der selbstverwalteten Betriebe, Teil eines alternativen Gesellschaftsmodells zu sein und so nach außen zu wirken, hat sich schon längst als überzogen erwiesen. Geblieben war bisher die Hoffnung, wenigstens nach innen eine Alternative zur Konkurrenz- & Leistungsgesellschaft zu realisieren, wie sie etwa in dem Schlagwort »Betrieb ohne Chef« zum Ausdruck kommt.

Nachdem nun Burghard Flieger die Zimmerei »Grünspecht« als zukunftsweisenden »Pionierbetrieb« feiert, muß wohl auch diese Hoffnung begraben werden. Von der ursprünglichen Selbstverwaltung ist hier nur noch eine »kollektive Leitung« der fünf Genossenschaftsmitglieder übrig geblieben – also genau der Leute, die ihr Geld in den Betrieb gesteckt haben. Damit ist der Eckpfeiler einer alternativen Organisationsstruktur dahin, nämlich die **Kapitalneutralisierung**. Jetzt haben also die Leute wieder das Sagen, die das Geld haben, wie in der herrschenden Wirtschaftswelt auch. Kollektive Leitungen sind dort zwar eher die Ausnahme, aber durchaus mit den gängigen Prinzipien vereinbar. Etwas »Alternatives« vermag ich jedenfalls daran nicht auszumachen.

Was gibt es sonst noch an »alternativen« Perspektiven bei Grünspecht? »Zusammenarbeit, ökologische Orientierung, solidarisches Handeln, gemeinsamer Erfolg«, und das alles ist sogar »verbindlich in der Präambel der Satzung verankert«. Nur – was mag das mit der betrieblichen Alltagspraxis zu tun haben? Daß in einem Unternehmen Zusammenarbeit erforderlich ist, dürfte trivial sein. Die ökologische Orientierung ist -zumindest als Aushängeschild – inzwischen bei immer mehr mittelständischen Betrieben ein wichtiges Werbeargument. Und was heißt schon »solidarisches Handeln« im Arbeitsalltag? Daß sich die MitarbeiterInnen bei der Arbeit gegenseitig unterstützen? Auch das ist eine Trivialität, ohne die **jeder** Betrieb – sei er nun »alternativ« oder konventionell – in wenigen Wochen pleite ginge. Und auch der »gemeinsame Erfolg« ist so eine aufgeblasene Phrase ohne praktischen Inhalt.

Früher sei die »Eigenverantwortlichkeit im Wirrwarr der Kompetenzen erstickt«, schreibt Burghard Flieger. Ist das nun ein grundsätzliches Argument gegen die Eigenverantwortlichkeit oder nur das Eingeständnis, daß sie in unzulässiger Weise realisiert wurde? Klar, daß die Arbeitszufriedenheit im letzteren Fall zu leiden hatte. Dann ist die neue Struktur des Betriebes wirklich ein Fortschritt. Nur sollte man dann auch so ehrlich sein, und das Etikett »alternativ« oder »selbstverwaltet« ablegen. Sonst wäre mir eine herkömmliche Zimmerei mit einem autoritären Chef lieber, weil ich dann wenigstens weiß, woran ich bin und sich niemand hinter hochtrabenden und leeren Phrasen versteckt.●

Jörg Sommer, Heidelberg

PRODUKTIVGENOSSENSCHAFT REMEMBER E.G.

Vom Freundeskreis zum Wirtschaftsunternehmen

»Genossenschaft und Ökologie gehören zusammen«, so könnte die Schlußfolgerung aus den Gründungserfahrungen der Produktivgenossenschaft remember e.G. in Aachen lauten. Allerdings mit einem wichtigen Zusatz: »Management, Qualität und Wirtschaftlichkeit dürfen nicht darunter leiden.« Remember ist eines von 20 Unternehmen, das im Zusammenhang einer Studie zum Thema »Ökologie und Partizipation« interviewt wurde. Die Ergebnisse sind voraussichtlich im Mai beim Netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation in Frankfurt erhältlich.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Seit nunmehr sechs Jahren existiert remember e.G. in der Rechtsform der Genossenschaft. Vorher arbeitete der Betrieb mit einem Teil der Mitglieder eineinhalb Jahre als Ingenieurbüro, das dann offiziell von der Genossenschaft aufgekauft wurde. Gestartet wurde mit siebzehn Mitgliedern. Diese Zahl blieb anfangs stabil. Zuletzt ging der Anteil der Beschäftigten jedoch zurück, weil die Zeitschrift »Wechselwirkung« als Arbeitsbereich ausgelagert wurde.

Außerdem erwies sich das Jahr 1994 als wirtschaftlich kritisch, so daß mehrere Mitglieder gingen. Heute besteht der Betrieb aus zwölf Genossenschaftsmitgliedern und einer Bürokraft. Sie erzielen einen Umsatz von etwa 1,5 Millionen DM. Damit arbeitet das Unternehmen kostendekkend. Erreicht wird dies aber nur über eine flexible Anpassung der Einkommenszahlungen.

Die Einkommen im Betrieb haben noch immer nicht das sonst in der Wirtschaft übliche Niveau erreicht. Grund dafür sind unter anderem die familienfreundliche Betriebsstrukturen. Vier der Mitglieder arbeiten in Teilzeit auf einer Drei-Viertel-Stelle.

Dienstleistung Umwelttechnik

Remember ist ein Dienstleistungsunternehmen in den Bereichen Solar-, Energie-, Abwasser- und Meßtechnik. Bei der Solartechnik werden vor allem Planungsaufgaben wahrgenommen, Installation ist aber eingeschlossen. Die Meßtechnik umfaßt auch Tätigkeiten der Produktion. Sie dient dazu Umweltdaten zu erfassen und hat insofern ökologischen Hintergrund, weil viele Betriebe entsprechende Daten erfassen müssen.

Hohe Fachkompetenzen mit dem Schwerpunkt Umwelttechnik zeichnen die meisten Genossenschaftsmitglieder aus. Sie sind überwiegend Ingenieure der Elektrotechnik und des Maschinenbaus oder Bauingenieure. Ursprünglich spielte auch politisches Engagement eine große Rolle. Mittlerweile verlagert sich dies verstärkt in den privaten Bereich: Innerhalb der Genossenschaft wird Politik immer weiter zurückgeschraubt.

Geringe Arbeitsteilung

Schwächen des Betriebes liegen vor allem im Bereich Management. Bei der Verantwortlichkeit der Mitarbeitenden im Unternehmen besteht ein starkes Gefälle: Einzelne haben die Gesamtwirtschaft des Unternehmens oder zumindest der einzelnen Projekte im Kopf. Andere interessieren sich vor allem für technische Details. Alle sind aber mit der gleichen Entscheidungskompetenz bzw. den gleichen Entscheidungsrechten ausgestattet. Eine Arbeitsteilung zwischen Technikern und Management ist nicht vollzogen.

Die meisten Genossenschaftsmitglieder sind aber Techniker, deren Schwerpunkte auf technischer Planung liegen. Als Manager aus Profession können nur wenige bezeichnet werden. Insofern erweist sich der Bereich Akquisition und Vertrieb als Problem. Um hier die notwendigen Qualifikationen und Kompetenzen zu sichern, wird zur Zeit an der Einführung eines Konzeptes für Qualitätsmanagement gearbeitet.

Dezentrale Entscheidungen

Remember versteht sich als Selbstverwaltungsunternehmen. Vieles läuft aber nicht mehr plenar, sondern in der Genossenschaft füllen die vier unterschiedliche Unternehmensbereiche ihre Arbeitsfelder sehr eigenständig aus. Die anstehenden Entscheidungen werden von den dort Beschäftigten gefällt. Dies gilt in wachsendem Maße auch für die Annahme von Aufträgen.

Das Plenum ist vor allem zuständig für die Gesamtentwicklung, die Kapitaldecke, Liquidität und den Ausgleich der finanziellen Mittel zwischen den Bereichen. Es findet viermal im Jahr statt. Über die Einstellung neuer Genossenschaftsmitglieder entscheidet das Plenum nach der Probezeit. Auch Jahresabschluß, Bilanz und die Prognose der Arbeitsbereiche sowie deren Investitionsvolumen wird im groben Rahmen dort verabschiedet.

Bereichsübergreifende Konflikte entstanden zu der Frage, »Wieviel Ökologie wollen wir uns leisten?« Dazu gibt es zwei Lager: diejenigen, die genug Geld verdienen wollen, abhängig von ihrer Lebenssituation, und diejenigen, die auf Ökologie und eine entsprechende Art der Aufträge setzen. Die Entwicklung läuft mehr in Richtung der ersten Gruppe.

Koordinierende Geschäftsführung

Ein Teil der laufenden Alltagsentscheidungen ist mittlerweile an ein Geschäftsführungsgremium delegiert, das sich wöchentlich trifft. Bisher wurde dessen Kompetenzen aber nicht festgeschrieben. So kann es weiterhin geschehen, daß Aufgaben an dieses Gremium delegiert werden und dann Genossenschaftsmitglieder in anderen Funktionen doch wieder in gefällte Entscheidung hineinreden.

Maßnahmen, mehr Mitarbeitende zu einer stärkeren Beteiligung an Entscheidungen im Unternehmen zu motivieren oder zu befähigen gibt es nicht. Im Gegenteil, einzelne Mitglieder sollen mit mehr eigenständiger Entscheidungskompetenz ausgestattet werden. Sie sollen autonomer arbeiten und sich kompetent umsehen können. Ein Beispiel dafür ist die betriebliche Gestaltung der Hardware, Software und der Netzwerke.

Schwierigkeiten entstehen daraus, daß die Delegation von Verantwortung oftmals noch akzeptiert wird. Viele Mitarbeiter wollen trotzdem immer wieder Einfluß zu nehmen. Es gibt keine klaren, festgelegten Kriterien über die Vorgehensweisen, beispielsweise, daß über eine Vorlage entschieden und diese dann umgesetzt wird. Vielmehr versuchen einige Mitglieder des Unternehmens schon vorher mitzureden.

Selbstverständliches Umweltengagement

Eine Auseinandersetzung mit ökologischen Fragen fand bei remember von Anfang an statt. Als innerbetriebliche Umweltmaßnahmen wird der umweltverträgliche Einkauf von Büromaterial genannt. Folge ist u.a. der geringere Papierverbrauch. Schwerpunkte sind außerdem Mülltrennung und -vermeidung. Viele Umweltmaßnahmen werden nicht extra organisiert, weil das Unternehmen vorwiegend im weniger belastend wirkenden Dienstleistungssektor arbeitet.

Die Beachtung ökologischer Belange ist bei den Mitarbeitenden nicht nur im Betrieb, sondern auch privat verankert. Daraus resultiert u.a. die private und betriebliche Beteiligung an »Stadtteilauto« (Car Sharing). Auf einen Betriebswagen wird verzichtet, seitdem dies auch für Unternehmen möglich wurde. Viele Reisen werden mit der Bahn gemacht. Dafür gibt es einen Zuschuß. Außerdem fahren die meisten Betriebsmitglieder mit dem Rad ins Unternehmen. Dies gilt gleichzeitig auch privat.

Qualität gemeinsam sichern

Aktuellen Beratungsbedarf gibt es vor allem für die Überprüfung und Fixierung der Organisationsabläufe. So wird gegenwärtig eine Organisationsberatung zum schon genannten Qualitätsmanagement durchgeführt. Darüber sollen für alle Arbeitsfelder die Strukturen des Unternehmens zu erneuert werden. Dies gilt besonders für die Verwaltung. Fortgesetzt wird das Qualitätsmanagement bis in die einzelnen Bereiche, um so die Arbeitsabläufe genauer zu dokumentieren und zu vereinfachen.

Schon früher wurde mit der Beratungsgesellschaft des Landes NRW eine gesamtbetriebliche Organisationsberatung durchgeführt. Damals war das Ziel, Strukturen zu finden, durch die die einzelnen Arbeitsgruppen bzw. Bereiche besser zusammenwirken können. »Freundeskreis oder wirtschaftliches Unternehmen« waren die Schlagworte, die noch vor zwei Jahren gegeneinander gestellt wurden. Heute ist klar: Die Qualität der Arbeit hat auf jeden Fall Vorrang vor politischen und persönlichen Interessen.●

TAGUNG

Betriebliche Demokratie weiterentwickeln: Die Zukunft produktivgenossenschaftliche Unternehmen in Deutschland und Europa

Als Kernprobleme demokratischer Unternehmen werden meist Absatz, Finanzierung und innerbetriebliche Partizipationsfähigkeit bezeichnet. Diese drei Themen werden auf einer Tagung intensiv aufbereitet. Veranstalter sind der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, dem Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens, der CECOP und dem NETZ vom 28.02.-02.03.97 in der Gustav-Heinemann-Akademie in Freudenberg. Vermutlich wird es in absehbarer Zeit keine Veranstaltung geben, die das Thema Produktivgenossenschaften so ausführlich und fundiert aufbereitet.

Neben dem politischen Rahmenbedinungen werden die drei genannten Problembereiche jeweils aus Sicht der Praxis (Geschäftsführer von Produktivgenosenschaften) aus der Theorie (Genossenschaftswissenschaftler) und der Konzeption (Genossenschaftsberater) dargestellt. Ein Überblick über die Vielfalt und besonderen Probleme produktivgenossenschaftlicher Unternehmen leitet in die Tagung ein. Anschließend stehen Möglichkeiten der innovativen Weiterentwicklung im Vordergrund wie genossenschaftliche Handlungskompetenz, gemeinschaftliche Eigenkapitalbildung und kooperatives Marketing.

Das Seminar wendet sich vorrangig an MitarbeiterInnen genossenschaftlicher Betriebe, Mitglieder in Weiterbildungseinrichtungen sowie Personen, die sich für die genossenschaftliche Idee engagieren. Literaturempfehlung zum Seminar: Burghard Flieger: Produktivgenossenschaft als fortschrittsfähige Organisation. Theorie, Fallstudie, Handlungshilfen, Metropolis Verlag, Marburg 1996, DM 68.--. Information und Angebote zur Mitarbeit an Burghard Flieger, Erwinstr. 29, D-79102 Freiburg, Tel/Fax: 0761/709023.●

Voraussichtliches Programm der Tagung in der Gustav-Heinemann-Akademie in Freudenberg vom 28.02. bis 02.03.97
Kooperationsprojekt des Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie, der Friedrich-Ebert-Stiftung, des Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens, vom NETZ und der CECOP

Stabilität in partizipativen Unternehmen ist machbar
Probleme produktivgenossenschaftlicher Betriebe und ihre Handhabung

Freitag, den 28.02.97
Einblick in die Gegenwart

19.00 Uhr Produktivgenossenschaften politisch machbar werden lassen
19.15 Uhr Produktivgenossenschaften in Deutschland –Vielfalt in der Einzigartigkeit
20. Uhr Produktivgenossenschaften in Europa – Regionale Kulturen im Umbruch

Samstag, den 01.03.97
Praxisbeispiele (Geschäftsführer)

09.00 Uhr Erfolg industrieller Produktivgenossenschaften (Personalentwicklung)
10.00 Uhr Stabilität durch gemeinsame Eigenkapitalbildung (Finanzierung)
11.00 Uhr Handwerk hat goldenen Boden (Marketing)

Probleme und Strategien (Wissenschaftler)

15.00 Uhr Entwicklung genossenschaftlicher Handlungskompetenz (Personalentwicklung)
16.00 Uhr Wege zur Anteilszeichnung – steuerliche und rechtliche Möglichkeiten (Finanzierung)
17.00 Uhr Von der Selbsthilfe zur identitätsgeleiteten Kommunikation (Marketing)

Sonntag, den 02.03.97
Konzepte und Lösungen (Organisationsberater)

09.00 Uhr Teamentwicklung zur Sicherung innerbetrieblicher Solidarität (Personalentwicklung)
10.00 Uhr Die wirtschaftliche Stärkung genossenschaftlicher Unternehmen durch Eigenkapitalbildung (Finanzierung)
11.00 Uhr Marketing als Form solidarischer Kundeneinbindung (Marketing)

Ausblick in die Zukunft

12.00 Uhr Die Europäische Genossenschaft – Stärkung des Genossenschaftsgedankens in Europa
12.30 Uhr Anforderungen an eine Rechtsformnovellierung für Genossenschaften

Rückfragen an: Dr. Burghard Flieger, Erwinstr. 29, D-79102 Freiburg, Tel./Fax: 0761/709023

Anzeige

Politische Ökologie

Jetzt lesen!

Werkstatt für Nachhaltigkeit
Handwerk als Schlüssel für eine zukunftsfähige Wirtschaft

Das Handwerk könnte der „local joker" bei der Durchsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien sein: Handwerkliche Strukturen eignen sich für regionale Wirtschaftskeisläufe, basieren auf großer Kundennähe und erzeugen qualitativ hochwertige Produkte nach Maß. Strategien wie Dezentralität, Produktlanglebigkeit und Reparaturfreundlichkeit passen dem Handwerk wie angegossen. Wird das Handwerk zum Vorreiter auf dem Weg in eine zukunftsfähige Wirtschaft?

Jetzt für DM 19,80 überall in der Bahnhofspresse erhältlich oder direkt bestellen bei:
ökom GmbH
Waltherstr. 29, Rgb.
80337 München
Tel.: 089/544 184-0;
Fax: 089/544 184-99
http: //www.umwelt.de/
magazin/poe
YCO

PARTISANiNNEN IM PIEMONT

Widerstand gegen die Herrschaft der Nationalsozialisten – das war für die BRD-Geschichtsschreibung lange Jahre fast ausschließlich der 20. Juni und die Weiße Rose. Der antifaschistische Widerstand linker Gruppen oder gar die bewaffneten Kämpfe von PartisanInnen gegen Wehrmacht und SS in den besetzten Ländern wurde nicht beachtet oder absichtlich verschwiegen. Um so wichtiger ist es heute, die Kämpfenden von damals zu Wort kommen zu lassen – und ihre Berichte für die Zukunft festzuhalten.

Einen wichtigen Beitrag dazu liefert das neue »querblick«-Video von J. Weber und K. Brüggemann. Es handelt von einem hierzulande weitgehend unbekannten Thema: dem antifaschistischen Widerstand in Nordwestitalien. Dort kämpften 1943 bis 1945 bis zu 40000 PartisanInnen gegen Wehrmacht, deutsche und italienische SS-Verbände. Die Einheiten der PartisanInnen bestanden aus kommunistischen, sozialistischen und »königstreuen autonomen« Gruppen. Den größten Teil stellten Soldaten der 4. italienischen Armee, die – auf dem Rückzug von der Kapitulation Italiens überrascht – durch die Flucht in die Berge ihrer Gefangennahme zuvor kamen. Beteiligt waren natürlich auch andere AntifaschistInnen, u.a. ehemalige SpanienkämpferInnen. Durch Slowenen, Russen, Polen, Engländer und übergelaufene, zuvor von der Wehrmacht in Osteuropa zwangsrekrutierte Soldaten war der Kampf international.

In Interviews mit PartisanInnen und dem Archivar des »Historischen Instituts des Widerstands im Piemont« wird die Geschichte des Widerstands, der in der Befreiung der Stadt Turin im April 1945 gipfelte, erzählt.

Auch wer sich mit dem Thema noch nicht beschäftigt hat, bekommt durch die lebhaften Schilderungen einen guten Einblick. Erleichtert wird das Verstehen durch einige historische Filmsequenzen und aktuellen Aufnahmen von Landschaft und Gedenkstätten für die Opfer der Deutschen. Für alle, die sich näher mit dem Thema beschäftigen wollen, gibt es die ungekürzten Interviews , zusätzliche Berichte von ZeitzeugInnen und eine Einleitung zum geschichtlichen Hintergrund als Begleitbuch zum Film, das aber auch für sich alleine gelesen werden kann.●

Stefan

PartisanInnen im Piemont. VHS-Video, querblick (Konstanz), 1996, 60 min. deutsche oder italienische Fassung, DM 39,– Buch: DM 24,–

»WIR WAREN KEINE HELDEN«

»Woher nehmen mutige Menschen im Alltag und im Extremfall ihre Kraft?« fragt Wolfgang Heuer (in: Frankfurter Rundschau v. 26.8.1994) und zitiert eine Holländerin: »Es war keine Frage des Nachdenkens. Es war einfach so: Da gab es hilfsbedürftige Menschen, und wir halfen ihnen«. Eva Fogelman, selbst Tochter eines die Nazizeit Überlebenden Juden, erzählt die Geschichten der Retter, die bis heute nur in den wenigstens Fällen nach ihren Erlebnissen und Motiven befragt wurden – und die ihre Hilfe meist für selbstverständlich hielten, so daß sie davor zurückschreckten, ungefragt zu sprechen. Die meisten, die halfen, taten dies nicht aus abstrakten moralischen Prinzipien, sondern wegen der konkreten Menschen – auch dies ein Ergebnis des Buches. Das ist nicht der Stoff, aus dem Hollywood-Helden gemacht werden. »Es werden keine Denkmäler errichtet zum Ruhm der Retter« (T. Todorov). Doch! Das Buch ist ein solches, nicht klotzig aus Stein, sondern sensiblerer Art und dadurch um so angemessener.●

Gerald Grüneklee

Eva Fogelman: »Wir waren keine Helden« – Lebensretter im Angesicht des Holocaust. Campus Verlag 1995, 323 S., geb., 39,80 DM , ISBN 3-593-35253-2

VORANKÜNDIGUNG

Handbuch der Kommunikationsguerilla

Wie ruiniert man die Redeveranstaltung eines Regierungspolitikers? Welche Chancen des subtilen und wirksamen Eingreifens bieten die bürokratischen Papierberge der Administration? Welche Möglichkeiten gibt es im Rahmen von Wahlen, bei repräsentativen Staatsereignissen oder gegen den ganz alltäglichen Rassismus?

Das Handbuch der Kommunikationsguerilla beschreibt Prinzipien, Methoden, Techniken und Praxen, Gruppen und Aktionen, die in gesellschaftliche Kommunikationsprozesse eingreifen. Kommunikation beschränkt sich dabei nicht auf Massenmedien, sondern bezieht die alltäglichen Formen der face-to-face-Kommunikation mit ein. Das Buch entstand in der Absicht, linke politische Praxis und Theoriebildung zusammenzudenken und weiterzuentwickeln, anstatt sie gegeneinander auszuspielen. Ausgangspunkt war die Frage, wieso linke »Gegenöffentlichkeit« oft erfolglos bleibt bei dem Versuch, Positionen überhaupt Gehör zu verschaffen.

Das Handbuch entwickelt erstens ein Konzept politischer Aktionsformen, das sich nicht auf Klartext und herkömmliche Formen der Militanz beschränkt. Vielmehr beschreibt es verblüffende, witzige und unvorhersehbare Mittel, die zwar für sich genommen schon lange Bestandteil linker Politikformen sind, aber bislang mehr als unwesentliches Beiwerk unterschätzt wurden. Das Handbuch enthält zweitens Beschreibungen von Personen und Gruppen, die mit Kommunikationsguerilla zu tun haben: von Dada über die Situationisten bis hin zum Büro für Ungewöhnliche Maßnahmen oder KPD/RZ. Frühere politische Bewegungen werden dabei nicht nur als gescheiterte Versuche verstanden, sondern ihre Geschichte steht als Anknüpfungspunkt für eine Weiterentwicklung linker Politikformen. Drittens liefert das Handbuch kurze Beschreibungen von Aktionen der Kommunikationsguerilla, die die vorgestellten Politikformen illustrieren und Anregungen für eigene Vorhaben zur Verfügung stellen. Das Handbuch der Kommunikationsguerilla ist viertens ein Nachschlagewerk und bietet einen Überblick über Namen, Adressen und Aktionen von Kommunikationsguerilleras.

Für alle, die sich für Kommunikation interessieren, und besonders für die, die selbst mit Methoden der Kommunikationsguerilla arbeiten wollen, bietet das Handbuch umsetzbare Anstöße.●

k.s.

autonome a.f.r.i.k.a.-gruppe/Luther Blissett/Sonja Brünzels: Handbuch der Kommunikationsguerilla, ISBN 3-922611-64-8 Verlag Libertäre Assoziation, ISBN 3-924737-38-X Schwarze Risse/Rote Straße ca. 240 Seiten, Großformat, ca. 30 DM / 27,50 sFr / 219 öS

DÖRVERDEN 2020

Lokale Agenda 21 im ländlichen Raum

Dörverden 2020 – Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Gemeinde ist eine Entwicklungsstudie zur Umsetzung der AGENDA 21 in einer Kommune im ländlichen Raum und der Bericht über den Umsetzungsprozeß, der in diesem Fall auf das Jahr 1995 beschränkt war. Die Broschüre enthält eine ausführliche Beschreibung der Gegebenheiten in der zwischen Bremen und Hannover gelegenen Gemeinde Dörverden und untersucht die Entwicklungsmöglichkeiten im Sinne der AGENDA in den Bereichen Landwirtschaft, gewerbliche Wirtschaft, Fremdenverkehr, Soziales incl. Frauen und Jugend sowie Regionalplanung. Die prozeßorientierte Arbeitsweise des beauftragten Büros »mensch und region« wird deutlich, ebenso wird das am Ende des einjährigen Prozesses entwickelte Leitbild *Nachhaltige Entwicklung Dörverden* vorgestellt (siehe auch die unkritische Berichterstattung über Dörverden im Schwerpunkt von CONTRASTE November 1996, S. 7).

Die Broschüre ist die bislang einzige Veröffentlichung zu AGENDA 21 im ländlichen Raum und eine gute Materialsammlung zum vorherrschenden Verständnis der »sanften« Entwicklung ländlicher Regionen. Politisch brisant ist das Projekt nicht, es entstand aus der ökonomischen Notlage der Gemeinde, die durch die Auflösung eines Bundeswehrstandortes noch verschärft wurde. Die im Bereich Landwirtschaft angegangenen Vorhaben weisen kaum inhaltliche Kriterien, z.B. für die Anbauweise, auf.

Mitverfasser Wolfgang Kleine-Limberg ist seit Mitte der 80er Jahre in Niedersachsen und darüber hinaus einer der PionierInnen in Sachen eigenständige Regionalentwicklung. Diese Studie zeigt nun, wie eigenständiger Regionalentwicklung die kritischen Zähne gezogen wurden und werden. Sie ist ein gutes Beispiel dafür, wie sich die nicht aus Überzeugung, sondern durch die ökonomische Notwendigkeiten angestoßene (ökologische) Modernisierung von oben mit den institutionalisierten, von Auftragsforschung abhängigen Resten der Bewegung verbindet. Resultat ist eine Vermarktung sog. »weicher« Standortfaktoren – wie Naturraum, Kultur, etc. –, die ein klein wenig anders ist, als die Vermarktungsstrategie des Mainstreams, aber auch nicht mehr.●

Bernd Hüttner

Dörverden 2020, Hannover 1996, 120 S., 19,80 DM plus Porto bei mensch und region, Wilhelm-Bluhm-Strasse 12, D-30451 Hannover, Tel.: (05 11) 44 44 54

LÄNDLICHER RAUM

Macht Euch die Stadt zum Bilde!

Thomas Fuchs bietet eine Geschichte der politischen Strategien zur und der realen Modernisierung ländlicher Räume in Deutschland. Der untersuchte Zeitraum beginnt mit der Nachkriegszeit und schließt mit dem Ende des Akkumulationsmodells ab, das in der soziologischen Theorie »Fordismus« genannt wird und das auf Mitte bis Ende der 70er Jahre datiert wird. Es handelt sich also, wie Detlev Ipsen im Vorwort schreibt, um »die Rekonstruktion (eines) weitgehend abgeschlossenen Prozesses«.

Fuchs beginnt seine Arbeit mit der Darstellung der Einrichtung der sogenannten »Dorfgemeinschaftshäuser« in ländlichen Gemeinden Hessens, die den Beginn der »sozialen Aufrüstung des Dorfes« markieren. Sie waren ein Teil der Umsetzung von im wesentlichen sozialdemokratischen Vorstellungen der Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Ein Begründungszusammenhang für diese »Aufrüstung« ist die angeblich drohende Gefahr einer »Landflucht«, die diskursiv durchgesetzt wird. Obwohl die statistischen Daten eine, durch den Zuzug von Vertriebenen steigende EinwohnerInnenzahl im ländlichen Raum anzeigen und das beginnende und von allen politischen Kräften begrüßte Wirtschaftswunder Arbeitskräfte aus dem ländlichen Raum abwirbt, wird die Gefahr einer durch die Abwanderung bedingten Verödung des ländlichen Raumes immer wieder öffentlich behauptet.

Im dritten Kapitel schildert Fuchs die Einführung eines Dorfgemeinschaftshauses und stellt die technischen Implikationen der Modernisierung – wie etwa die beginnende Technisierung und Elektrifizierung der ländlichen und landwirtschaftlichen Haushalte dar. In den nachfolgenden Kapiteln wird immer wieder deutlich, daß die Gemeinschaftshäuser nicht einfach nur eine bauliche Neuerung sind, sondern Teil eines regelrechten staatlichen »Umerziehungsprogrammes« sind: Dieses Programm wertet traditionelle Vorstellungen, etwa von Arbeit oder Hygiene ab, um neue, eben »moderne« zu etablieren. Diese modernen Standards, sind die der Wissenschaft und der »Stadt« und bereiten die Ablösung der bäuerlichen Dominanz im Dorf vor: Nebenerwerbslandwirte und »Arbeiterbauern« sind die Gewinner der Modernisierung, die landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe die Verlierer. Wichtigster Handelnder bei der Modernisierung ist der Staat. Vermittelt über verschiedene Teilpolitiken – Agrarpolitik, Dorfsanierung, Weiterbildung u.a. – und deren Institutionen, formiert und reguliert er den Prozeß, den aber auch der Hessische Rundfunk oder die Elektrizitätsgesellschaften aktiv mit vorantreiben. Im fünften Abschnitt der Arbeit bereitet Fuchs die Daten zum Zustand hessischer ländlicher Räume zu Beginn der 50er Jahre auf, stellt die programmatischen Debatten der Sozialdemokratie dar und untersucht die politische »Entmachtung des Dorfes« durch die Verwaltungsreform.

Die beiden letzten Kapitel sind eine historische Herleitung von Modernisierungsideen, hier stehen die Programmatiken der Sozialdemokratie der Weimarer Republik und die Vorstellungen des Nationalsozialismus im Mittelpunkt. Überraschendes Ergebnis: Die Grundlinien der sozialdemokratischen Politik der Nachkriegszeit wurden schon in der Weimarer Republik entwickelt, ferner bestehen »zwischen (...) NS-Konzepten und den Elementen der 'Sozialen Aufrüstung des Dorfes' Analogien« (S. 136).

Fuchs arbeitet mit dem theoretischen Ansatz der Regulationstheorie, die er in einem Exkurs am Ende des Bandes erklärt. Die Modernisierung des ländlichen Raumes verläuft demnach in drei Abschnitten: Zuerst erfolgt die durch Industrialisierung und Rationalisierung des ländlichen Raumes und der Landwirtschaft ermöglichte Marktintegration, dann die kulturelle (Konsummuster, Fernsehen etc.) die zur Abnahme der neuen, in der Massenproduktion erzeugten Konsumgüter führt und mit der politisch-administrativen Integration durch Verwaltungsreform und den Einzug der Parteipolitik im Dorf ist der Prozeß abgeschlossen.

Das Buch entstammt einem Forschungsprojekt an der Universität Kassel, das von 1990 bis 1992 unter dem Titel »Raumbilder und Raumentwicklung« das Verhältnis von Tradition und Moderne im Modernisierungsprozeß ländlicher Räume in Südbayern und Nordhessen untersuchte.

Fuchs stellt die soziale Modernisierung kenntnisreich und anschaulich dar, er berücksichtigt sogar gender-spezifische Aspekte, etwa bei der Darstellung der Ansprache von Landfrauen und Bäuerinnen, die ja auch Nutzerinnen der Dorfgemeinschaftshäuser sein sollten und traditionell die Säulen des ländlichen Haushaltes sind. Insgesamt an ihren eigenen Ansprüchen gemessen, eine gelungene Arbeit, die auch Material für weiterführende Diskussion in zweierlei Hinsicht bietet. Einmal zur Untersuchung der Transformationsprozesse in den ländlichen Räumen der neuen Bundesländer: Hier fällt auf, daß Fuchs, wohl auch durch den Enstehungszeitraum und die geographische Beschränkung der Untersuchung, nur Erfahrungen aus »dem Westen« einarbeitet. Zweitens bietet sie erste Andeutungen zur heutigen, postfordistischen Modernisierungspolitik. Hierzu liegen aber aus dem Arbeitszusammmenhang von Fuchs und Ipsen weitere Arbeiten vor, etwa von Manfred Kühn zu sanftem Tourismus als Form reflexiver Modernisierung (vgl. die Besprechung in CONTRASTE Februar 1996).

Die Untersuchung dürfte, da sie sehr materialreich und weniger theoretisch angelegt ist, auch für NichtwissenschaftlerInnen lesbar sein, sie ist für städtische SoziologInnen ebenso interessant wie für Agraroppositionelle und ProvinzaktivistInnen. Ein Manko ist der vermutlich durch die geringe Auflage bedingte Preis.●

Bernd Hüttner

Thomas Fuchs: Macht Euch die Stadt zum Bilde! Über die Modernisierung des ländlichen Raumes; Centaurus-Verlagsgesellschaft Pfaffenweiler 1996, 201 Seiten, 45 DM

ZEITSCHRIFTEN

Landwirtschaft und Regionalentwicklung

Schwerpunkt der Ausgabe 4/96 von *AKP*, der Fachzeitschrift für grün-alternative Kommunalpolitik ist *kommunale Landwirtschaftspolitik*. Die Ebene der großen Agrarpolitik spielt in diesem Heft nur eine geringe Rolle, hier sind die nicht geringen Möglichkeiten von Kommunen und Landkreisen von Interesse. Nach zwei einführenden Beiträgen zu kommunaler Agrarpolitik allgemein und zum Zustand der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern werden konkrete Beispiele kommunaler Agrarpolitik vorgestellt. Es wird deutlich, daß sich verschiedene handelnde Gruppen mit dem Thema beschäftigen oder ihm Impulse geben: das Spektrum reicht von Natur- und Umweltschutzverbänden über die dementsprechenden Stellen in der Verwaltung über landwirtschaftlichen Institutionen und Verbände bis hin zu Wasserwerken oder einzelnen Betrieben. Hans-Albert Heimer untersucht in seinem Beitrag die verschiedenen Instrumente und Ziele einer kommunalen Agrarpolitik und berichtet über die ökonomischen, sozialen und psychologischen Hemmnisse bei ihrer Umsetzung.

Die Ausgabe bringt für Insider aus diesem Politikfeld nichts neues, das ist aber auch nicht ihr Ziel gewesen. Sie sollte vermutlich vielmehr die Masse grünalternativer Kommunalas und Kommunalos auf dieses Thema hinweisen. Dies scheint gelungen zu sein, bzw. bleibt zu hoffen.

Die Ausgabe 6/96 (November/Dezember) der AKP widmet sich einem Thema aus der Stadt- und Regionalentwicklung: der *Kooperation und Konkurrenz zwischen Städten und ihrem Umland*. Dieses Problem wird angesichts der sogenannten Finanzkrise, der Verkehrslawine und anderer unschöner Dinge mehr, verstärkt öffentlich diskutiert. Gutverdienende ziehen in die Umlandgemeinden, zahlen dort ihre Steuern, nutzen aber die Infrastruktur der Großstadt, für die sie aber im Verhältnis zu wenig zahlen. Noch gravierender wird das Problem des Stadt-Umland-Verhältnisses bei den Stadtstaaten wie Bremen, Hamburg und Berlin; hier ist die Stadtgrenze auch die Landesgrenze. Das Heft bringt einen Überblicksartikel, der am Beispiel der Gemeinsamen Landesplanung Bremen/Niedersachsen (GLP) in das Thema einführt. Danach werden Beispiele interkommunaler Zusammenarbeit vorgestellt und grüne Vorstellungen zum kommunalen Finanzausgleich diskutiert. Insgesamt verspricht der Schwerpunkt mehr, als er dann hält, mensch bleibt nach der Lektüre mit dem Gefühl zurück, nur einen unvollständigen und willkürlichen Einblick in die vielfältige Thematik bekommen zu haben.

Die letzte Ausgabe (6/96) von *bioland*, der Mitgliederzeitung des gleichnamigen Verbandes für ökologischen Landbau, widmet sich nicht wie sonst, Düngung, Gemüse oder Vermarktung, sondern dem heiklen und tabuisierten Thema der *Lebensgemeinschaften* in der Landwirtschaft. Dort gibt es wie bei allen Familienbetrieben das Phänomen, daß die wirtschaftliche Einheit des Bauernhofes auch die soziale Einheit der Familie ist. Dies führt zu Problemen, die nur in solchen Konstellationen auftreten. Lebensgemeinschaften werden in der Ausgabe etwas eingeschränkt hauptsächlich als Familien, bzw. Ehepaare verstanden, weitergefasste Gemeinschaften fallen heraus. Hervorhebens- und lobenswert ist die Thematisierung der Lebenswelt von Frauen in der Landwirtschaft, sie ist im ökologischen Landbau oft nicht besser als im konventionellen. Die Situation der Frau und ihre Position ist nach der Heirat und dem Umzug auf den Betrieb des Mannes und der Schwiegereltern nicht einfach: Sie ist zwischen Unterordnung in die patriarchalischen Verhältnisse des vorgefundenen Betriebes und der Rolle der selbstbewußten Initiatorin und Beschleunigerin von Neuerungen zu verorten. Gerade Frauen bringen neue Ideen für Betrieb und Familie ein und müssen sich dann gegen das Denken »der Alten« durchsetzen. Der Mann, gegen dessen Eltern (und ihn selbst) sich die Erneuerung richtet, ergreift dann oftmals nicht eindeutig Position für die Frau.

Das Heft enthält Erfahrungsberichte von Bäuerinnen, Bauern und bäuerlichen Ehepaaren und Artikel von Fachleuten, die zu dem Thema in der sozialen und psychologischen Beratung arbeiten. Gewalt gegen Frauen oder Kinder ist in der bioland-Ausgabe kein Thema, sie kommt nicht vor.●

Bernd Hüttner

AKP; 68 S., 11 DM plus Porto; AKP, Luisenstr. 40, D-33602 Bielefeld

Bioland; 60 S., 8 DM; Bioland, Nördliche Ringstrasse 91, D-73033 Göppingen

SAMMELBAND

In diesem Sammelband wird eine Ehrung des bedeutenden anarchistischen Denkers Max Stirner vorgenommen, der als radikaler Philosoph bis heute geliebt, verleumdet, ignoriert und gehaßt wird. Die Ehrung fällt dementsprechend kritisch aus. Stirners Hauptwerk »Der Einzige und sein Eigentum« wurde in Deutschland 200.000 mal verkauft, ist einer der tabuisierten Insidertips der Bundesrepublik, der mit vielfachen ideologischen Berührungsängsten umgeben ist. Was bedeutet der »Stirner'sche Egoismus« in einer gesellschaftlichen Atmosphäre, in der der Altruismus zur zentralstaatlichen heiligen Kuh und der Individualismus zum Werbespot der Fernsehsender verkommen ist? DieAutoren des Bandes bemühen sich, darauf differenzierte Antworten zu geben. Von Bedeutung sind hier die Ausführungen des Gandhi-Experten George Woodcock. der »Stirners Platz in der Geschichte des Anarchismus« als den »des einsamen und begeisterten Sängers der Einzigkeit eines jeden Menschen« definiert und jene des Wiener Wirtschaftswissenschaftlers Gerhard Senft, der die Betrachtungen auf Silvio Gesell ausdehnt und gerade in der Zeit der undifferenzierten Aburteilung dieses Autors zeigt, wie auch Gesell in einem emanzipativen Umfeld aufgegriffen w wurde und wird.●

Roman Schweidlenka

Jochen Knoblauch/Peter Peterson. (Hg): Ich hab' mein Sach' auf Nichts gestellt. Texte zur Aktualität von Max Stirner, Karin Kramer Verlag, Berlin 1996

JOBS

grünzeugs, Garten- und Landschaftsbau, sucht 1 Landschaftsgärtner/in zum Mitmachen ab 1997. Uns gibt es seit acht Jahren nähe Oldenburg
☎(0 44 05) 62 46, Fax 4 96 97

JOBSUCHE

Tischler (25 J.) sucht ab sofort Mitarbeit in ökologischer Tischlerei in ganz Deutschland.
Zuschriften an: Bernd Seifert, Demianiplatz 32, D-02826 Görlitz

PROJEKTE

LEBENSGEMEINSCHAFT mit ökologisch-spiritueller Orientierung (auf Einzelhof am Nordrand des Sauerlandes) sucht weitere Mitglieder, möglichst mit Erfahrungen/Interesse an Vermarktung von Bio-Gemüse oder Kochen für den Seminarbetrieb oder umweltverträgliches Bauen.
BEHRINGHOF-GEMEINSCHAFT, Zum Behringhof 3, D-58739 Wickede-Ruhr

Stadt-Land-Solidargemeinschaft sucht Menschen mit Kenntnissen im Bereich Landwirtschaft / Gemüseanbau und Interesse an »ganz anderem« Leben & Arbeiten auf'm Land
☎(04 21) 70 58 07 oder 70 66 16

Wir wollen mehr werden! –und suchen Menschen (Groß, klein, jung, alt), die mit uns arbeiten und leben wollen. Der HELOHO existiert seit 7 Jahren in Thüringen/Jena und bietet als erweiterungsfähige Kommune mannigfaltige Möglichkeiten.
HELOHO, Schmölln 15,
D-07768 Hummelshain

PUNK-BANDS!

Trommler (29, ortsunabhängig) sucht PUNK(-Crossover)-Band: Punkrock / Melody-Core mit Ska-, Reggae-, Folk-, HipHop-, Funkmetal-Einflüssen; also schnelle, agressive, melodische, vielseitige Punkmucke! Texte sollen u.a. deutsch linxradikal / anarchistisch sein! Welche Band so oder ähnlich drauf oder dran ist, ruft mich an:
☎(0 25 33) 33 51!

Z Zeitschrift Marxistische Erneuerung

8. Jahrgang, Nr. 28, Dezember 1996, 272 Seiten

Leisewitz / Reusch - Heinz Jung zum Gedenken / Jung - Klassen und Geschichte / Wendl - Ende der Solidarität?

Ökologie-Aspekte:
O'Connor - Zweiter Widerspruch / Weiß - Umweltpolitik / Jecht/Hiedl- Gold / Dolata - Gentechnik / Cezanne - Sustainable Development / Hüttner -„Abwicklung des Nordens" / Bömer - ökosozialer New Deal

Historikerstreit:
Klundt - Goldhagen-Kontroverse / Pätzold - Zehn Jahre danach / Wiegel - Geschichtsrevisionismus

Und: Collmer - Hegels Dialektik (II) / Sauermann - Klaus Holzkamps Lerntheorie / Tesch - Wohnungsmarkt / Fricke - Rache und Willkür / Iwanow - Sozialismus

Sowie Berichte und Rezensionen

Einzelpreis: 18,- DM (zzgl. Versand); im Abo: 54,- (4 Hefte/Jahr incl. Versand). Älteres Probeheft: 10,- incl. Vers. Bezug: über den Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt: Z-Vertrieb, Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt/M. Tel. 069 / 7392934

Aus unserer Reihe Ratgeber

Vereinspraxis

Ein Ratgeber zum Vereinsrecht, zum Arbeitsrecht und zu kaufmännischen Fragen

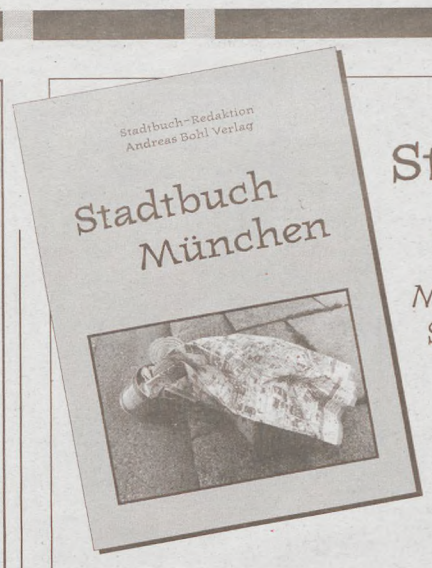
plus Diskette mit Mustertexten

144 S. * DM 19,80 * ISBN 3-923126-94-8

Der Ratgeber wurde aus der täglichen Beratungs- und Fortbildungspraxis heraus entwickelt. Er gibt Hilfestellung vor allem zu folgenden Punkten: Gründung * Rechtsform und Vereinsorgane * Steuern und Gemeinnützigkeit * Rechnungslegung * Arbeitgeberpflichten, Arbeitsverträge und Versicherungen * EDV im Verein * Spezialprobleme wie Spenden, Sponsoring, Rücklagen, Aufwandsentschädigung, Haftungsfragen * Auflösung, Konkurs.
Die beiliegende Diskette enthält nützliche Mustertexte, die direkt in ein Textverarbeitungsprogramm übernommen werden können.

In jeder Buchhandlung oder direkt bei:

AG SPAK
Adlzreiterstr. 23, 80337 München
Tel. (089) 77 45 71 – Fax 77 40 77



Stadtbuch München

München aus der Sicht von unten

Ab September erhältlich!

ISBN 3-980-1594-50

★Geschichte ★Stadtteile ★Initiativen
★politisches und kulturelles Leben
★viele Tips und Adressen u.v.m.

450 Seiten für 19,80 DM im Buchhandel
oder direkt vom Verlag
andreas bohl Verlag,
Weißenburger Str. 17/II,
81667 München
Tel.: 0 89/4 48 25 63

Solidarisch handeln – **Cuba** unterstützen

Wir beschaffen Ersatzteile für cubanische Fabriken und soziale Einrichtungen in den Bereichen:

- Landwirtschaft
- Ernährung
- Gesundheit
- Textilindustrie
- Druckindustrie
- Stadtreinigung

Mit Eurer Spende ermöglicht Ihr den Kauf dringend benötigter Ersatzteile!

Taller de la solidaridad

Infos bei:
Solidaritätswerkstatt e.V.
Ludwigshöhstraße 42
64285 Darmstadt
Telefon und Fax: (0 61 51) 6 40 66
Spendenkonto: Postbank Frankfurt
BLZ 500 100 60 Kto 48 78 02-6 03
Bitte angeben, ob Spendenbescheinigung erwünscht

GORLEBENER TURMBESETZERINNEN

Leben im Atomstaat

- Im atomaren Ausstiegspoker ist unser Widerstand der Joker -

Die Auseinandersetzungen mit Schadensersatzforderungen der BRD gegen 14 AtomkraftgegnerInnen anläßlich einer Besetzung der Endlagerbohrtürme in Gorleben 1990 hat dieses Buch hervorgebracht. Herausgegeben von den TurmbesetzerInnen, geschrieben von Autorinnen, die aus ihrer Verankerung im Widerstand dazu beitragen, in den Leserinnen eine Ahnung zu erwecken vom Leben im Atomstaat.

310 Seiten, DIN A 5, erschienen Oktober 1996, Preis 20 DM
1. Auflage: 3.000, ISBN 3-928117-06-8
Herausgeberin und Bestelladresse:
TurmbesetzerInnen, c/o Rondel, 29439 Lüchow, Fax: 05849-378

Baumfällungen in Köln-Mülheim

Wenn Bäume schreien könnten, würden die Städte widerhallen von lauten Schmerzensschreien!

Bäume sind wichtig für die Lebensqualität in der Stadt, wichtig für die Menschen und ihre Gesundheit. Sie verbessern das Klima in der Stadt, reinigen die Luft von Staub und Abgasen, tragen zur Verminderung des Verkehrslärms bei und erfreuen das Auge. Aber immer mehr alte, schöne und intakte Bäume werden gefällt – allzu oft nur für Parkplätze, Straßen oder profitable Bauten. Erschreckend sind das Ausmaß der Fällungen und die Bedenkenlosigkeit, mit der in den letzten Jahren abgeholzt wird.

Informationen zum Umweltschutz und was Sie dafür tun können, gibt es beim **ConsumentenBund e.V.** – Bund umweltbewußter Verbraucher –
Gürzenichstr. 7, 50667 Köln.
Bitte 7.-- DM Kostenbeitrag in Briefmarken beilegen.
Spendenkonto: 406 416-504, Postbank Köln (BLZ 370 100 50).

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 10 DM (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 40 DM (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

David Hornback

Test Abo.

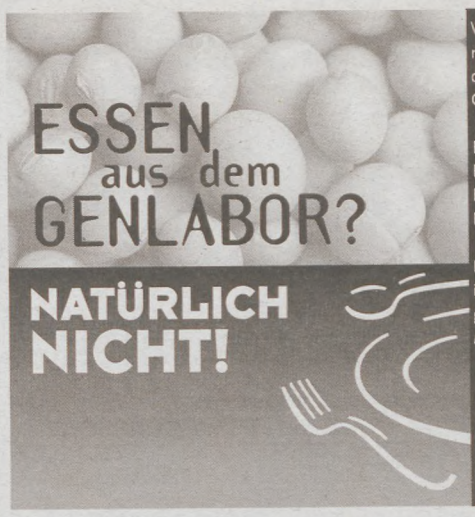
Ja, ich möchte die Tageszeitung junge Welt 14 Tage kostenlos probelesen.

junge Welt – Die Tageszeitung

Vorname .....
Name .....
Straße/Nr. .....
PLZ/Ort .....

Einsenden an: junge Welt, Am Treptower Park 28–30, 12435 Berlin.
Oder per Fax 030/68834-343.

Mailbox: JUNGE.WELT@IPN-B.comlink.apc.org (login: »Gast«).
junge Welt im Internet: http://www.jungewelt.ipn.de/



Wir informieren in einer neuen Faltblattreihe über die Kreationen aus dem Genlabor!

BIER/WEIN · ENZYME · FLEISCH · KAKAO · SOJA · KARTOFFELN · TOMATEN · MILCH · NUTZPFLANZEN.

Die gesamte Serie für 10,– DM inkl. Porto. Bei Abnahme von größeren Mengen, Preis auf Anfrage!

Bestellen bei:
Gen-ethisches Netzwerk e.V.
Schöneweider Str. 3
12055 Berlin
Tel 030/6 85 80 30
Fax 030/6 84 11 83

25 Jahre ak

– analyse & kritik –

Deshalb gibt es im Dezember eine Jubiläumsausgabe, in der wir auf ein Vierteljahrhundert linker publizistischer Tätigkeit – von Arbeiterkampf zu analyse & kritik – zurückblicken. Nicht nur ein Rückblick, sondern kritische Zwischenbilanz und Suche nach Perspektiven.
Themen u.a.: Die Linke und der Internationalismus, KB-Bündnispolitik und alternative Wahlbewegung, die Faschisierungsthese aus der Sicht von Georg Fülberth, 1989 und die Konsequenzen, Die Linke im Konflikt Israel/Palästina, Wo bleibt das revolutionäre Subjekt?
Zu Wort kommen: Kai Ehlers, Ulla Jelpke, Andrea Lederer, Jürgen Reents, Karl-Heinz Roth, Jürgen Trittin...
Die Jubiläumsausgabe kann bestellt werden bei:
analyse & kritik, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg
Tel. 040/401 701 74 oder Fax: 040/401 701 75
ak erscheint vierwöchentlich und ist in linken Buchläden erhältlich.
Ab sofort auch in den Bahnhofsbuchhandlungen in Frankfurt, Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Freiburg, Nürnberg.
Jahresabo DM 90.-; Einzelpreis DM 7,50; 36 Seiten Zeitungsformat.
Jubiläumsschnupperabo: 3 Ausgaben für DM 15,- gegen Vorkasse.
Am 25. Januar 1997 großes Jubiläumsfest im Haus Drei in Hamburg

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstel lung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte auf Diskette, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zwei- bis viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01277 Dresden, Redaktion Dresden, Büro für Freie Kulturarbeit e.V., Reinhard Lichtenhahn, Schandauer Str. 64, ☎ (0351) 838 07 49 (auch Fax): 10997 Berlin, Redaktion Berlin, Ricarda Buch, Manteuffelstr. 97, ☎ (0 30) 612 38 27; 23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland, Volker Nadolni, Janusstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; 27367 Sottrum, Redaktion Bremen, Götz Paschen, Everinghausen 42 ☎/Fax (0 42 05) 77 99 52; 37085 Göttingen, Redaktion Göttingen, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; 49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73; 63512 Hainburg, Redaktion Frankfurt, Peter Streiff, Friedensstr. 30, ☎ (06182) 6 82 75, Fax 6 82 78; Redaktion Saarland, AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 69 82, Fax 78 26 und Netzwerkselbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; 69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; 90429 Nürnberg, Redaktion Franken, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; Niederlande, 1019 AT Amsterdam, ID-Archiv im ISSG, Cruquisweg 31, ☎ (0031-20) 668 58 66

Fachredaktionen :

Alternative Energie/Technik: 10999 Berlin, Wuseltronik, Christian Lutz, Paul-Lincke-Ufer 41, ☎ (030) 618 50 71 · Fax (030) 618 50 75; Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; Handwerk: 18528 Bergen/Rügen, Andreas Küstermann, Dammstr. 12, ☎ (03838) 25 50 79, Fax 25 48 82; Jugendumweltbewegung: 27283 Groß Hutbergen, Post Hönisch, Peter von Rüden, Armin Torbekke, Thedinghauser Str. 13, ☎ (04231) 48 78, Fax 48 79; Sozialpolitik: 80337 München, AG SPAK, Dieter Koschek, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77 (Fax); Information und Datendokumentation: 63329 Egelsbach, Erich Engelter, Mainstr. 23, ☎/Fax (06103) 4 27 42

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 4/96
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 69115 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
CONTRASTE@LINK-N.cl.sub.de

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

WIRTSCHAFT VON UNTEN

Ratschlag über Selbsthilfe und Kooperation
Zu diesem Thema wird vom 21. bis zum 23. Februar 1997 in Potsdam ein Treffen stattfinden, das gemeinsam von der »Bürgeriniative für Sozialismus, Freiheit, Gleichheit und Mitmenschlichkeit« der Fachhochschule für Sozialwissenschaften in Potsdam und dem »Europäischen Bürgerforum« organisiert wird. Drei Themenkomplexe stehen auf der Tagesordnung:
- Wirtschaft von unten – eine Idee für Europa; Selbstorganisation, Selbstversorgung, Selbsthilfe: konkrete Ansätze (Gesellen-Bewegung, Tauschhandel, Landwirtschaft als Selbstversorgung...)
- Genossenschaftsrecht auf EU-Ebene, juristischer Überblick
- Verbindung zwischen gesellschaftlicher Solidarität und Eigeninteresse; die Gemeinde als Bindeglied (Stromversorgung, Abwasser, kommunales Eigentum...); Longo mai – mehr als 20 Jahre Selbstverwaltung, Selbstversorgung und gesellschaftliche Solidarität, freie nichtkommerzielle Medien

Während des Treffens soll nicht nur festgestellt und gegenseitig informiert, sondern auch die Gemeinsamkeiten zwischen Widerstand gegen Neoliberalismus und wirtschaftlicher und sozialer Selbsthilfe aufgezeigt werden. In einer Arbeitsgruppe wird über die europäischen Märsche nach Amsterdam diskutiert und welchen Beitrag Gruppen darin leisten können, die sich schon länger vom Glauben an fremdbestimmte Erwerbsarbeit verabschiedet haben.
Interessenten erhalten die Einladung über:
Europäisches Bürgerforum, Hof Ulenkrug, Dorfstraße 68, D-17159 Stubbendorf
☎/Fax (03 99 59)2 38 81

NIEDERKAUFUNGEN

Anders leben – anders arbeiten; Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 10 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:
- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 21. bis 23.2.97

»When I'm 64 ...«; Altersvorsorge – selbstverwaltet?
Das Seminar entspringt den Auseinandersetzungen und Erfahrungen der Kommune Niederkaufungen beim Aufbau einer eigenen Altersversorgung.
Termin: 21. bis 23.2.97
Anmeldung:
Ökologie, Gesundheit und Bildung e.V., Kirchweg 1, D-34620 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40

NETZ

Informationsmanagement
Termin: 13.3.97, München

Marketing für Selbständige, kleinere und mittlere Betriebe
Termin: 19. bis 20.4.97, Köln
Information & Anmeldung:
Netz e.V., Schäfergasse 46, D-60313 Frankfurt
☎(0 69) 28 87 16, Fax 29 54 32

IBPro

Mit widersprüchlichen Aufträgen leben
Beschäftigungs- und Qualifizierungsbetriebe befinden sich im Spannungsfeld zwischen sozialem Auftrag und marktwirtschaftlichen Handeln. Eine wesentliche Position ist die des/der WerkstattleiterIn/AnleiterIn.
In der Regel im Handwerk ausgebildet ist er/sie einerseits zuständig für alle Werkstattbelange, dem Anlernen und dem Einsatz von Langzeitarbeitslosen. Im Seminar werden anhand von Beispielen aus den Betrieben konkrete Möglichkeiten im Umgang mit den widersprüchlichen Aufgaben angezeigt.
Die TeilnehmerInnen erhalten mehr Sicherheit in ihrer Position und erwerben Handlungskompetenzen, widersprüchliche Aufträge der jeweiligen Situation angemessen anzugehen.
Termin: 3./4.2.97
Ort: München

Fundraising – Alternative Wege zur Finanzierung
Seit Anfang der 90er Jahre befassen sich Vereine und Verbände auf der Suche nach zusätzlichen Finanzierungsquellen neben dem Sammeln von Spendengeldern auch mit den Möglichkeiten des Sponsoring. Jede Organisation meint bzw. hofft, daß ihr Anliegen auf die allgemeine Zustimmung der Unternehmen trifft.
Um aber bei den in Frage kommenden Firmen als gleichwertiger Partner angesehen zu werden, ist bei den Vereinen und Verbänden ein Umdenken erforderlich. Marktwirtschaftliche Prozesse und Umgangsformen müssen beim Fundraising berücksichtigt werden.
Das Seminar gibt einen Überblick über die Grundlagen des Fundraising und notwendige Marketingbausteine. Neben der Darstellung erfolgreicher und weniger gelungener Beispiele aus der Praxis gibt es auch die Möglichkeit, eigene Projektideen zu entwickeln und bezüglich ihrer Umsetzung zu überprüfen.
Termin: 26./27.2.97
Ort: München
Anmeldung & Information:
IBPro, Flurstr. 2/1. Stock, D-81675 München
☎(0 89) 47 50 61, Fax 470 59 20

FRAUEN

FRAU & ARBEIT

Keine blickt mehr durch – Das Arbeitsamt unter die Lupe genommen
Termin: 11.2.97, 18-20 Uhr
Qualitätssicherung, Qualitätsmamgement: ein Instrumentarium, um Qualität zu sichern?
Termin: 19.2.97, 19-22 Uhr
Kooperation mit der Hamburger Initiative für Existenzgründungen und Innovationen
Termin: 5.3.97, 19-22 Uhr
Information & Anmeldung:
Frau und Arbeit e.V., Grindelallee 43, D-20146 Hamburg
☎(0 40) 45 02 09-0

FRAUENSICHT

Beratung und Therapie mit »psychotischen« Frauen
Das Seminar ist konzipiert für Beraterinnen und Therapeutinnen, die mit »psychotischen« Frauen arbeiten. neben Informationen, Selbsterfahrung, Rollenspiel und Übungen bietet das Seminar auch Supervision.
Anmeldeschluß: 20.2.97
Termin: 21. bis 24.4.97
Ort: Charlottenberg, Westerwald

»... bis daß ich platze vor Wut?«
Wo ziehen wir die Grenze zwischen schädlicher Feindseligkeit und wirkungsvoller Aggressivität? Kennen wir unsere persönlichen und die institutionalisierten Unterdrückungsmechanismen bei aggressiven Gefühlen? Ziel des Seminars ist, den Teilnehmerinnen die offene Kommunikation und die konstruktive Auseinandersetzung mit Anderen näher zu bringen, um so ein befriedigendes Zusammenleben zu erreichen. Besondere Aufmerksamkeit wird auf die Erfahrung gesellschaftlicher und frauenspezifischer Tabuisierung dieses Themas – vor allem im Beruf – verwendet.
Anmeldeschluß: 20.2.97
Termin: 21. bis 25.4.97
Ort: Bedburg-Hau
Information & Anmeldung:
FRAUENsicht e.V., Holbeinstr. 32, D-50733 Köln
☎(02 21) 73 70 00, Fax 72 60 98

BAYERN

Rhetorik I für Frauen
Frauen sind nicht – wie früher – zum Schweigen verdammt. Trotzdem spüren sie oft genug, daß ihre Argumente weit weniger Gehör finden als die der männlichen Gesprächspartner. Es gibt viele Gründe, warum die Kommunikation zwischen Männern und Frauen häufig nicht klappt und deshalb unbefriedigend verläuft. Wie »frau« Redeängste abbauen und ihre »typisch weiblichen« Stärken im Gespräch besser einsetzen kann, will dieses Seminar vermitteln. Dazu gehören auch praktische Tips, wie frau sich auf eine Rede vorbereitet, mit Hilfe eines Stichwortzettels den roten Faden behält und die Scheu vor einem Mikrophon verliert. Praktische Übungen vor der Videokamera vermitteln, wie wir beim Reden auf andere wirken.
Termin: 7.-9.3.97
Kosten: 120 DM
Ort: Kochel, Georg-von-Vollmar-Akademie
Information & Anmeldung:
Bayerisches Seminar für Politik e.V., Oberanger 38/I, D-80331 München
☎(0 89) 260 90 06, Fax 260 90 07
E-Mail: 101320,3423@compuserve.com

KNETE

Bares aus Brüssel
Was Industrie und Konzerne schon seit langem tun, sich um die Potentiale der Europäischen Union zu kümmern, fällt kleinen Unternehmen, Institutionen und Verbänden nach wie vor schwer. Die Unübersichtlichkeit der Fördertöpfe, fehlendes Know-how, Zeitmangel etc. halten davon ab, Finanzierungsmöglichkeiten der EU zu nutzen.
Gerade in den Bereichen Ökologie, Bildung und Beschäftigung, die in der Regel auf Zuschüsse angewiesen sind, gibt es eine Reihe von Programmen. In diesem Seminar werden die verschiedenen Programme transparent gemacht. Förderrichtlinien, Antragstellung und Bewilligungsverfahren werden den TeilnehmerInnen vorgestellt und durch Praxisbeispiele erläutert. Ein Informationsblock ergänzt das Programm.
Termine: 8.2.97, 3.10.97
Kosten: 150 DM (incl. Vollwertkost)
Anmeldung: Energie- und Umweltzentrum, D-31832 Springe
☎(0 50 44) 9 75 20, Fax 9 75 66

ZUKUNFT, TECHNIK & KULTUR

UFOS? – Was dauernd gefragt und niemand wissen will...
Rudolf Henke, Gesellschaft zur wissenschaftlichen Untersuchung von Parawissenschaften (GWUP) e.V., erzählt über Ufos als Wahrnehmungsphänomen und aus seinem Alltag als Skeptiker.
Termin: 2.2.1997 ab 15 Uhr
Ort: Bunker Ulmenwall, Kreuzstr. 0, Bielefeld

XENIA – Städte des Wissens – Stätten der Begegnung
Dr. Helmut Volkmann aus der Zentralabteilung Technik, Siemens München, über seine »Wissensstadt am Wege zur Informationsgesellschaft«.
Termin: 2.3.1997 ab 15 Uhr
Ort: Bunker Ulmenwall, Kreuzstr. 0, Bielefeld
Veranstalter: FoeBud e.V.
Kosten: 6 DM, mit Computer freier Eintritt

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

COMPUTER

PC für Einsteiger
Computerkenntnisse gehören zur Allgemeinbildung. Für die politische Arbeit sollte man wissen: Welche Programme helfen mir? Welchen Computer brauche ich? Was sind MB, RAM, Scanner, Modem? Brauche ich Windows 95? Wozu dient eine Textverarbeitung, wozu eine Datenbank? Im Laufe des Seminars lernen Sie, was Sie an Computergrundwissen für die politische Arbeit brauchen und schreiben Ihren ersten politischen Text am PC. Vorkenntnise sind nicht erforderlich.
Termin: 13.2.97, 10-16 Uhr

Internet für Einsteiger
Alle Welt redet von der Datenautobahn, aber kaum einer weiß Genaues: Was ist das Internet, und was kann ich damit machen? Wie komme ich dahin? Was brauche ich dazu? Im Verlauf des Seminars »surfen« Sie im World Wide Web und verfassen einen elektronischen Brief (E-Mail). Bei diesem Seminar werden Computergrundkenntnisse vorausgesetzt (z.B. aus dem o.a. Seminar für Einsteiger).
Termin: 6.2. o. 22.3.97, 10-16 Uhr

Internet für Frauen – garantiert ohne Männer
Auf diesem Seminar wollen wir uns ganz unter uns mit dem Internet beschäftigen: Was steckt dahinter? Was brauche ich für eine technische Ausstattung? Was bietet das Internet für Frauen? Im Verlauf des Seminars »surfen« Sie im World Wide Web und verfassen einen elektronischen Brief (E-Mail). Bei diesem Seminar werden Computergrundkenntnisse vorausgesetzt (z.B. aus dem o.a. Seminar für Einsteiger).
Termin: 6.3.97, 10-16 Uhr

Internet-Angebot selbst gestalten mit HTML
Interessant für Ortsvereine und politische Initiativen: ein eigenes Angebot im Internet! Dazu sind Kenntnisse der Gestaltungssprache HTML (=Hyper Text Markup Language) nötig. Auf diesem Seminar gestalten Sie eine eigene Seite für das World Wide Web mit HTML und konzipieren Ihr Angebot für die politische Arbeit. Bei diesem Seminar werden Computergrundkenntnisse vorausgesetzt (z.B. aus dem Seminar »Internet für Einsteiger«).
Termin: 27.3.97, 10-16 Uhr
Kosten: je Tagesseminar 60 DM
Ort: für alle Veranstaltungen: München
Anmeldung:
Bayerisches Seminar für Politik e.V., Oberanger 38/I, D-80331 München
☎(0 89) 260 90 06, Fax 260 90 07
E-Mail: 101320,3423@compuserve.com

LOKALE AGENDA

Europäische Erwachsenenbildung Ein Projekt zur Umsetzung der AGENDA 21 in Europa.
Die Heimvolkshochschule Stephansstift führt in der Zeit vom 01.09.1996 bis zum 31.08.1997 das durch die Europäische Union geförderte Projekt »Europäische Erwachsenenbildung – Verpflichtung für eine gemeinsame Umwelt« durch.
Das Projekt soll zur Umsetzung der Agenda 21 auf lokaler Ebene beitragen. Es wendet sich an MultiplikatorInnen aus Verwaltung, Nicht-Regierungsorganisationen, Kirchen, Gewerkschaften, Politischen Parteien, aus Wirtschaft und an interessierte Einzelpersonen.
Bestandteile des Projekts sind drei Seminare, in denen die teilnehmenden Lösungsstrategien zur Umsetzung der Agenda 21 in ihren lokalen Arbeitsfeldern entwickeln werden. Besondere Schwerpunkte bilden hierbei der Umweltschutz, die Umweltpolitik und Dialog- und Kommunikationsprozesse.
Der europäische Zusammenhang stellt dabei einen wichtigen Aspekt dar. Aus diesem Grund wird eng mit der Lärkkulla-Akademie in Finnland und dem Zeeland Studiecentrum in den Niederlanden zusammengearbeitet, in denen das Projekt gleichzeitig stattfindet. Um den europäischen Dialog und die direkte Kommunikation zwischen den Teilnehmenden aus Deutschland, Finnland und den Niederlanden zu fördern, ist als Abschluß ein internationales Seminar mit VertreterInnen aus alles drei Ländern vorgesehen.
Begleitend zu den Seminaren ist eine Internet-webseite mit der Adresse www.stephansstift.de/okee als Kommunikationsmittel eingerichtet. In dieser Seite werden Projektmaterialien, -erfahrungen und -ergebnisse permanent bereit – und zur Diskussion gestellt. Damit wird insbesondere auch der Gedanken- und Meinungsaustausch mit den ProjektpartnerInnen und Studiengruppen aus Skandinavien und den Beneluxstaaten, aber auch darüber hinaus, gefördert.
Die Seminare finden zu folgenden Terminen statt:
27.-29.01.1997
21.-25.04.1997
11.-13.06.1997
Sie sind als Bildungsurlaub anerkannt.
Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:
Heimvolkshochschule Stephansstift, Gabriele Janecki, Johann Theessen Kirchröderstr.44, D-30625 Hannover
☎(05 11) 5353-315, Fax 5353-308
e-mail: hvhs-stephansstift@p-net.de
Internet: www.stephansstift.de/okee

Agenda 21 – Projekte zur Nachhaltigkeit in Kommunen und Regionen
Termin: 31.1. bis 2.2.97
Kosten: 80/60 DM incl. Ü. und V.
Information & Anmeldung:
Ökologische Akademie e.V., Baiernrainer Weg 17, D-83623 Dietramszell
☎(0 80 27) 14 94, Fax 16 59

ZU DIESER SEITE

Auf dieser Seite werden ausgewählte Seminare und Treffen angekündigt. Die Redaktion behält sich eine Auswahl der Terminmeldungen vor. Ankündigungen für selbstorganisierte Seminare und Treffen sind kostenlos. Wochendseminare, die mehr als 200 DM kosten, werden nur bei Zahlung des Kleinanzeigenpreises für gewerbliche Anzeigen (siehe Schnipsel auf Seite 15) angekündigt. Einen Preisnachlaß für gemeinnützige VeranstalterInnen gibt es nicht. Wir bitten alle VeranstalterInnen um Beachtung dieses Hinweises.

KULTUR

Politisches Theater – Gaucklerei zwischen Macht und Ohnmacht
Termin: 21. bis 23.2.97
Kosten: 80 DM incl. Ü. und V.
Information & Anmeldung:
Ökologische Akademie e.V., Baiernrainer Weg 17, D-83623 Dietramszell
☎(0 80 27) 14 94, Fax 16 59

POLITIK

Rhetorik I
Übungen zur freien politischen Rede
In der Regel sind es Unsicherheit und Angst, die davon abhalten, vor einer größeren und meist unbekannten Gruppe seine politische Meinung zu äußern. Mit praktisch verwertbaren Tips wollen wir AnfängerInnen und PraktikerInnen Hilfestellung geben und sie zur öffentlichen politischen Meinungsäußerung ermutigen. Großen Raum nehmen die praktischen Übungen ein, die, auf Video aufgenommen, ausgewertet und in der Gruppe diskutiert werden. Wir proben das öffentliche Auftreten, üben die Vorbereitung und Durchführung einer Rede, befassen uns mit den Grundzügen der Versammlungsleitung und -mitwirkung sowie mit dem (Weiter-)Üben zu Hause.
Termin: 31.1.-2.2.97
Kosten: 120 DM
Ort: Kochel, Georg-von-Vollmar-Akademie

Kommunikative Fähigkeiten trainieren
Effektive Kommunikation ist eine unabdingbare Voraussetzung der politischen Arbeit. Ebenso wie eine »gestörte« Kommunikation die Zusammenarbeit in der politischen Organisation oder mit den BürgerInnen behindert, kann eine gelungene Verständigung zu gemeinsamen Erfolg führen und obendrein Spaß machen. Als Handwerkszeug können in dem Seminar Fertigkeiten für gute Kommunikation erlernt werden.
Die Theorie wird auf das Nötigste beschränkt, Übungen, Rollenspiele und Videoaufzeichnungen stehen im Zentrum des Seminars.
Termin: 14.-16.2.97
Kosten: 120 DM
Ort: Bernried, Hotel Seeblick
Information & Anmeldung:
Bayerisches Seminar für Politik e.V., Oberanger 38/I, D-80331 München
☎(0 89) 260 90 06, Fax 260 90 07
E-Mail: 101320,3423@compuserve.com

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,– DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.